D 7735 C

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

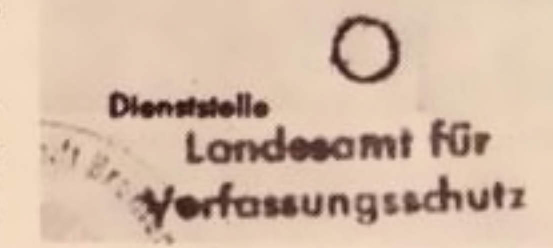
Kommunistische Volkszeitung

Nr. 29
9. Jahrgang

Wochenzeitung · Erscheint freitags
Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Druckort Frankfurt

17. Juli 1981
Preis 1 DM

„Foto- und Tondokumentationstruppe" des VS
Eine der wichtigsten polizeitaktischen Errungenschaften des Bremer Verfassungsschutzes ist unrühmlich hopsgegangen. Aus einer Dokumentation S. 6



Die Niederlage der türkischen Arbeiterbewegung
Die linken Gewerkschaften werden massiv verfolgt. Schon vor dem Militärputsch war die Arbeiterbewegung in der Defensive .... Seite 8

Erfahrungen mit Volvos bandloser Automobilfabrik
Das „Modell Volvo" in Schweden. Für die Arbeiter noch keine Erleichterung. Den größeren Nutzen haben die Kapitalisten .... Seite 13

Der britischen Regierung unruhige Zeiten beschert
Eine weitere der dauernden Schikanen genügt, ganze Stadtviertel in Aufruhr zu bringen. Es ist ein Krieg gegen die Polizei, sagen die Jugendlichen .. S. 15

PVAP-Parteitag in Polen

Kanias vorsichtige Restauration

Von Gerd Koenen

Wie es aussieht, wird der mit so großen Erwartungen befrachtete, von schweren Spannungen im Innern und Äußern umwitterte Parteitag der PVAP nichts wirklich entscheiden und lösen.

Zur Beschlußfassung stehen: eine programmatische Resolution; eine Neubewertung der Parteigeschichte; ein neues Statut; die Festlegung der Grundzüge der Wirtschaftsreform; und die Wahl einer neuen Parteiführung. Die programmatische Resolution wird allerdings, wie schon der Entwurf gezeigt hat, eine sein, die nichts und niemanden bewegt. Eine nagelneue Parteigeschichte – du lieber Himmel! Die ganze gesellschaftliche Auseinandersetzung in Polen spitzt sich real jetzt auf die Frage der *Wirtschaftsverfassung*zu, und hier hat Kania in seiner Eröffnungsansprache kategorisch Position bezogen: Die Partei wird den von einer Arbeitsgruppe der „Solidarność" auf dem Betriebsräte-Kongreß vorgelegten Entwurf eines Selbstverwaltungs-Gesetzes, der die wirkliche, treuhändische Verwaltung des gesellschaftlichen Betriebseigentums durch die Belegschaften und ihre Betriebsräte vorsieht, aufs schärfste bekämpfen. „Solidarność", so Kania, greife damit „nach der faktischen Übernahme der wirtschaftlichen Macht" und ziele auf „die *Entmündigung des sozialistischen Staates*". Diesen Hauptstoß seiner Rede hat Kania

Erwartungen befrachtete, von schweren Spannungen im Innern und Äußern umwitterte Parteitag der PVAP nichts wirklich entscheiden und lösen.

Zur Beschlußfassung stehen: eine programmatische Resolution; eine Neubewertung der Parteigeschichte; ein neues Statut; die Festlegung der Grundzüge der Wirtschaftsreform; und die Wahl einer neuen Parteiführung. Die programmatische Resolution wird allerdings, wie schon der Entwurf gezeigt hat, eine sein, die nichts und niemanden bewegt. Eine nagelneue Parteigeschichte – du lieber Himmel! Die ganze gesellschaftliche Auseinandersetzung in Polen spitzt sich real jetzt auf die Frage der *Wirtschaftsverfassung*zu, und hier hat Kania in seiner Eröffnungsansprache kategorisch Position bezogen: Die Partei wird den von einer Arbeitsgruppe der „Solidarność" auf dem Betriebsräte-Kongreß vorgelegten Entwurf eines Selbstverwaltungs-Gesetzes, der die wirkliche, treuhändische Verwaltung des gesellschaftlichen Betriebseigentums durch die Belegschaften und ihre Betriebsräte vorsieht, aufs schärfste bekämpfen. „Solidarność", so Kania, greife damit „nach der faktischen Übernahme der wirtschaftlichen Macht" und ziele auf „die *Entmündigung des sozialistischen Staates*". Diesen Hauptstoß seiner Rede hat Kania

mit einem fast schwülstigen Treuegelöbnis zur Sowjetunion und zum Lager des „realen Sozialismus" verbunden.

Exemplarischen Charakter für diese Auseinandersetzung trägt der gegenwärtige Konflikt bei der Fluggesellschaft LOT: In einem revolutionären Akt hat die Belegschaft sich einen Fachmann als neuen Direktor gewählt; die Regierung will einen Luftwaffengeneral, erstens um den Anspruch der Arbeiter auf die Verfügung über die Produktionsmittel sichtbar zurückzuschlagen, zweitens, um den strategischen Interessen der Sowjetunion bzgl. ihres Zugriffs auf die polnischen Verkehrsmittel und -wege zu genügen.

In diesem Widerspruch bewegt sich die ganze polnische Gesellschaft: die einschneidenden, strukturellen Reformen, die notwendig sind, würden zugleich der polnischen Arbeiter- und Volksbewegung solchen Spielraum und solche Macht verschaffen, daß für die Hegemoniemacht Polens der „Bündnisfall" gegeben wäre; *ohne* einschneidende, strukturelle Reformen aber kann die sich täglich verschärfende Wirtschaftskrise nicht überwunden werden.

Die Tiefe der Krise ist jetzt selbst schon ein Resultat des gesellschaftlichen Patts. Auf alte Weise läßt sich nicht mehr wirtschaften, eine neue Weise ist noch nicht möglich. Zum Beispiel Kohle: Die früheren 214 Mio. t., mit extremster Verausgabung lebendiger Arbeitskraft erkauft, sicherten den Großteil der Energieversorgung wie der Exporteinnahmen. Die verkürzten Schichtzeiten müßten nun durch Steigerung der Produktivität, bessere Organisation, Sparmaßnahmen sowie vermehrten Einsatz von Arbeitskräften wettgemacht werden. Aber für ihren relativ hohen Lohn können die Bergarbeiter nicht einmal das kaufen, was auch für die verkürzte Knochenarbeit unbedingt notwendig ist. 50000 Bergleute fehlen, weil es keine Wohnungen für sie gibt. Es fehlen die entsprechenden Grubenausrüstungen, etc. etc. Die Produktion ist unter 160 Mio. t. gefallen; um wenigstens halb soviel wie vorher exportieren zu können, müssen schon Stromabschaltungen gemacht werden; beides verschärft den allgemeinen Warenmangel.

Diese Situation, in der es weder vor noch zurück geht, kann nicht von Dauer sein; entweder eine revolutionäre Änderung der Wirtschaftsverfassung und -politik, oder eine reaktionäre Konsolidierung. Nur, *beides* geht im Moment noch nicht. So ist der Parteitag die Stunde der Pragmatiker, der Zentristen, sind Satzungs- und Personalfragen sein Hauptgegenstand. Noch am Vorabend schien ausgemacht, daß er in Stanislaw Kania, einem 1945 von den Baitaillonen der Bauernpartei zu den Kommunisten Übergelaufenen, seinen allseits unterschätzten Meister gefunden hätte, ein tatkräftiger Niemand, der doch den einen großen Vorzug zu haben schien, daß er sich (nicht ganz grundlos) dem (Partei-)Volk als letzter Garant gegen eine „brüderliche Hilfe" der Sowjetunion präsentieren konnte, wie zugleich der Sowjetunion als letzter Garant gegen einen weiteren Machtzuwachs der „Solidarność". Der Parteitag hat nun seinen Überra-

können die Bergarbeiter nicht einmal das kaufen, was auch für die verkürzte Knochenarbeit unbedingt notwendig ist. 50000 Bergleute fehlen, weil es keine Wohnungen für sie gibt. Es fehlen die entsprechenden Grubenausrüstungen, etc. etc. Die Produktion ist unter 160 Mio. t. gefallen; um wenigstens halb soviel wie vorher exportieren zu können, müssen schon Stromabschaltungen gemacht werden; beides verschärft den allgemeinen Warenmangel.

Diese Situation, in der es weder vor noch zurück geht, kann nicht von Dauer sein; entweder eine revolutionäre Änderung der Wirtschaftsverfassung und -politik, oder eine reaktionäre Konsolidierung. Nur, *beides* geht im Moment noch nicht. So ist der Parteitag die Stunde der Pragmatiker, der Zentristen, sind Satzungs- und Personalfragen sein Hauptgegenstand. Noch am Vorabend schien ausgemacht, daß er in Stanislaw Kania, einem 1945 von den Baitaillonen der Bauernpartei zu den Kommunisten Übergelaufenen, seinen allseits unterschätzten Meister gefunden hätte, ein tatkräftiger Niemand, der doch den einen großen Vorzug zu haben schien, daß er sich (nicht ganz grundlos) dem (Partei-)Volk als letzter Garant gegen eine „brüderliche Hilfe" der Sowjetunion präsentieren konnte, wie zugleich der Sowjetunion als letzter Garant gegen einen weiteren Machtzuwachs der „Solidarność". Der Parteitag hat nun seinen Überra-

schungscoup, sich durch plebiszitäres Votum schon am ersten Tag vom Parteitag zum Vorsitzenden wählen zu lassen und so in eine unanfechtbare Position zu bringen, abgeblockt. Stattdessen will der Parteitag außer dem ZK jetzt *auch* das Politbüro *und* den Parteivorsitzenden wählen. Was unter den argwöhnischen Augen der Verbündeten wie ein neuerlicher revolutionärer Akt erscheinen muß, ist doch tatsächlich nicht mehr als die Herstellung bürgerlich-demokratischer Verkehrsformen. Mit der Kandidatur Grabskis haben die Verbündeten ihrerseits nun eine offene Zählung ihrer bekennenden Vertrauensleute eingeleitet. Die Demonstration wird ihre Wirkung kaum verfehlen. Die Mehrheit der Delegierten dürfte dann doch bei Kania bleiben.

Man darf sich ohnehin nicht täuschen über den Charakter dieses Kongresses. Es ist der eines reformierten, ausgetauschten, „erneuerten" Machtapparats. Seine Linie kann keine andere sein als die von Kania vorgeschlagene: die einer schrittweisen *reaktionären Konsolidierung.*

Für die Verbündeten wird das zuwenig sein. Für die Arbeiter – zuviel, zuviel an Zumutung. Möglicherweise werden noch während des Parteitags 40000 Hafenarbeiter für eine „Charta" ihrer Rechte in den Streik treten; die LOT-Belegschaft hält an ihrem Ultimatum für den 24. Juli fest. Die objektiven und subjektiven Widersprüche drängen auf eine Entscheidung, in der einen oder anderen Richtung. Das jetzige Patt kann nicht halten. So sieht es jedenfalls von außen aus.



Nürnberg. Dem Aufruf der Eltern der im März im KOMM-Jugendzentrum verhafteten Jugendlichen zu einer Demonstration und Kundgebung schlossen sich 2000 Teilnehmer an. Hauptforderungen waren: Volle Freisprechung und Rehabilitierung aller! Gegen die Einschränkung der Demonstrationsfreiheit! – Außer Vertretern der Eltern sprachen ein Vertreter des DGB und als Hauptredner der ehemalige Bundesverfassungsrichter Hirsch. In Kürze wird gegen 82 der 141 verhafteten Jugendlichen Anklage erhoben werden. (Vgl. Meldung S. 2)

Nürnberg. Dem Aufruf der Eltern der im März im KOMM-Jugendzentrum verhafteten Jugendlichen zu einer Demonstration und Kundgebung schlossen sich 2000 Teilnehmer an. Hauptforderungen waren: Volle Freisprechung und Rehabilitierung aller! Gegen die Einschränkung der Demonstrationsfreiheit! – Außer Vertretern der Eltern sprachen ein Vertreter des DGB und als Hauptredner der ehemalige Bundesverfassungsrichter Hirsch. In Kürze wird gegen 82 der 141 verhafteten Jugendlichen Anklage erhoben werden. (Vgl. Meldung S. 2)

Gipfel um Zins und Dollar

Nur mäßig wird die Kritik der amerikanischen Zinspolitik in Ottawa ausfallen

Gipfel um Zins und Dollar

Nur mäßig wird die Kritik der amerikanischen Zinspolitik in Ottawa ausfallen

frb. Die Probleme von damals sind geblieben, nur daß sie sich schärfer stellen. Damals im November 1975 beim ersten Wirtschafts-Gipfel der „Sechs Großen" des Westens in Rambouillet bei Paris, und heute im kanadischen Ottawa (Kanada war 1975 noch nicht mit von der Partie). Das Treffen damals stand für einen Einschnitt in der

frb. Die Probleme von damals sind geblieben, nur daß sie sich schärfer stellen. Damals im November 1975 beim ersten Wirtschafts-Gipfel der „Sechs Großen" des Westens in Rambouillet bei Paris, und heute im kanadischen Ottawa (Kanada war 1975 noch nicht mit von der Partie). Das Treffen damals stand für einen Einschnitt in der Entwicklung des US-Imperialismus. Geschlagen in Kampuchea, Vietnam und Laos, war auch auf ökonomischem Gebiet eine Niederlage besiegelt. Die Weltwirtschaftskrise hatte eben ihren Tiefpunkt durchschritten, der Dollar war gegenüber seinem alten Stand tief nach unten gerutscht, weil sich die amerikanischen Waren auf dem Weltmarkt nicht mehr über ihrem nationalen Wert losschlagen ließen. An den Devisenmärkten herrschte Spekulationsfieber und Krisenstimmung.

So war denn zu verhandeln über Devisenkurse, wobei das Ende der fest auf den Dollar bezogenen Kurse aktenkundig gemacht wurde, und über die Konjunkturpolitik. Dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit wurde damals Vorrang gewährt, wobei allerdings der Inflation weiterer Auftrieb verwehrt werden sollte. Dem Rückgriff auf nationale protektionistische Maßnahmen gelobten die Staats- und Regierungschefs schon damals zu entsagen.

Die Lage, die sich damals bot, hat sich seither verdeutlicht. Polen wird sicherlich zu den Themen gehören und, da die Wirtschaft im Vordergrund stehen soll, die neuerliche Wirtschaftskrise, die das Scheitern alter Bekenntnisse bescheinigt.

Die offizielle Leitlinie verbirgt sich jetzt (trotz Mitterrands Anwesenheit) hinter der Formel, der Kampf gegen die Inflation habe an der ersten Stelle zu stehen. Will heißen, der Verteidigung des Geldwertes und des selbständigen Daseins des Wertes im Geld ist alles andere unterzuordnen. Für verbale Kampfrufe gegen die Arbeitslosigkeit ist heute kein Spielraum mehr.

Und es wird um die Beziehungen im eigenen Lager gehen, das heißt wieder um die Wechselkurse – und die Zinsen, die ihr Gefüge in Unordnung gebracht haben. Nur daß sich der Dollar diesmal im Steigflug befindet und die USA ihr Finanzmonopol hervorkehren.

Ausgelöst hat die internationale

Und es wird um die Beziehungen im eigenen Lager gehen, das heißt wieder um die Wechselkurse – und die Zinsen, die ihr Gefüge in Unordnung gebracht haben. Nur daß sich der Dollar diesmal im Steigflug befindet und die USA ihr Finanzmonopol hervorkehren.

Ausgelöst hat die internationale

Zinsspirale, von der selbst die Bundesbank sagt, sie sei „freilich mit zusätzlichen Erschwernissen für die Binnenwirtschaft verbunden", die Politik der USA. Kampf gegen die Inflation wird als Grund angegeben. Doch auch nach außen wirken die hohen Zinsen; auf den Finanzmärkten drängt Geldkapital anderer Nationalität in die Haut des Dollar. Der Kurs des Dollar erhebt sich dadurch über die anderen Währungen, er wird wieder teurer. Und um den Abfluß von nationalem Geld zu verhindern, müssen alle anderen Länder ebenfalls mit den Zinsen nachziehen. „So hatten alle wichtigen Industrieländer ihre eigenen Gründe für das hohe Zinsniveau", schreibt mit Sinn für Hintersinn die „Bank für internationalen Zahlungsausgleich". Die USA treiben die Zinsen, weil sie den Tauschwert der Konkurrenzwährungen drücken wollen, die Konkurrenten der zweiten Stufe treiben den Zins, weil sie sonst abgehängt werden. Jeder hat seinen eigenen Grund.

Und die USA haben sich durchgesetzt. Mittlerweile nämlich ergibt sich ein Bild, das der Bundesbank vor einem halben Jahr noch als Horrorgemälde erschien: Hohe Zinsen und trotzdem steigende Inflation. Der Fall der Wechselkurse konnte nicht verhindert werden (rund 40% innerhalb eines Jahres), und sinkender Kurs der europäischen Währungen bedeutet steigende Importpreise. Jene aber schlagen auf das ganze Preisniveau durch. Es ist genau jene Lage, die für die USA-Imperialisten am günstigsten ist. Westeuropas Repräsentanten werden höchstens etwas aufmucken.

Der DGB im Dilemma

acm. Der DGB-Bundesvorstand hat der DGB-Jugend untersagt, zu einer Friedensdemonstration der „Aktion Sühnezeichen" am 10. Oktober aufzurufen und zu mobilisieren. Der DGB würde selbständig seine Positionen vertreten. Karl Schwab vom Bundesvorstand fiel es sichtlich schwer, den Beschluß vor der Presse zu vertreten angesichts der Tatsache, daß eine solche Position noch nicht formuliert wurde. Denn nach der Aufforderung an die Funktionäre, keine Unterschriften unter fremde Aufrufe zu setzen, fehlt noch immer eine positive Antwort für den Kampf gegen die Kriegsgefahr.

Der jetzige Beschluß des DGB wurde verbunden mit der Entscheidung, am 1.9., dem Antikriegstag, eine Großkundgebung durchzuführen als Auftakt einer Unterschriftensammlung des DGB. Über die *Inhalte* wurde noch nichts beschlossen.

In den Einzelgewerkschaften ist die Meinungsbildung schon fortgeschritten. Die IG Metall hat den Nachrüstungsbeschluß gerade in Frage gestellt, und Eugen Loderer sieht die „vernünftige Alternative" in einer Politik zwischen den Blöcken und in Zusammenarbeit mit der 3. Welt. Die ÖTV und die Postgewerkschaft haben sich vom „Krefelder Apell" und „einseitiger Vorleistung und Abrüstung" abgegrenzt. Die HBV und die IG Druck und Papier unterstützen eher den Apell und halten die Sowjetunion ziemlich aus der Schußlinie. Die Textilgewerkschaft und die IG Chemie haben mehr oder weniger die Bündnis-Treue betont und Angriffe auf die USA für verfehlt erklärt.

Die letztgenannten Positionen zu solchen von Kriegstreibern zu rechnen, wäre sicherlich falsch. Aus Angst vor der Sowjetunion Stationierung der Ra-

Denn nach der Aufforderung an die Funktionäre, keine Unterschriften unter fremde Aufrufe zu setzen, fehlt noch immer eine positive Antwort für den Kampf gegen die Kriegsgefahr.

Der jetzige Beschluß des DGB wurde verbunden mit der Entscheidung, am 1.9., dem Antikriegstag, eine Großkundgebung durchzuführen als Auftakt einer Unterschriftensammlung des DGB. Über die *Inhalte* wurde noch nichts beschlossen.

In den Einzelgewerkschaften ist die Meinungsbildung schon fortgeschritten. Die IG Metall hat den Nachrüstungsbeschluß gerade in Frage gestellt, und Eugen Loderer sieht die „vernünftige Alternative" in einer Politik zwischen den Blöcken und in Zusammenarbeit mit der 3. Welt. Die ÖTV und die Postgewerkschaft haben sich vom „Krefelder Apell" und „einseitiger Vorleistung und Abrüstung" abgegrenzt. Die HBV und die IG Druck und Papier unterstützen eher den Apell und halten die Sowjetunion ziemlich aus der Schußlinie. Die Textilgewerkschaft und die IG Chemie haben mehr oder weniger die Bündnis-Treue betont und Angriffe auf die USA für verfehlt erklärt.

Die letztgenannten Positionen zu solchen von Kriegstreibern zu rechnen, wäre sicherlich falsch. Aus Angst vor der Sowjetunion Stationierung der Ra-

keten und NATO-Bündnis, ist ihre Position. Ihre Beschränktheit kann nicht einfach durch eine umgekehrte ersetzt werden, als wenn die Gefahr nur von den Mittelstreckenraketen ausginge. Mehrheiten sind so nicht zu bekommen und entsprechende Grabenkämpfe in den Gewerkschaften würden nur verdecken, daß ein Ausweg aus diesem

Zirkel noch gefunden werden muß. Da wird es eben eine perspektivische Diskussion benötigen.

Darin liegt das Dilemma für den DGB bei seinen Entscheidungen und auch, welche Stellung gegenüber der Regierung einnehmen. Zerbersten der Koalition in Kauf nehmen, ja oder nein, bei einer einfachen Frontstellung gegen den Doppelbeschluß? Aber es gibt auch die Chance, in zukünftigen Beschlüssen eine Perspektive der Ablösung von den beiden Blöcken und Bündnissen der Supermächte und Blockfreiheit zu entwickeln. Der Beschluß des DGB-Bundesjugendausschusses enthielt dieses Moment, wie auch Loderers Aussagen. Die heutige Beschränkung der Friedensbewegung würde der auch durchbrechen.

Frankreich und die NATO Keine Unterstützung gegen die USA?

Von Bernhard Peters

Mitterrand hat in Bonn seine Unterstützung für die Position der NATO zur Frage der Mittelstreckenraketen geäußert. Diese Haltung hat er auch schon früher eingenommen. Seine Argumente stimmen in dieser Frage, von Nuancen abgesehen, mit denen der Bundesregierung überein. Diese versäumt natürlich nicht, Mitterrands Äußerungen für sich auszuschlachten. Außenminister Genscher tat anderntags kund, die Gegner der Sicherheitspolitik der NATO müßten sich darüber klar sein, daß sie die Bundesrepublik ,,völlig in die Isolierung im Westen" trieben und daß sie nicht auf französische Unterstützung antiamerikanischer Stimmungen rechnen könnten.

Nun kann man demgegenüber auf die Massenbewegungen gegen die Nachrüstung in Holland, Belgien, England und in Skandinavien verweisen, und auch auf die Tatsache, daß in den romanischen Ländern, wo die Auseinandersetzungen sich nicht auf diesen Punkt konzentrieren, gleichwohl der Widerstand gegen die US-Hegemonie sich auf breiter Front entwickelt. Aber für die Frage, wie wir *kurzfristig,* in den nächsten paar Jahren, über die Auseinandersetzung über einige zusätzliche US-Raketen hinaus eine wirkliche Veränderung der strategischen Lage herbeiführen können, ob es möglich ist, Europa aus den von den Supermächten beherrschten Blöcken herauszulösen, ist die Haltung der neuen französischen Regierung und der Kräfte, die diese Regierung unterstützten und sie gewählt haben, natürlich von erheblicher Bedeutung.

Genauer betrachtet, stimmen weder die praktische Politik noch die strategische Orientierung der französischen Regierung mit denen der NATO, der Bundesregierung oder gar der USA überein. Das Regierungsabkommen zwischen Kommunisten und Sozialisten formuliert das Ziel einer parallelen Auflösung der Militärblöcke. Das Programm der Sozialistischen Partei, beschlossen 1980, drückt klar aus, daß das militärische Bündnis mit den USA gegenwärtig für nötig gehalten wird, daß es aber keine Unterordnung bedeuten darf und daß alle Anstrengungen gemacht werden müssen, es durch ein System kollektiver Sicherheit und Abrüstung zu ersetzen. Frankreich und ein Europa, das sich zusammenschließt auf Grundlage einer Solidarität der Werktätigen, das an der Seite der 3. Welt für eine neue Weltwirtschaftsordnung eintritt, sollen eine Vorreiterrolle bei der Schaffung eines solchen Systems spielen. Deutlich wird von der Notwendigkeit gesprochen, die Unabhängigkeit gegen *beide* Supermächte zu verteidigen. Auch wenn Mitterrand dieses Programm nicht als für sich verbindlich betrachtet, so sind die Kräfte, die es beschlossen haben und die es unterstützen, doch wichtige Verbündete.

Davon abgesehen, unterscheidet sich die Lage und die praktische Politik beider Länder seit längerem in entscheidenden Punkten. Mitterrand wies selbst darauf hin: Die größte Zahl von Atomwaffen (und von geplanten Zielen für Atomwaffen) ist auf dem Gebiet der BRD konzentriert, aber die BRD kann nicht selbst über diese Waffen verfügen. Vermutlich meinte er nicht, sie solle darüber verfügen. Frankreich tut dies seit de Gaulle, und Frankreich ist seit langem aus der militärischen Kommandostruktur der NATO ausgeschieden – ausdrücklich, um nicht im Rahmen der NATO in Konflikte verwickelt zu werden (durch wen, wenn nicht durch die USA?), die seine nationalen Interessen nicht berühren.

Und wir? Bei uns gibt es Leute, die sorgen sich, unsere Regierung könnte ,,den Finger an den atomaren Abzug bekommen". Dabei ist das Problem ganz anders: Bei uns hat das US-Oberkommando den Finger am Abzug, an vielen Abzügen, und unsere Regierung traut sich nicht mal, offen ein *Veto-Recht* gegen den Einsatz amerikanischer Atomwaffen von unserem Territorium aus zu fordern. Im Konfliktfall wären wir gleichermaßen die Geiseln der einen wie der anderen Seite. Wir können den Weg Frankreichs nicht nachvollziehen, aber wir können verschiedenes daraus lernen. Zum Beispiel, daß nationale Unabhängigkeit auch im heutigen Westeuropa ein starkes und berechtigtes Interesse ist. Auch, daß Verteidigung des Friedens und Verteidigung der Unabhängigkeit keinen Gegensatz bilden, sondern einander bedingen.

Wie die CSU die Krise nutzen will

Strauß auf dem CSU-Parteitag in München

jüw.München. In den Arbeitskreisen mit aktuellen Themen wie ,,Wachstum und Energie – Umwelt und soziale Sicherheit" oder ,,Wohnungs- und Städtebau" war auch gestritten worden. Sogar hatte die Junge Union einen Antrag auf Rücknahme der Absenzenregelung an den Gymnasien gestellt. Kultusminister Maier konnte ihn nicht abbügeln, durch kam er trotzdem nicht, Maier jedoch viel bei den Wahlen um einige Plätze zurück. Ein Schauspiel von engagierter Diskussion und praktizierter Demokratie. – ,,Wir sind eine Partei der Diskussion." In letzter Zeit in der Partei angestauter Dampf konnte abgelassen werden; aber nicht unbegrenzt: ,,Es gibt Zeit zu reden, und es gibt Zeit zu entscheiden." So stellte sich die CSU als eine Partei dar, die nachdenkt und handelt, während die Bonner Koalitionsparteien handlungsunfähig und in sich zerstritten bloß mehr redeten.

Obwohl es Diskussion gab, vermißten Berichterstatter das große Thema. Woher auch? Worüber hätte eine *Auseinandersetzung* stattfinden sollen, da die Richtlinien festgelegt sind? Die Richtlinien bestimmt der Parteivorsitzende.

Viel Neues sagte Strauß in seiner Rede nicht. Er hat auch nicht die Absicht, als jemand zu erscheinen, der Neues sagt. Im Gegenteil ist seine Pose: Wir haben es schon immer gewußt und gesagt. Schon Sonthofen wäre eine Prophezeihung der Lage gewesen, wie sie sich abzeichnet. Dazu paßt die Haltung jenes Diktators der altrömischen Sage, der sich auf sein Feld zurückgezogen hat und den das Volk in der Not an die Regierung holt. Dazu paßt die Abstinenz, an die Regierung mit Ratschlägen zu Einsparungen heranzutreten. Ein bißchen gibt sich Strauß die Attitüde eines Churchill. Wie Churchill spricht er unwillkommene, ,,unpopuläre Wahrheiten" aus, freilich nicht in der Potenz von ,,Blut, Schweiß und Tränen". Er beläßt es beim Schweiß – vorerst. Mit dieser Unpopularität kokettiert er als dem, was ihm von dem ,,Zweckoptimisten", ,,Traumtänzern", ,,Vorturnern des Betrugs" usw. der Bundesregierung und ihrer Parteien unterscheidet.

Nun gehört allerdings nicht viel dazu, heutzutage ein düsteres Bild zu malen; die politische wie die wirtschaftliche Weltlage – und auch im Innern – liefern genügend Farben an die Hand. Aber wie Strauß dieses Bild mahlt! Seine Methode ist die Vereinfachung. Und bei der Vereinfachung entstellt er die Wahrheit vollends. Z.B. die Kriegsgefahr. Durchaus zutreffend legte Strauß in seinem Referat die Expansionspolitik der Sowjetunion dar. Um jedoch zu dem bekannten Schluß zu kommen, die Sowjetunion verbinde imperialistische mit weltrevolutionären Zielen. Bei dieser Sicht der Dinge bietet sich als einziger Ausweg – die nordatlantische Allianz, das Bündnis mit den USA.

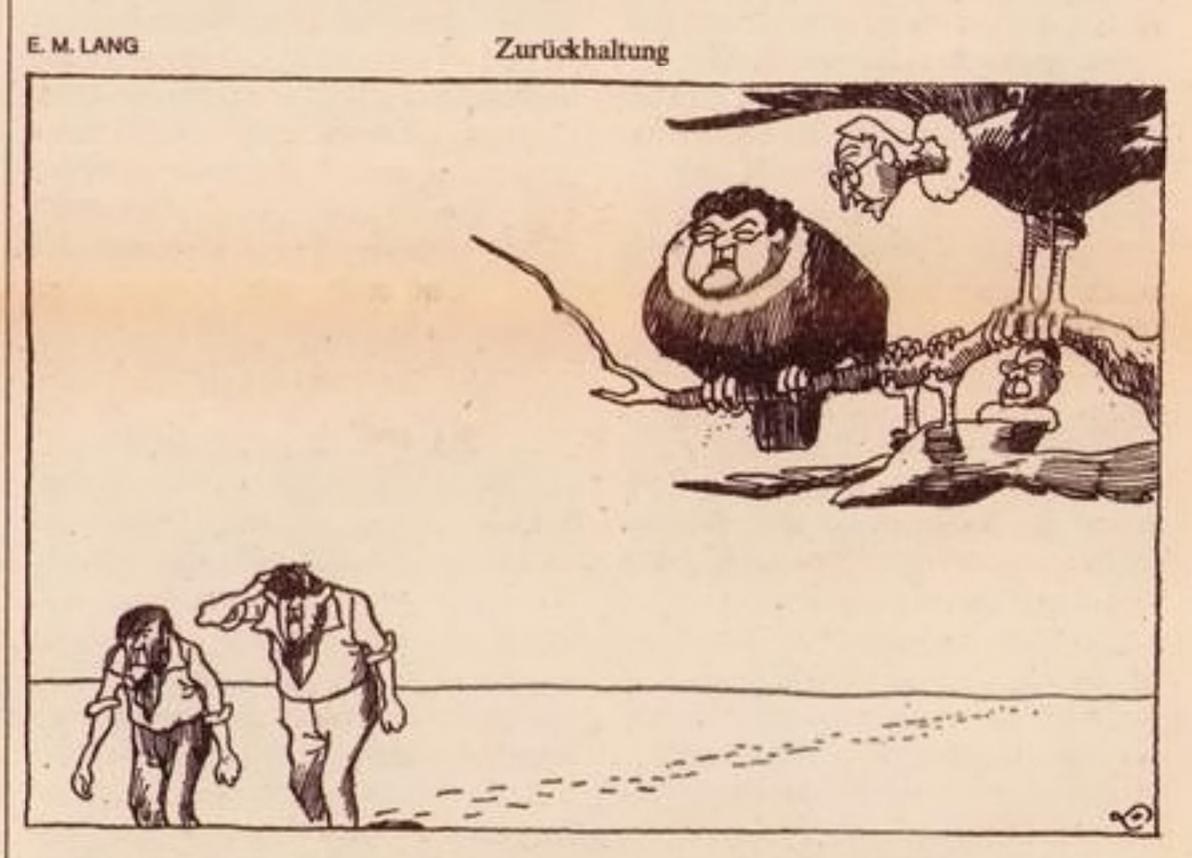
Derartige Pseudowahrheiten haben für die Politik der CSU verschiedene Vorteile: Erstens stimmen ihre Aussagen zum Teil mit den Erscheinungen und mit den Erfahrungen der Massen überein. Zweitens erscheinen sie als ,,einfache Wahrheiten". Drittens entsprechen sie den jahrzehntelang von der herrschenden Klasse verbreiteten Anschauungen. Viertens läßt sich damit trefflich Angst einflößen.

Gleichzeitig wendet sich der Angstmacher Strauß gegen Angstmache, betont das Positive. Besonderen Beifall bekam seine Bitte, daß das Fernsehen ,,endlich die normale Welt des Menschen zeigen" solle ,,und nicht nur abartige, abseitige Sondererscheinungen". Er tritt auf als der Repräsentant des gesunden Menschenverstandes (oder *Volksempfindens*), als Sprachrohr des kleinen Mannes, der zahlen muß, seine Ruhe und Frieden will, Sparsamkeit und Leistung. Er tritt auf als Garant der Zukunft und Vertreter der Hoffnung. Er beruft sich dabei auf die ,,Aufbauarbeit" der Union in den Nachkriegsjahren, mobilisiert den Stolz auf das Erreichte, wie die Angst, es zu verlieren, und preist die Union als Erlöser an.

Es wäre falsch zu übersehen, daß die CSU tatsächlich ,,dem Volk aufs Maul schaut", daß sie an vorhandenen Erfahrungen, Befürchtungen, Hoffnungen anknüpft, die herrschende Ideologie trefflich ausnutzt und anwendet. Und keineswegs nur mit ,,Gottvertrauen". Die CSU ist eine moderne bürgerliche Partei. Mit Provinzialismus und Bigotterie wäre sie nicht die mitgliederstärkste Partei in Bayern überhaupt, mit einem Anteil von 18,4% Arbeitern und 61,3% Lohnabhängigen in der Mitgliedschaft, auch wenn da so mancher unpassenderweise in die Statistik reinrutscht!

Gerade die *Überwindung* des Provinzialismus, die Darstellung der Reaktion in modischem Gewand, die *Effizienz* der Partei, die einigermaßen reibungslos über die Klippen einer rasanten Industrialisierung Bayerns kam, bislang realtiv wirkungsvoll auch das Geschäft der Unterdrückung betreibt, gerade dies macht den Wandel der CSU von einer bloß bayerischen Partei zu einer Partei der Reaktion aus, die in Westdeutschland Gewicht hat. Eingedenk dieses Gewichts, rechnet Strauß weiter mit der ,,Union und mit seiner eigenen Rolle". Die Arbeiterbewegung wäre schlecht beraten, wenn sie nicht auch damit rechnete. Schließlich ist die Frage nicht so sehr, ob und wann die jetzige Regierung abgelöst wird, sondern ob sie von rechts oder von links abgelöst wird.

E. M. LANG Zurückhaltung



,,I pfeif' scho, wenn's soweit ist . . ."

Frage, wie wir *kurzfristig,* in den nächsten paar Jahren, über die Auseinandersetzung über einige zusätzliche US-Raketen hinaus eine wirkliche Veränderung der strategischen Lage herbeiführen können, ob es möglich ist, Europa aus den von den Supermächten beherrschten Blöcken herauszulösen, ist die Haltung der neuen französischen Regierung und der Kräfte, die diese Regierung unterstützten und sie gewählt haben, natürlich von erheblicher Bedeutung.

Genauer betrachtet, stimmen weder die praktische Politik noch die strategische Orientierung der französischen Regierung mit denen der NATO, der Bundesregierung oder gar der USA überein. Das Regierungsabkommen zwischen Kommunisten und Sozialisten formuliert das Ziel einer parallelen Auflösung der Militärblöcke. Das Programm der Sozialistischen Partei, beschlossen 1980, drückt klar aus, daß das militärische Bündnis mit den USA gegenwärtig für nötig gehalten wird, daß es aber keine Unterordnung bedeuten darf und daß alle Anstrengungen gemacht werden müssen, es durch ein System kollektiver Sicher-

Kommandostruktur der NATO ausgeschieden – ausdrücklich, um nicht im Rahmen der NATO in Konflikte verwickelt zu werden (durch wen, wenn nicht durch die USA?), die seine nationalen Interessen nicht berühren.

Und wir? Bei uns gibt es Leute, die sorgen sich, unsere Regierung könnte ,,den Finger an den atomaren Abzug bekommen". Dabei ist das Problem ganz anders: Bei uns hat das US-Oberkommando den Finger am Abzug, an vielen Abzügen, und unsere Regierung traut sich nicht mal, offen ein *Veto-Recht* gegen den Einsatz amerikanischer Atomwaffen von unserem Territorium aus zu fordern. Im Konfliktfall wären wir gleichermaßen die Geiseln der einen wie der anderen Seite. Wir können den Weg Frankreichs nicht nachvollziehen, aber wir können verschiedenes daraus lernen. Zum Beispiel, daß nationale Unabhängigkeit auch im heutigen Westeuropa ein starkes und berechtigtes Interesse ist. Auch, daß Verteidigung des Friedens und Verteidigung der Unabhängigkeit keinen Gegensatz bilden, sondern einander bedingen.

zende.

Viel Neues sagte Strauß in seiner Rede nicht. Er hat auch nicht die Absicht, als jemand zu erscheinen, der Neues sagt. Im Gegenteil ist seine Pose: Wir haben es schon immer gewußt und gesagt. Schon Sonthofen wäre eine Prophezeihung der Lage gewesen, wie sie sich abzeichnet. Dazu paßt die Haltung jenes Diktators der altrömischen Sage, der sich auf sein Feld zurückgezogen hat und den das Volk in der Not an die Regierung holt. Dazu paßt die Abstinenz, an die Regierung mit Ratschlägen zu Einsparungen heranzutreten. Ein bißchen gibt sich Strauß die Attitüde eines Churchill. Wie Churchill spricht er unwillkommene, ,,unpopuläre Wahrheiten" aus, freilich nicht in der Potenz von ,,Blut, Schweiß und Tränen". Er beläßt es beim Schweiß – vorerst. Mit dieser Unpopularität kokettiert er als dem, was ihm von dem ,,Zweckoptimisten", ,,Traumtänzern", ,,Vorturnern des Betrugs" usw. der Bundesregierung und ihrer Parteien unterscheidet.

Nun gehört allerdings nicht viel dazu, heutzutage ein düsteres Bild zu malen; die politische wie die wirtschaftliche Weltlage – und auch im Innern – liefern genügend Farben an die Hand. Aber wie Strauß dieses Bild mahlt! Seine Methode ist die Vereinfachung. Und bei der Vereinfachung entstellt er

des gesunden Menschenverstandes (oder *Volksempfindens*), als Sprachrohr des kleinen Mannes, der zahlen muß, seine Ruhe und Frieden will, Sparsamkeit und Leistung. Er tritt auf als Garant der Zukunft und Vertreter der Hoffnung. Er beruft sich dabei auf die ,,Aufbauarbeit" der Union in den Nachkriegsjahren, mobilisiert den Stolz auf das Erreichte, wie die Angst,

Westdeutschland Gewicht hat. Eingedenk dieses Gewichts, rechnet Strauß weiter mit der ,,Union und mit seiner eigenen Rolle". Die Arbeiterbewegung wäre schlecht beraten, wenn sie nicht auch damit rechnete. Schließlich ist die Frage nicht so sehr, ob und wann die jetzige Regierung abgelöst wird, sondern ob sie von rechts oder von links abgelöst wird.

E. M. LANG Zurückhaltung



,,I pfeif' scho, wenn's soweit ist . . ."

Nürnberg: Nach Massenverhaftungen Massenaburteilung?

meu.Nürnberg. Auf der Demonstration für die volle Straffreiheit und Rehabilitation der im KOMM im März festgenommenen 141 Jugendlichen (vgl. Bild S.1) forderte der Vertreter des DGB, Paul, den Rücktritt von Justizminister Hillermeier und Innenminister Tandler. Der ehemalige Bundesverfassungsrichter Hirsch kritisierte die Anklageerhebung wegen schwerem Landfriedensbruch: ,,Es ist besser, die Bayern bringen das selbst in Ordnung, als daß es vor den Europäischen Gerichtshof kommt." – Neben einer Reihe weiterer Veranstaltungen plant die Elterninitiative, wie auf der Kundgebung angekündigt, zu Prozeßbeginn ein Büro für Öffentlichkeitsarbeit einzurichten. – Der bayrische Justizminister Hillermeier hat in einer Presseerklärung Hirsch vorgeworfen, mit seinem Auftritt in Nürnberg ,,den Rechtsfrieden in Bayern gestört" zu haben. Hillermeier verteidigte die Massenverhaftung und -anklage und erklärte, schweren Landfriedensbruch begehe, ,,wer Gewalttätigkeiten psychisch oder physisch unterstützt".

Sparerwägungen von Minister Ehrenberg

acm. Im Rahmen von Einsparungen bei der Arbeitsförderung und im Gesundheitswesen liegen vom Bundesminister Ehrenberg zur Zeit verschiedene Erwägungen vor, deren Ausführung bis Ende Juli, Anfang August bei der Arbeitsförderung in Gesetzesform vorliegen und beim Gesundheitswesen in die ,,Konzertierte Aktion" einfließen sollen. – Bei der Arbeitsförderung ist an die Reduzierung des Krankengeldes nach sechs Wochen Krankheit durch die Versicherung gedacht. Bei der Lohnfortzahlung durch die Kapitalisten in den ersten sechs Wochen sollen keine Abstriche erfolgen. Es solle auch die Höhe des Krankengeldes überprüft werden. Im Sparkatalog sind auch das Unterhaltsgeld für Umschulung und Fortbildung enthalten, wie das Übergangsgeld für Behinderte in Rehabilitationsmaßnahmen. – Im Gesundheitswesen sollen die Kassenärzte aufgefordert werden, Medikamente nur noch nach ,,Positivlisten" zu verschreiben. Bei den ,,Positivlisten" handelt es sich um ausgewählte Medikamente nach Wirksamkeit, Qualität und Preis. Auf der Grundlage einer Studie des Instituts für Präventivforschung und Sozialmedizin in Bremen wurden z.B. von 600 Herzmitteln nur rund 200 auf die ,,Positivliste" genommen.

,,Gruppe Unabhängiger Sozialdemokraten" in Hessen

bil.Frankfurt. Ohne Folgen ist der Sonderparteitag der SPD in Hessen, der von Ministerpräsident Börner geschickt terminiert und mit der Vertrauensfrage für die SPD in der Landesregierung gekoppelt war, nicht geblieben: Eine Reihe von Parteiaustritten und die Bildung einer Gruppe ,,Unabhängiger Sozialdemokraten", die sich im April offiziell gründen will. Die Gruppe ,,Unabhängiger Sozialdemokraten" ist gegen die Startbahn West, den Bau einer atomaren Wiederaufbereitungsanlage und die Errichtung des Kernkraftblocks C in Biblis. Der SPD-Ortsvereinsvorsitzende Nordweststadt II (Frankfurt) Kellermann zu seinem Austritt aus der SPD: ,,Um Sozialdemokrat zu bleiben, muß ich aus der (Börner)-SPD austreten." Zusammenarbeit mit den Grünen, Beteiligung an den Hessischen Landtagswahlen im nächsten Jahr sind Punkte, die auf einem ersten Treffen der ,,Unabhängigen Sozialdemokraten" angesprochen wurden.

Bundesweite ASten-Konferenz im Oktober

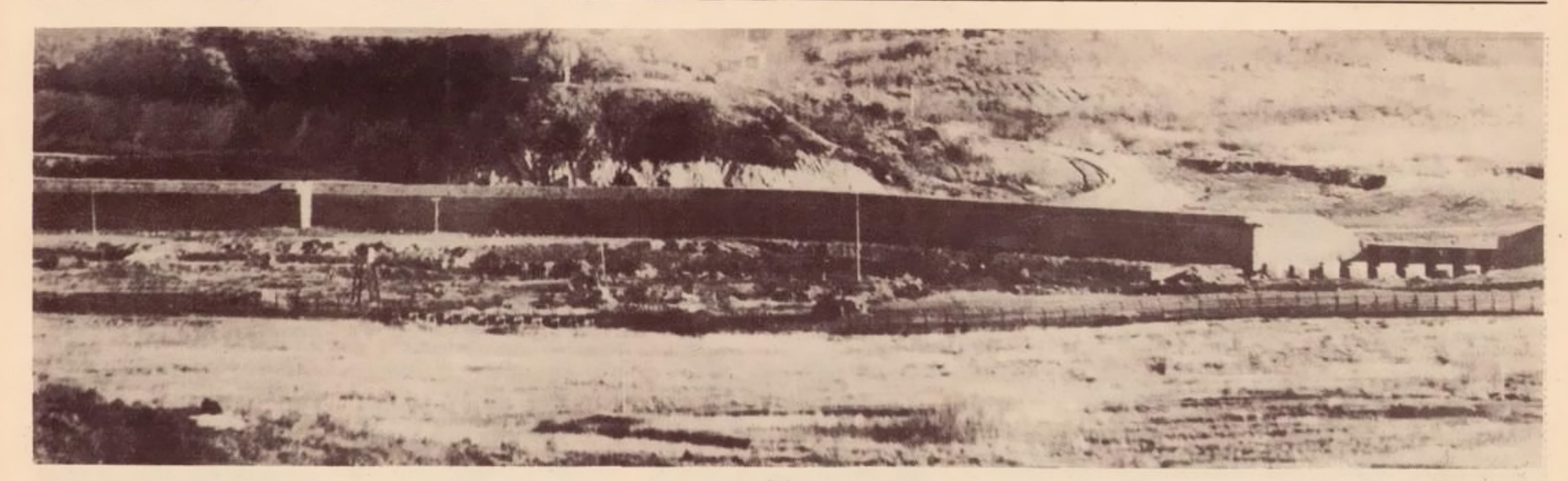
jöf.Bonn. Der Zentralrat der Vereinigten Deutschen Studentenschaften (vds) beschloß bei einer Enthaltung auf seiner Tagung am 14.7., zum 31. Oktober eine bundesweite ASten-Konferenz einzuberufen, auf der die Frage eines bundesweiten Streiks im WS 81/82 ,,abschließend diskutiert und entschieden werden soll". Im aus 30 ASten bestehenden Zentralrat sind im wesentlichen MSB, SHB, LHV und Jusos vertreten. MSB und SHB konnten sich mit ihrem Vorschlag, bundesweiten, einheitlichen Streik zu beschließen, nicht durchsetzen, wollen aber weiter daran festhalten. Der LHV hielt eine ,,Orientierung auf Streik für voreilig". Die Jusos schlugen eine ,,bundesweite Aktionswoche" vor, ansonsten sollten die vds die Aktionsform den einzelnen Studentenschaften überlassen – ,,unter Anknüpfung an den jeweiligen Entwicklungsstand". Der Beschluß, der ein Kompromiß zwischen Jusos und MSB/SHB ist, ist insofern Ausdruck der Tatsache, daß viele Studentenschaften die Lage für eine erfolgreiche Durchführung eines solchen Streiks in Form eines Vorlesungsboykotts nicht für reif halten. Dahingehend äußerte sich auch der Basisgruppenvertreter. Auch das konkrete Streikziel ist unklar, übereinstimmend stellte der Zentralrat bloß fest, daß bundesweite, koordinierte Aktionen nötig sind als ,,Reaktionen auf die Verschlechterungen, die die kapitalistische Krise und der derzeitige Regierungskurs in unsere Studien- und Lebensbedingungen schafft".

Nur noch Teilzeitverträge für wissenschaftliche Mitarbeiter

juh.Braunschweig. Ohne jede Rücksprache mit den Hochschulen hat Niedersachsens neuer Wissenschaftsminister Cassens eine neuerliche Verschärfung des §65 Niedersächsisches Hochschulgesetz (NHG) verfügt: eingestellt wird ab sofort (19.6.81) nur noch, wer ,,einen Antrag auf Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit um mindestens 12 Stunden stellt". Also erzwungene Gehaltskürzung um 30% (von BAT 2A) bei gleichbleibendem Dienstleistungsanteil von mindestens 20 Wochenstunden. Hochschulen, GEW und Landeskonferenz der Akademischen Mitarbeiter (LKA) haben sofort protestiert: ,,Wer zunächst im Haushaltsplan ganze Stellen ausweist, im Nachhinein jedoch durch Verwaltungsanweisung Teilzeitarbeit anordnet und damit 30% der Ausgaben sparen will, kann nur als Haushaltsbetrüger bezeichnet werden." (LKA) In Braunschweig demonstrierten ca. 600 Wissenschaftliche Mitarbeiter gegen die weitere Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und Qualifikationschancen und die Auswirkungen auf Lehre und Forschung. 80% der Braunschweiger Wissenschaftlicher Mitarbeiter sind ,,streikbereit", falls der Erlaß nicht zurückgenommen wird.

Karlsruhe: Iraner verlangen Schutz gegen Bespitzelung

kvz. 20 iranische Studenten haben dem Studentenparlament der Uni Karlsruhe auf seiner letzten Sitzung eine Resolution vorgelegt, worin der UStA (Unabhängige Studentenausschuß) aufgefordert wird, die Mitglieder des Islamischen Studentenvereins (Ghods) und der Tudeh-Partei vom Campus zu weisen, da diese nachweislich Spitzeltätigkeiten gegen oppositionelle Iraner betreiben. So wird ein Schreiben der Ghods-Leitung in Teheran an die IRP-Studenten in Karlsruhe zitiert, in dem diese aufgefordert werden, Auskünfte zu sammeln und weiterzuleiten, z.B.: ,,4) Wieviel Prozent der dort lebenden Iraner sind politisch aktiv? – 5) Nennt die aktiven marxistischen Gruppen in eurem Wohnort und nach Möglichkeit die Namen ihrer Führer." – Mit Zitaten des Vorsitzenden der Tudeh-Partei, Kianouri, bzw. aus dem Zentralorgan dieser Partei wird belegt, daß diese sich gegenüber dem IRP-Regime öffentlich verpflichtet hat, ,,jede Kenntnis, die die Partei über Aktivitäten und Machenschaften der Konterrevolutionäre für die Beseitigung der Islamischen Republik . . . besitzt, immer den zuständigen Stellen der Islamischen Republik jetzt und in Zukunft zur Verfügung zu stellen" (Kianouri).



DRV Korea heute

Erste Eindrücke aus einem unbekannten Land

Von Wolfgang Seifert

Anfang Juli ist nach einer zweiwöchigen Informationsreise die erste westdeutsche Solidaritätsdelegation, die die Koreanische Demokratische Volksrepublik besuchen konnte, zurückgekehrt. Die sechs Mitglieder kamen aus verschiedenen Berufen und repräsentierten unterschiedliche politische Richtungen.

Pyongyang

Nach den amerikanischen Bombardierungen im Korea-Krieg standen hier gerade noch zwei Häuser. Auch ein großes Hotel für ausländische Gäste – zerbombt. Der Architekt von damals sitzt vor uns. „Welches Gefühl hätten Sie“, und damit wendet er sich an einen von uns, der früher selbst Architekt gewesen ist, „wenn ‚Ihr‘ Haus durch Bomben zerstört wäre? – Ja, das hatte ich auch: ein sehr intensives Gefühl des Hasses. 1950 begann der Krieg, 1951 waren die Feinde aus diesem Gebiet hier vertrieben. Der große Führer Genosse Kim Il Sung sagte, wir sollten ein Kollektiv für den Wiederaufbau zusammenstellen, auch wenn man Bauplaner von der Front zurückrufen müßte. Von der Front kam auch ich zurück. Es ging darum, einen Generalplan zu erstellen. Neben Wohnungen sollten Bauten für das Volk errichtet werden. In diesen Jahren errichteten wir das Murangong-Theater, dessen einer Teil unter die Erde verlegt wurde, damit wir auch im Krieg Theaterstücke sehen könnten.“

deutsche Solidaritätsdelegation, die die Koreanische Demokratische Volksrepublik besuchen konnte, zurückgekehrt. Die sechs Mitglieder kamen aus verschiedenen Berufen und repräsentierten unterschiedliche politische Richtungen.

Pyongyang

Nach den amerikanischen Bombardierungen im Korea-Krieg standen hier gerade noch zwei Häuser. Auch ein großes Hotel für ausländische Gäste – zerbombt. Der Architekt von damals sitzt vor uns. „Welches Gefühl hätten Sie“, und damit wendet er sich an einen von uns, der früher selbst Architekt gewesen ist, „wenn ‚Ihr‘ Haus durch Bomben zerstört wäre? – Ja, das hatte ich auch: ein sehr intensives Gefühl des Hasses. 1950 begann der Krieg, 1951 waren die Feinde aus diesem Gebiet hier vertrieben. Der große Führer Genosse Kim Il Sung sagte, wir sollten ein Kollektiv für den Wiederaufbau zusammenstellen, auch wenn man Bauplaner von der Front zurückrufen müßte. Von der Front kam auch ich zurück. Es ging darum, einen Generalplan zu erstellen. Neben Wohnungen sollten Bauten für das Volk errichtet werden. In diesen Jahren errichteten wir das Murangong-Theater, dessen einer Teil unter die Erde verlegt wurde, damit wir auch im Krieg Theaterstücke sehen könnten.“

Er ist vielleicht 55 Jahre alt, stellvertretender Vorsitzender des Stadtkomi-



Vor dem Revolutionsmuseum in Pyongyang. Die Bronzeskulpturen symbolisieren den langen Befreiungskampf des koreanischen Volkes.

tees – also soetwas wie stellvertretender Oberbürgermeister – und für die Bauplanung verantwortlich. Bis um 23 Uhr erläutert er uns an diesem Sonntag die Stadtentwicklung von Pyongyang. Langsam verstehen wir, wie diese einmalige Stadt, mit ihren großen, breiten Alleen, ihren zahlreichen Parks, den prächtig ausgestatteten Volksbauten: Museen, Theatern, Sportstätten, Bibliotheken, dem mächtigen Kuppelbau des Staatszirkus und den modernen Wohnhäusern gewachsen ist. Eine solche Großstadt – Pyongyang hat rund 1 Million Einwohner, diese Zahl soll aber gehalten werden – hatte ich noch nie gesehen: ohne Hektik, Lärm, verpestete Luft, stockenden Verkehr; keine Fassaden, von denen der Putz abbröckelt; keine Bettler, Arbeitslose, schuhputzende Kinder – wie so oft besonders in Asien; ohne Elendsviertel, Abfallhaufen, Schmutz und Gestank. Gerade alles Öffentliche ist gepflegt, ja großzügig und prächtig. Nachts bunte, fließende Neonbeleuchtung an jeder größeren Ecke – keine Werbung, sondern Parolen wie z.B. „Voran mit den drei Revolutionen – der ideologischen, technischen und Kulturrevolution!“ Und doch reges Treiben noch bis spät in die Nacht.

„Es gab bei uns Architekten“, fährt der Genosse fort, „die zuerst die hinteren, dann die vorderen, die Hauptstraßen neu aufbauen wollten. Diesen Rat gab uns ein sowjetischer Architekt. So hätten sie Stalingrad aufgebaut. – Wir haben das anders gemacht. Nach Zerstörung und Elend haben wir die Hauptstraßen zuerst, möglichst schön und großzügig, errichtet, um den Menschen Mut und Siegeszuversicht zu geben. Es sollten *ihre* Straßen und Bauten sein. Erst als wir in großem Umfang wieder besseres Baumaterial hatten, konnten wir beim Wohnungsbau Qualität der Quantität voranstellen.

solche Großstadt – Pyongyang hat rund 1 Million Einwohner, diese Zahl soll aber gehalten werden – hatte ich noch nie gesehen: ohne Hektik, Lärm, verpestete Luft, stockenden Verkehr; keine Fassaden, von denen der Putz abbröckelt; keine Bettler, Arbeitslose, schuhputzende Kinder – wie so oft besonders in Asien; ohne Elendsviertel, Abfallhaufen, Schmutz und Gestank. Gerade alles Öffentliche ist gepflegt, ja großzügig und prächtig. Nachts bunte, fließende Neonbeleuchtung an jeder größeren Ecke – keine Werbung, sondern Parolen wie z.B. „Voran mit den drei Revolutionen – der ideologischen, technischen und Kulturrevolution!“ Und doch reges Treiben noch bis spät in die Nacht.

„Es gab bei uns Architekten“, fährt der Genosse fort, „die zuerst die hinteren, dann die vorderen, die Hauptstraßen neu aufbauen wollten. Diesen Rat gab uns ein sowjetischer Architekt. So hätten sie Stalingrad aufgebaut. – Wir haben das anders gemacht. Nach Zerstörung und Elend haben wir die Hauptstraßen zuerst, möglichst schön und großzügig, errichtet, um den Menschen Mut und Siegeszuversicht zu geben. Es sollten *ihre* Straßen und Bauten sein. Erst als wir in großem Umfang wieder besseres Baumaterial hatten, konnten wir beim Wohnungsbau Qualität der Quantität voranstellen.

Wir haben jetzt moderne Wohnungen, aber wir sind noch nicht zufrieden. Es wird ständig weitergebaut. Bei den Kulturbauten und insgesamt gilt bei uns: man muß die Heimat so aufbauen, daß man die nationale Form fortsetzt. Die neue Bibliothek mit ihren 100000 qm ist ein Beispiel: nationale Form, sozialistischer Inhalt. Dazu braucht man viel Geld, aber wir müssen das schon so machen.“ – Kein einziges Gebäude im Zuckerbäckerstil. Nicht nur in der Architektur wurden die Ratschläge, die aus „einem Ausland“ oder aus „einem kalten Land“, wie sich unsere Gastgeber stets ausdrücken, schon früh zurückgewiesen.

Die Mauer

Ich muß gestehen, daß ich von einer Mauer mitten durch Korea zum ersten Mal in der Demokratischen Volksrepublik erfahren habe. Informationslücke? Überlesen? Verdrängt – angesichts „unserer“ Mauer? Oder einfach Folge des bewußten Verschweigens seitens der hiesigen Presse? Der Arm des südkoreanischen Regimes reicht weit. Der US-Imperialismus hält dieses Terrorregime am Leben, und in Westeuropa ist mein Land (mein Land? – in Asien sprechen die Leute immer von „ihrem Land“, selbst wenn sie eine kapitalistische Regierung haben) der treueste Vasall der USA. Kein Wunder, daß man hier Rücksicht nimmt. Eine Mauer, vom antikommunistischen Regime des Südens gebaut – das paßt nicht ins Bild, das muß aus der Berichterstattung rausgehalten werden.

Es gibt sie also, dieses Monstrum aus Beton und Stahl, gespickt mit Wachtürmen, Schießständen, Stacheldrahtzäunen. An der Basis ist sie im allgemeinen 10 Meter breit, oben noch 3 Meter. Elektronisch können die Stahltore betätigt werden, um die Panzer der Marionettenarmee oder der Besatzungsmacht in Richtung Norden durchzulassen. Die Mauer zieht sich auf südkoreanischer Seite direkt an der Grenze zur entmilitarisierten Zone 240 km quer durch das Land.

Vom Beobachtungsposten aus erkennen wir mit dem Feldstecher, daß drüben immer noch die UNO-Fahne weht, so als ob die Beschlüsse der 30. UNO-Vollversammlung für Einstellung jedes UN-Engagements in Korea nur Schall und Rauch gewesen wären. Den US-Imperialisten paßt es so eben besser ins Konzept.

des südkoreanischen Regimes reicht weit. Der US-Imperialismus hält dieses Terrorregime am Leben, und in Westeuropa ist mein Land (mein Land? – in Asien sprechen die Leute immer von „ihrem Land“, selbst wenn sie eine kapitalistische Regierung haben) der treueste Vasall der USA. Kein Wunder, daß man hier Rücksicht nimmt. Eine Mauer, vom antikommunistischen Regime des Südens gebaut – das paßt nicht ins Bild, das muß aus der Berichterstattung rausgehalten werden.

Es gibt sie also, dieses Monstrum aus Beton und Stahl, gespickt mit Wachtürmen, Schießständen, Stacheldrahtzäunen. An der Basis ist sie im allgemeinen 10 Meter breit, oben noch 3 Meter. Elektronisch können die Stahltore betätigt werden, um die Panzer der Marionettenarmee oder der Besatzungsmacht in Richtung Norden durchzulassen. Die Mauer zieht sich auf südkoreanischer Seite direkt an der Grenze zur entmilitarisierten Zone 240 km quer durch das Land.

Vom Beobachtungsposten aus erkennen wir mit dem Feldstecher, daß drüben immer noch die UNO-Fahne weht, so als ob die Beschlüsse der 30. UNO-Vollversammlung für Einstellung jedes UN-Engagements in Korea nur Schall und Rauch gewesen wären. Den US-Imperialisten paßt es so eben besser ins Konzept.

Der Oberst aus der Verhandlungskommission in Panmunjon, der uns auch hier führt, fragt kühl: „Wieviele Wohnungen hätte die Chon Du Hwan-Clique mit diesen Mengen Beton im Süden wohl bauen können?“ Er erklärt uns, daß öfters Artilleriegeschosse auf dem Territorium der DVR Korea einschlagen. Drüben entzündet man, wenn Südwind bläst, auch Feuer; die Funken trägt der Wind herüber, Waldbrände vernichten wertvolle Bäume. Wir sehen verkohlte Stellen im Gelände. Währenddessen hören wir von Süden her Geschützdonner. „Sie üben mit der Artillerie“, sagt der Oberst, „sie üben den Angriff.“ Das Marionettenregime und der US-Imperialismus hinter ihm wollen die Politik der „Zwei Koreas“ im wahrsten Sinne des Wortes zementieren. Sie zerschneiden ein Volk. Es gibt keinen Brief-, keinen Telefonverkehr, von Verkehrsverbindungen ganz zu schweigen. Jetzt hat der Süden die Mauer gebaut. Die USA haben Chon gerade mehrere supermoderne F-16-Kampfflugzeuge geliefert. Sie haben den Süden mit tausend Atomraketen vollgestopft. Nur 30000 Mann der Marionettenarmee von rund 700000 unterstehen *nicht* amerikanischem Oberbefehl. – Von wem geht die Bedrohung aus? Wer will die Teilung?

Volksarmee

Auf dem Weg zur Demarkationslinie und zurück in die Provinzhauptstadt Käsong sehen wir nicht mehr Militär als sonst auch. Bis unmittelbar an die Linie bestellen die Bauern die Felder. Man sieht häufig Soldaten im Land. Aber wie? Auf den Feldern rechts und links arbeiten die Soldaten, stehen mitten drin unter den Bauern, verstärken die Brigaden, transportieren Material, fahren die Arbeitenden auf die Felder oder bringen sie zurück. Später, wäh-



Maschinenfabrik Daean:
„Ein neues Leben aus eigener Kraft“

rend der Rückfahrt, regnet es in Strömen. Einzelne Soldaten kommen durchnäßt zu Fuß von der Feldarbeit zurück in ihre Unterkünfte, die völlig offen gleich am Rande des Dorfes stehen. – Dies hier ist keine aggressive, volksfeindliche Armee. Dies hier ist eine äußerst disziplinierte, starke, an der Produktion beteiligte, fest mit dem Volk verbundene Armee.



Maschinenfabrik Daean:
„Ein neues Leben aus eigener Kraft“

rend der Rückfahrt, regnet es in Strömen. Einzelne Soldaten kommen durchnäßt zu Fuß von der Feldarbeit zurück in ihre Unterkünfte, die völlig offen gleich am Rande des Dorfes stehen. – Dies hier ist keine aggressive, volksfeindliche Armee. Dies hier ist eine äußerst disziplinierte, starke, an der Produktion beteiligte, fest mit dem Volk verbundene Armee.

Wie die Partei führt

Alles was wir Lande sehen und hören, erstaunt uns, umso mehr, wenn wir an die DDR, Polen usw. denken. Ist *das* die Realität? Vieles kann doch einfach nicht stimmen, denken wir.

Wir sehen z.B. an einem Freitagnachmittag in Käsong eine Gruppe von vielleicht 80 Männern und Frauen, die einen Streifen zwischen Straße und naheliegendem Park von Steinen säubern, frische Erde anfahren und Sträucher pflanzen. „Freitagnachmittag haben die Parteikader Arbeitseinsatz“, sagt unser Begleiter, der bei anderer Gelegenheit genaue Aufklärung über verbesserte Anbaumethoden bei Mais Auskunft gab – er hatte früher auf dem Land selbst verschiedene Arbeitseinsätze absolviert. Daher kennt er sich aus.

Am Samstag fahren wir nach Pyongyang zurück. Die Fahrt über die Landstraßen wird zu einer Fahrt durch zahllose kleine Gruppen von Schülern und Schülerinnen, die die Straße auf zig Kilometern beidseitig säumen, ohne indes selbst säumig zu sein. Stattdessen verschönern diese meiner Schätzung nach 8 bis 15jährigen, mit verschiedenen Gartengeräten wie Hacken und kleinen Spaten ausgerüstet, die Straßenränder und Böschungen: einige jäten nur Unkraut, andere setzen auf den Böschungen in schön gleichen Abständen Nutzpflanzen, wieder andere lockern die Erde rund um die Bäume – ja, das war ein wichtiger Eindruck: kein einziger Kilometer der rund 200 km Straße bis zur Hauptstadt, der nicht Allee gewesen wäre –, eine weitere Gruppe legt Kreise weißer Kieselsteine um diese Bäume, meistens Akazien, andere ziehen parallel zur Straße eine Linie aus solchen Steinen. Jetzt verstehe ich, warum mir auch die Überlandstraßen so gehegt und gepflegt erschienen.

Der Genosse in unserem Wagen sagt: „Diese Schulkinder haben Samstagnachmittag Arbeitseinsatz. In jedem Dorf hat die Schule einige Kilometer Straße zur Betreuung; die werden dann noch einmal auf die Klassen aufgeteilt. Die Lehrer arbeiten mit den Schülern zusammen. Wir erziehen die Kinder von frühauf dazu, harte körperliche Arbeit zu lieben, ebenso wie das Lernen aus Büchern.“

Wieder in Pyongyang, sehen wir am nächsten Tag die riesige neue „Bibliothek des Volkes“, deren Maße darauf ausgelegt sind, einmal 15 Millionen Bücher zu beherbergen. Noch nicht ganz vollendet ist dieses Bauwerk mit den grünen Ziegeln auf geschwungenen Dächern, das von Ferne aussieht wie ein alter Palast. Achtzehn Monate soll die Bauzeit betragen. Als wir in einer Querstraße aus einer Buchhandlung kommen, läuft gerade ein Trupp von vielleicht 15 Jugendlichen vorbei, im Fachschulalter, 17, 18 Jahre, in olivgrüner, halbmilitärischer Arbeitskleidung, Jungen und Mädchen getrennt, in Dreierreihen, einer mit einer roten Fahne voran, auf der etwas steht, vielleicht der Name der Fachschule. Lautstark singen sie ein revolutionäres Lied. Die Passanten scheinen daran gewöhnt zu sein, sie drehen sich nicht um. Sie laufen jetzt zu jener Baustelle, wo sie einen Arbeitseinsatz haben. Es ist 10 Uhr. Drei Stunden später sehen wir sie an anderer Stelle wieder: Mittagspause. – Stand etwa ein Aufseher hinter ihnen? Ich habe keinen gesehen. Nichts Gequältes, nichts Gedrücktes,

dann noch einmal auf die Klassen aufgeteilt. Die Lehrer arbeiten mit den Schülern zusammen. Wir erziehen die Kinder von frühauf dazu, harte körperliche Arbeit zu lieben, ebenso wie das Lernen aus Büchern.“

Wieder in Pyongyang, sehen wir am nächsten Tag die riesige neue „Bibliothek des Volkes“, deren Maße darauf ausgelegt sind, einmal 15 Millionen Bücher zu beherbergen. Noch nicht ganz vollendet ist dieses Bauwerk mit den grünen Ziegeln auf geschwungenen Dächern, das von Ferne aussieht wie ein alter Palast. Achtzehn Monate soll die Bauzeit betragen. Als wir in einer Querstraße aus einer Buchhandlung kommen, läuft gerade ein Trupp von vielleicht 15 Jugendlichen vorbei, im Fachschulalter, 17, 18 Jahre, in olivgrüner, halbmilitärischer Arbeitskleidung, Jungen und Mädchen getrennt, in Dreierreihen, einer mit einer roten Fahne voran, auf der etwas steht, vielleicht der Name der Fachschule. Lautstark singen sie ein revolutionäres Lied. Die Passanten scheinen daran gewöhnt zu sein, sie drehen sich nicht um. Sie laufen jetzt zu jener Baustelle, wo sie einen Arbeitseinsatz haben. Es ist 10 Uhr. Drei Stunden später sehen wir sie an anderer Stelle wieder: Mittagspause. – Stand etwa ein Aufseher hinter ihnen? Ich habe keinen gesehen. Nichts Gequältes, nichts Gedrücktes,

nichts Müdes auf ihren Gesichtern. Eher ein Ausdruck, den man umschreiben kann mit „sie sind bei der Sache“.

Ich schüttele den Kopf, als ich daran denke, wie manch einer zuhause sich dieses Volk vorstellt: lebend in einem einzigen großen Zwangsarbeitslager, leidend unter der Knute eines stalinistischen Diktators, ohne Möglichkeiten frei zu atmen, einmal zu entspannen oder sein Vergnügen zu haben. In der Tat – man sieht viele Bilder des politischen und zugleich, was mindestens ebenso wichtig ist, geistigen Führers. Aber ist das „Stalinismus“? Ist Personenkult stets und überall, in jeder Gesellschaft das Gleiche, das gleiche Übel? Ich denke: nein. Man muß die Führung durch die Partei und ihren Vorsitzenden jeweils *konkret* untersuchen, darf sich nie mit den Erscheinungen zufriedengeben.

Als wir mit einem hohen Parteifunktionär über die Geschichte, die Linie und die Struktur der Partei sprechen, frage ich, ob die führende Rolle der Partei verfassungsmäßig festgelegt sei. „Nein, hierüber gibt es keine schriftlichen Festlegungen. Das Volk billigt sie, oder nicht. Das Volk entscheidet darüber.“ Er fährt fort: „In unserer Partei ist die Demokratie voll und ganz verwirklicht. Die Politik der Partei wird so formuliert, daß sie die Interessen des Volkes gut ausdrückt. Wenn zu einer bestimmten Frage eine Linie ausgearbeitet ist, wird kollektiv in der Partei diskutiert, auf allen Ebenen, *wie* wir sie verwirklichen können. Nach diesen

Fortsetzung Seite 4

Leserbriefe

Schwächen der KVZ: Kommunalpolitik, Frauenfrage

In den drei bis vier letzten Ausgaben der KVZ kristallisiert sich immer deutlicher eine durchgehende Schwäche bei verschiedenen Artikeln heraus. Man ist zwar jetzt auf dem Stand, daß über alle möglichen Arten der demokratischen Bewegung, Häuserkampf, AKW's, Resultate eines Frauenzentrumstreffens berichtet wird, was sicherlich interessant und lesbar ist. Was ich aber vermisse, ist die Stellungnahme zu den Auseinandersetzungen in all diesen Bewegungen, z.B. Häuserkampf als Teil der Kommunalpolitik. Haben wir nicht in der Form einzugreifen, daß demokratische Entscheidungsrechte verlangt werden, daß diskutiert werden muß, wie demokratische Strukturen am Ort aussehen müssen, wo einigermaßen klar ist, daß Räte nur zu einem bestimmten Teil, reduziert wie auch immer existieren, eben auch nur einen bestimmten Teil der Bevölkerung zur Durchsetzung von bestimmten Interessen organisieren. Beschreibung und Berichterstattung über spektakuläre Aktionen um Häuserbesetzungen sind heute einfach zu wenig, weil es sich abzeichnet, daß ohne Unterstützung durch die Gewerkschaften und ohne Konzept zur Erkämpfung von demokratischen Rechten innerhalb der Kommune und durch Aktionen alleine, die Niederbügelung durch Bulleneinsätze nicht verhindert werden kann. Am Artikel von Theo Mehlen zur Kritik vom DKP-Programm ist zumindest positiv, daß dort versucht wird, die theoretischen Fragen aufzuzeigen, die sich bei einer revolutionären Kommunalpolitik stellen. Der Mangel besteht aber darin, daß sie aufgeworfen worden sind vom DKP-Programm aus und nicht aus den jetzt schon bestehenden Auseinandersetzungen. Für mich steht nicht zur Kritik, daß die DKP sich auf das Gummituch des Grundgesetzes mit ihren dehnbaren Gesetzestexten stützt, sondern, daß sie ihrerseits gar nicht daran interessiert ist, daß sich die Bevölkerung Durchsetzungsrechte in allen Angelegenheiten verschafft. Gerade in der demokratischen Bewegung sind jene Schichten anzutreffen, wie Frauen, Jugendliche, Arbeitslose, Studenten, die versuchen, auf kommunaler Ebene ihre gerechten Interessen durchzusetzen. Also stellt sich gerade heute, wie die Strukturen aussehen müssen, die es ermöglichen, auch in späteren Auseinandersetzungen Erleichterungen zur Durchsetzung gerechter Interessen zu schaffen.

Zuletzt habe ich Kritik an der Behandlung der Frauenfrage in der KVZ. Hat sich in den letzten Jahren die KVZ darauf beschränkt, hauptsächlich die ökonomische Seite, schlechtere Bezahlung, schlechtere Arbeitsbedingungen, Frau und Männerberufe und ab und zu mal über die Schikanen und Auswirkungen des §218 zu berichten. Damit ist die zweifache Unterdrückung der Frau jedoch überhaupt nicht vollständig beschrieben. Zum Höhepunkt der Frauenbewegung in den 70er Jahren, hat es zahlreiche Stilblüten des KBW gegeben, so das Absprechen der Existenzberechtigung von Frauengruppen, der Führungsanspruch des KBW im Kampf gegen den §218 wurde z.B. in Freiburg auf einer Demonstration durchgeknüppelt, und die Polemiken waren damals auch nicht viel besser. Durchgängig bis heute ist innerhalb des KBW die Frauenfrage reduziert auf die gemeinsame Unterdrückung von Mann und Frau durch die kapitalistischen Verhältnisse. Ich halte es für notwendig, daß in der KVZ diese Auffassungen aufgearbeitet, kritisiert und geklärt werden. Auf alle Fälle aber bin ich dagegen, daß sich unter der Hand, unter der Fahne der Frauenfreundlichkeit, statt „man" hat Bock, es heißt, „frau" hat Bock, was zu machen, siehe Artikel der KVZ Nr. 26, „Es geht voran!" Ich fühl mich dadurch diskriminiert, weil mehr als belächelt wird es nicht ...

Zum Schluß noch meine Kritik am Artikel: Helfen Weltbankkredite der Dritten Welt? Hat man diesen Artikel gelesen, so sagt man am Schluß, nein, die Weltbankenkredite helfen nicht. Aber wissen wir dadurch mehr? Warum kann die Weltbank ihre Kredite nicht an den Mann bringen, warum beanspruchen die Länder der Dritten Welt diese Kredite? Welche Vorstellungen besitzen diese Länder über Aufbau und Entwicklung ihres Landes? Wie zeigt sich, daß die Weltbank immer mehr von den imperialistischen Positionen abrückt und Kompromisse sucht? Welche Auseinandersetzungen gibt es bei diesen einzelnen Projekten zwischen Weltbank und den Ländern der Dritten Welt? Wie kann man dabei diese Länder unterstützen? Ich versteh unter einer kommunistischen Zeitung nicht eine Zeitung zum Lesen, sondern eine Zeitung, die Fragen klärt und Handeln ermöglicht.

J.K., Rheydt

Soll der Fuchs die Gänse hüten?!

Zum Artikel „Ausschluß bei zweiter Liste nicht gerechtfertigt" (KVZ 27/81, Seite 12)

In der KVZ 27/81, S. 12, wird gemeldet, „Ausschluß bei zweiter Liste nicht gerechtfertigt". Es geht daraus nicht ganz klar hervor, *wovon* ausgeschlossen werden sollte – von der Kandidatur zur Betriebsratswahl, oder von der Mitgliedschaft in der IG Chemie. Wenn letzteres gemeint war, dann kann man sowas nicht einfach kommentarlos vermelden. Daß Staatsorgane über interne Vorgänge in einer Gewerkschaft entscheiden, kann man nicht dulden. Das wäre ja so ziemlich das letzte, daß der Fuchs die Gänse hütet!

Unterliegt ein Gewerkschaftsmitglied in einer innergewerkschaftlichen Auseinandersetzung (wie z.B. um Programm und Zusammensetzung einer gewerkschaftlichen BR-Kandidatenliste, aber auch in Fragen der Mitgliedschaft), so heiligt der Zweck nicht die Mittel. Er mag sehen, wie er zusammen mit anderen, auch unorganisierten Kollegen die Kräfteverhältnisse in den zuständigen Organen der Gewerkschaft zu seinen Gunsten ändert. Entspricht seein Anliegen den Interessen der Arbeiter, so kann ihm das gelingen, wenn auch vielleicht nicht sofort. Wendet er sich an die Justiz, so mag er vielleicht recht bekommen, und das mag auch für die konkrete Auseinandersetzung kurzfristig Vorteile bringen. Aber der Preis, den die Gewerkschaftsbewegung insgesamt und auf lange Sicht für derlei zahlt, ist zu hoch. Die bürgerliche Justiz wird solches allemal als Gelegenheit nutzen, um Normen zu setzen, die sie ein andermal gegen die Gewerkschaftsbewegung wenden wird. Deswegen muß die Entscheidung über interne Angelegenheiten auch über Mitgliedschaft oder nicht, ausschließlich und ein für allemal bei der Gewerkschaft selber verbleiben!

Beispiel: Bei Ford Saarlouis hatten die Vertrauensleute der IG Metall die „altbewährte" Betriebsratsmannschaft mit dem bisherigen BR-Vorsitzenden Entinger nicht mehr auf die IGM-Liste gesetzt (bei wenigen Ausnahmen), weil sie zu sehr auf „vertrauensvolle Zusammenarbeit" aus waren. Ein Teil der alten machte nun eine „Liste Automobilarbeiter" auf und kandidierte mit ihrer „bewährten Arbeit" gegen die IGM-Liste, die für Verminderung der Sonderschichten und dgl. eintrat. Ergebnis: für die „alten" ganze 2 Sitze von ca. 25, eine im Vergleich zu 1978 verbesserte Mehrheit der IG Metall, und für Entinger & Co. ein Ausschlußverfahren aus der IGM. Fraglich, ob ein Ausschluß das richtige Mittel ist. Aber sowas hätte dann gerade noch gefehlt, daß solche Leute dann noch kommen könnten und gewerkschaftliche Beschlüsse per Gericht außer Kraft setzen ließen!

Ich meine, *jeder* Gerichtsbeschluß über innergewerkschaftliche Fragen – ganz egal, wer im Einzelfall begünstigt ist – ist ein Punkt für Blüm und Parteigenossen, Punkte à conto Verbändegesetz!

Christoph Pfaff, Merzig

Zur Diskussion um Kriegsvorbereitung und Friedenspolitik

„Brandts Ostpolitik und sowjetischer Expansionismus", (KVZ 27/81, Seite 1), und „Die USA, die Sowjetunion und der drohende Krieg", (KVZ 28, Seite 9)

Liebe Genossen,
zu den beiden Artikeln möchte ich folgendes anmerken:
1. Die Kritik an der Brandtschen Reise nach Moskau hat mir – so wie sie begründet wurde – nicht eingeleuchtet.

Vorgeworfen wird ihm:
(a) daß er die illusorische Absicht hatte, einer Nullösung näher zu kommen. Illusorisch, weil es auf dem Gedanken der Fortsetzung der alten Entspannungspolitik beruhe. Deren Grundlagen sind aber sozusagen hinüber.
(b) daß „die Politik der BRD keine wirksamen Mittel hat", gegen das Vormachtstreben der beiden Supermächte vorzugehen,
(c) daß er ein Lavieren zwischen den Blöcken betreibe, ohne sich gegen die Blockbindung selbst zu wenden; daß die darin beschlossene Furcht vor Änderungen des strategischen Gleichgewichts ihn zu Äußerungen wie seinen Ermahnungen an die polnische Arbeiterklasse führten.

Falsch finde ich die Punkte (a) und (b). Was heißt es, die BRD habe keine „Mittel, sich aus der Blockbildung zu lösen"? Wenn damit gemeint ist, daß die Bundesregierung dieses *Ziel* nicht verfolgt, bin ich einverstanden. Dieses Ziel einmal vorausgesetzt, gibt es aber offenbar durchaus heute bereits Mittel, es zu realisieren: Verstärkung der Zusammenarbeit der europäischen Staaten, insbesondere in Verteidigungsfragen; Verstärkung der Zusammenarbeit mit der Dritten Welt und der Blockfreienbewegung etc.

Die westdeutsche Bourgeoisie hat (gegenwärtig) dieses *Ziel* nicht, ist aber andererseits in der Frage der Stationierung der Raketen keineswegs ein monolithischer Block. Wenn Brandt und Augstein hin auf eine Nullösung argumentieren (Augstein sogar zunehmend auf einseitigen Nachrüstungsverzicht), dann muß man sie nicht so angreifen, daß ihre Politik illusorisch sei, sondern daß sie *inkonsequent* sei, und erklären, warum sie inkonsequent sein muß: weil sie vor einer tatsächlichen Lösung von der amerikanischen Vorherrschaft zurückschrecken, und daher kein System politischer Maßnahmen vorschlagen können, durch das eine nationale Unabhängigkeit überhaupt erst zu realisieren wäre. Das ändert aber nichts daran, daß Brandt sich von der Regierung in dieser Frage abzusetzen beginnt, und offensichtlich auf stärkere Unabhängigkeiten gegenüber den USA bedacht ist. *Das* sollte man begrüßen, *wie* er es tut, kritisieren. Nur so können wir seine Position auch bis zu einem gewissen Maße bspw. in den Gewerkschaften ausnützen ...

2. Genausowenig eingeleuchtet hat mir die Einschätzung des Kräfteverhältnisses zwischen den beiden Supermächten in dem zweiten Artikel. Ich muß dazu sagen, daß ich über eine solche Einschätzung (leider) auch nicht verfüge, aber der Artikel spiegelt eine solche m.E. auch nur vor:

Zunächst wird festgestellt, die Sowjetunion habe militärisch mit den USA gleichgezogen, was ja bekanntlich sehr umstritten ist. Widerlegt werden soll damit die These, die USA seien dabei, sich *erneut* einen Vorsprung zu *verschaffen* durch die gigantischen Rüstungshaushalte der kommenden Jahre. Darauf kann man sinnvollerweise mit den Zahlen des Stockholmer Instituts nicht antworten, das sich ja auf die vergangenen Jahre bezieht. Dieselben Fakten werden im übrigen – in etwas anderer Diktion – von den Vertretern der These der Übermacht der NATO vorgebracht. Das spricht nicht dagegen, die Frage zu untersuchen. Es spricht aber dagegen, sie durch einen Absatz in der Zeitung für geklärt zu halten.

Sodann wird festgetellt, es sei ohne Bedeutung, wie das ökonomische Kräfteverhältnis aussehe. Das ist freilich nur richtig, wenn man von vorneherein davon ausgeht, es könne den USA nicht um Vormachtstellung Nr. 1 in der Welt gehen. Denn daß die bei weitem stärkere ökonomische Basis der USA sie – politischen Willen vorausgesetzt – auch dazu befähigt, Rüstung wie politischen Einfluß auszuweiten, liegt auf der Hand. Genau davon geht ja auch Fücks in seinem Artikel aus, und in meinen Augen hat er da zumindest den Beweis des ersten Anscheins auf seiner Seite.

Dann wird festgestellt, trotz Afghanistan, Kampuchea, Polen, Eritrea habe die Sowjetunion nirgends eine strategische Niederlage eingesteckt. Deshalb sei sie Hauptkriegstreiber. Abgesehen davon, daß man sicher begründet darüber streiten könnte, ob sie nicht im Nahen Osten eine solche Niederlage eingesteckt hat, hat der Niedergang der USA ja seinerzeit auch nicht mit dem Pariser Abkommen *begonnen,* sondern mit der Unfähigkeit, diesen Krieg zu gewinnen, der sich ab den siebziger Jahren klar abzeichnete. In dieser Hinsicht kann man bei der Sowjetunion derzeit zumindest dem äußeren Anschein nach ähnliche Anzeichen feststellen: a) sie hat große Mengen von Waffen, Kapital, teilweise Menschen an Fronten gebunden, an denen sie weder politisch noch militärisch zu einer Bereinigung imstande ist (das gilt ja alles beispielsweise auch für Polen); b) ihr Nimbus als „natürlicher Verbündeter" der Befreiungsbewegung ist angeschlagen (man stelle sich mal die hypothetische Entwicklung im Iran ohne die Afghanistan-Ereignisse vor); c) hat sie enorme Schwierigkeiten in ihrem Imperium, und zwar nicht nur an der „polnischen Front", sondern auch wirtschaftliche Widersprüche im gesamten RGW.

Daß das Imperium der Sozialimperialisten ganz anders zentralisiert ist als etwa die NATO, bleibt natürlich richtig. Ebenso wie die Tatsache, daß die Sozialimperialisten heute offene Aggressionen durchführen, die USA allenfalls versteckte, oder aber im Stadium der Vorbereitung (wie in Mittelamerika). Aber die Frage, über die viele von uns Unklarheiten haben, ist ja, in welcher *Richtung* hier jeweils die Kräfte wirken. Und da scheint mir die Antwort des Artikels, daß die Sowjetunion 1. Weltmacht werden will und *kann,* die USA es aber nur *wollen,* weder durch den Artikel noch durch unsere sonstigen Untersuchungen bisher belegt ...

Th. H., Frankfurt

DKP-Programm ist zumindest positiv, daß dort versucht wird, die theoretischen Fragen aufzuzeigen, die sich bei einer revolutionären Kommunalpolitik stellen. Der Mangel besteht aber darin, daß sie aufgeworfen worden sind vom DKP-Programm aus und nicht aus den jetzt schon bestehenden Auseinandersetzungen. Für mich steht nicht zur Kritik, daß die DKP sich auf das Gummituch des Grundgesetzes mit ihren dehnbaren Gesetzestexten stützt, sondern, daß sie ihrerseits gar nicht daran interessiert ist, daß sich die Bevölkerung Durchsetzungsrechte in allen Angelegenheiten verschafft. Gerade in der demokratischen Bewegung sind jene Schichten anzutreffen, wie Frauen, Jugendliche, Arbeitslose, Studenten, die versuchen, auf kommunaler Ebene ihre gerechten Interessen durchzusetzen. Also stellt sich gerade heute, wie die Strukturen aussehen müssen, die es ermög-

kel: Helfen Weltbankkredite der Dritten Welt? Hat man diesen Artikel gelesen, so sagt man am Schluß, nein, die Weltbankenkredite helfen nicht. Aber wissen wir dadurch mehr? Warum kann die Weltbank ihre Kredite nicht an den Mann bringen, warum beanspruchen die Länder der Dritten Welt diese Kredite? Welche Vorstellungen besitzen diese Länder über Aufbau und Entwicklung ihres Landes? Wie zeigt sich, daß die Weltbank immer mehr von den imperialistischen Positionen abrückt und Kompromisse sucht? Welche Auseinandersetzungen gibt es bei diesen einzelnen Projekten zwischen Weltbank und den Ländern der Dritten Welt? Wie kann man dabei diese Länder unterstützen? Ich versteh unter einer kommunistischen Zeitung nicht eine Zeitung zum Lesen, sondern eine Zeitung, die Fragen klärt und Handeln ermöglicht.

J.K., Rheydt

Soll der Fuchs die Gänse hüten?!

Zum Artikel „Ausschluß bei zweiter Liste nicht gerechtfertigt" (KVZ 27/81, Seite 12)

In der KVZ 27/81, S. 12, wird gemeldet, „Ausschluß bei zweiter Liste nicht gerechtfertigt". Es geht daraus nicht ganz klar hervor, *wovon* ausgeschlossen werden sollte – von der Kandidatur zur Betriebsratswahl, oder von der Mitgliedschaft in der IG Chemie. Wenn letzteres gemeint war, dann kann man sowas nicht einfach kommentarlos vermelden. Daß Staatsorgane über interne Vorgänge in einer Gewerkschaft entscheiden, kann man nicht dulden. Das wäre ja so ziemlich das letzte, daß der Fuchs die Gänse hütet!

Unterliegt ein Gewerkschaftsmitglied in

des anmerken:
1. Die Kritik an der Brandtschen Reise nach Moskau hat mir – so wie sie begründet wurde – nicht eingeleuchtet.

Vorgeworfen wird ihm:
(a) daß er die illusorische Absicht hatte, einer Nullösung näher zu kommen. Illusorisch, weil es auf dem Gedanken der Fortsetzung der alten Entspannungspolitik beruhe. Deren Grundlagen sind aber sozusagen hinüber.
(b) daß „die Politik der BRD keine wirksamen Mittel hat", gegen das Vormachtstreben der beiden Supermächte vorzugehen,
(c) daß er ein Lavieren zwischen den Blöcken betreibe, ohne sich gegen die Blockbindung selbst zu wenden; daß die darin beschlossene Furcht vor Änderungen des strategischen Gleichgewichts ihn zu Äußerungen wie seinen Ermahnungen an die polnische Arbeiterklasse führten.

Falsch finde ich die Punkte (a) und (b). Was heißt es, die BRD habe keine „Mittel, sich aus der Blockbildung zu lösen"? Wenn damit gemeint ist, daß die Bundesregierung dieses *Ziel* nicht verfolgt, bin ich einverstanden. Dieses Ziel einmal vorausgesetzt, gibt es aber offenbar durchaus heute bereits Mittel, es zu realisieren: Verstärkung der Zusammenarbeit der europäischen Staaten, insbesondere in Verteidigungsfragen; Verstärkung der Zusammenarbeit mit der Dritten Welt und der Blockfreienbewegung etc.

Die westdeutsche Bourgeoisie hat (gegen-

keten keineswegs ein monolithischer Block. Wenn Brandt und Augstein hin auf eine Nullösung argumentieren (Augstein sogar zunehmend auf einseitigen Nachrüstungsverzicht), dann muß man sie nicht so angreifen, daß ihre Politik illusorisch sei, sondern daß sie *inkonsequent* sei, und erklären, warum sie inkonsequent sein muß: weil sie vor einer tatsächlichen Lösung von der amerikanischen Vorherrschaft zurückschrecken, und daher kein System politischer Maßnahmen vorschlagen können, durch das eine nationale Unabhängigkeit überhaupt erst zu realisieren wäre. Das ändert aber nichts daran, daß Brandt sich von der Regierung in dieser Frage abzusetzen beginnt, und offensichtlich auf stärkere Unabhängigkeiten gegenüber den USA bedacht ist. *Das* sollte man begrüßen, *wie* er es tut, kritisieren. Nur so können wir seine Position auch bis zu einem gewissen Maße bspw. in den Gewerkschaften ausnützen ...

2. Genausowenig eingeleuchtet hat mir die Einschätzung des Kräfteverhältnisses zwischen den beiden Supermächten in dem zweiten Artikel. Ich muß dazu sagen, daß ich über eine solche Einschätzung (leider) auch nicht verfüge, aber der Artikel spiegelt eine solche m.E. auch nur vor:

Zunächst wird festgestellt, die Sowjetunion habe militärisch mit den USA gleichgezogen, was ja bekanntlich sehr umstritten

dem äußeren Anschein nach ähnliche Anzeichen feststellen: a) sie hat große Mengen von Waffen, Kapital, teilweise Menschen an Fronten gebunden, an denen sie weder politisch noch militärisch zu einer Bereinigung imstande ist (das gilt ja alles beispielsweise auch für Polen); b) ihr Nimbus als „natürlicher Verbündeter" der Befreiungsbewegung ist angeschlagen (man stelle sich mal die hypothetische Entwicklung im Iran ohne die Afghanistan-Ereignisse vor); c) hat sie enorme Schwierigkeiten in ihrem Imperium, und zwar nicht nur an der „polnischen Front", sondern auch wirtschaftliche Widersprüche im gesamten RGW.

Daß das Imperium der Sozialimperialisten ganz anders zentralisiert ist als etwa die NATO, bleibt natürlich richtig. Ebenso wie die Tatsache, daß die Sozialimperialisten heute offene Aggressionen durchführen, die USA allenfalls versteckte, oder aber im Stadium der Vorbereitung (wie in Mittelamerika). Aber die Frage, über die viele von uns Unklarheiten haben, ist ja, in welcher *Richtung* hier jeweils die Kräfte wirken. Und da scheint mir die Antwort des Artikels, daß die Sowjetunion 1. Weltmacht werden will und *kann,* die USA es aber nur *wollen,* weder durch den Artikel noch durch unsere sonstigen Untersuchungen bisher belegt ...

Th. H., Frankfurt

Fortsetzung von Seite 3

Diskussionen fassen wir Beschluß. Anschließend kommt es darauf an, diesen Beschluß unbedingt in die Tat umzusetzen. Den Beschluß durchführen heißt, die Meinung aller Parteimitglieder zu respektieren. Der Beschluß wird im Interesse aller durchgeführt. Führen ihn einige trotzdem nicht durch, sind einige immer noch dagegen, so ist die Demokratie nicht voll verwirklicht. Wird der Beschluß nur zur Hälfte oder inkonsequent durchgeführt, so werden die Parteimitglieder, die für ihn gestimmt haben, mißtrauisch werden und enttäuscht sein, und sie werden nie mehr offen ihre Meinungen sagen." – „Können die Minderheitsmitglieder ihre Meinung beibehalten, wenn sie sich an der Ausführung des Beschlusses beteiligen?" „Die Minderheit spricht jetzt nicht mehr gegen den Beschluß. Sie hat eingesehen, daß die Mehrheit richtig gehandelt hat bei der Beschlußfassung. Umgekehrt sagt niemand mehr zu der Minderheit: ihr habt falsche Gedanken gehabt. Wenn ein Parteimitglied aber weiterhin seine Minderheitsmeinung ausdrückt, dann führen wir mit ihm einen ideologischen Kampf."

Historische Erfahrung

Am Tag vor unserer Abreise fahren wir noch eimal durch die Hauptstadt, doch diesmal ist's „nur" Sightseeing. Wir sind alle etwas erleichtert, daß heute – an diesem warmen, sonnigen Tag – das Programm einmal keine Besichtigungen und Diskussionen enthält.

Im Schatten eines wiederaufgebauten Tores aus der Feudalzeit auf dem Murangong-Hügel, inmitten eines schon in den fünfziger Jahren angelegten weiträumigen Parks voller duftender Blumen, spreche ich mit einem unserer Fahrer. Gestern während des sonntäglichen Picknicks oberhalb des Vergnügungsparks, an dem alle unsere Fahrer teilnahmen, fing dieser plötzlich an, Japanisch zu sprechen. Offenbar hatte ihn die Dolmetscherin informiert, daß zwei von uns das verstünden.

Wie war es vor 1945 in den japanischen Schulen? – „Ich war sieben Jahre alt, als unser Land befreit wurde. Ich wurde oft geschlagen, auf die Hände, die ich dann ausstrecken mußte. Wenn wir einen Fehler machten, schlugen uns die japanischen Lehrer. Und wenn wir untereinander Koreanisch sprachen, dann waren sie wieder aus dem Häuschen und prügelten. Es kam häufig vor, daß sie zwei Schüler zur Strafe jeweils einen Stuhl solange in die Höhe halten ließen, bis der Schwächere nicht mehr konnte. Dann schlugen sie jedoch beide. So wollten die uns entzweien." Ich erfuhr, daß seine Familie durch Generationen hinweg arme Bauern waren. Auch der Vater war einer. Einige Male wurde er aus der Schule vertrieben, weil der Vater das Schulgeld nicht aufbringen konnte. „Die Japaner zwangen uns sogar, vor einer Holzhütte, die sie auf dem Schulhof gebaut hatten, den Kopf zu senken und dazu dreimal in die Hände zu klatschen. Sogar ihren Glauben wollten sie uns aufzwingen!"

Dann fährt der Mann mit dem Gesicht voller Falten, der wie ein sechzigjähriger aussieht, in Wirklichkeit aber erst 43 ist, mit einem breiten Lächeln fort: „Na, verstehen Sie jetzt nach den zwei Wochen hier den Unterschied zwischen einem sozialistischen und einem kapitalistischen Land?" Er sieht mich geradeheraus an. „Wir waren so lange uneinig, die Fraktionen in der kommunistischen Bewegung bekämpften sich. – Der große Führer hat endlich das Volk geeint. Wir konnten den japanischen Imperialismus besiegen, und danach den amerikanischen Imperialismus. Jetzt führen wir ein unabhängiges, zufriedenes Leben. Wir sind glücklich. Wir werden niemanden angreifen. Aber wenn wir angegriffen werden, dann können wir uns verteidigen. Jeder Mann, jede Frau kann die Waffe handhaben. Wir sind gut vorbereitet auf einen Angriff. Wir haben keine Angst." Aus den Worten des Fahrers klingen Sicherheit und Selbstbewußtsein. – Mit Recht können er und seine Landsleute auf ihr Land stolz sein. Sie haben unter den historischen Bedingungen Koreas den Sozialismus aufgebaut. Ein Trümmerfeld haben sie in einem blühenden Garten verwandelt.

Heidelberger Juristenmafia betröpfelt
Betriebsräte durften gegen Härdle-Urteil protestieren

kvz. Solche Rechtsbeugung kann man über den Rotary-Club oder im Privat-Salon mündlich betreiben, aber doch nicht *schriftlich*! Nein, das Arbeitsgericht in Heidelberg konnte der fristlosen Entlassung von sechs Beschäftigten der Universitätsbuchhandlung Ziehank, praktisch dem gesamten Betriebsrat und ÖTV-Betriebsgruppenvorstand der Firma, nicht zustimmen.

Am 11.6. hatten über 80 Gewerkschaftsmitglieder, Personal- und Betriebsräte in der Heidelberger Tagespresse dagegen protestiert, daß das Bundesverfassungsgericht das Urteil gegen Rechtsanwalt Dr. Härdle bestätigt hat, und haben die Aufhebung des Urteils gefordert. (Wie erinnerlich: Härdle hat bei einem Inforstand des KBW gestanden, ist im Zuge einer Auseinandersetzung mitverhaftet und in einem Akt exemplarischer Justizwillkür zu 22 Monaten Freiheitsstrafe ohne Bewährung verurteilt worden.) Gegen sechs Unterzeichner, die als Betriebsräte bzw. Betriebsgruppenvorstand bei Ziehank unterzeichnet hatten, hatte der Inhaber der Buchhandlung, W. Torka, eine einstweilige Verfügung beim Amtsgericht beantragt: in Zukunft „Veröffentlichungen jeder Art und Form“ in Verbindung mit seinem Firmennamen für alle Angestellten zu untersagen und die fristlose Entlassung der sechs Gewerkschafter und Betriebsräte zu bestätigen (die diese, als Betriebsrat, natürlich verweigert hatten).

Gleich am Tage der Veröffentlichung hatte der Richter am Amtsgericht, Mattes, seine Dauerbezüge bei Ziehank abbestellt. Mattes hatte Dr. Härdle in 1. Instanz verurteilt! Ihm folgten die Vorstandsmitglieder der reaktionären Professorenmafia „Bund Freiheit der Wissenschaft“. – Oder Prof. Doehring, u.a. Direktor des Max-Planck-Instituts für Völkerrecht: „Vor allem möchte ich aber noch folgendes bemerken: Juristische Buchhändler, die sich einem Aufruf derart anschließen, ... sind meines Erachtens für diese Berufsausübung völlig ungeeignet und sollten einen anderen Beruf ergreifen ... Ich stehe vor der schwierigen Frage, ob ich es noch verantworten kann, Studenten Ihre Buchhandlung zu empfehlen, da nicht auszuschließen ist, daß diese Studeten dort ... völlig einseitig in politischer Hinsicht beeinflußt werden.“ Die Professoren Mußgnug, Jauernig und Schneider „schlossen sich ihren Kollegen an“.

Richter Hennemann sah sich genötigt, beide Anträge des Inhabers der Buchhandlung abzulehnen, da die Herren Professores „weder berechtigt noch verpflichtet (waren), Meinungen Dritter, die mit der Universität in keinem Zusammenhang stehen, zu kommentieren und zu mißbilligen“. Auch liege kein Mißbrauch des Namensrechts der Firma Ziehank vor, da die Angestellten als Mitglieder des Betriebsrates der Buchhandlung unterschrieben hätten – und das seien sie nun einmal!

Die Gewerkschaft HBV hatte den Kollegen Rechtsschutz gegeben und mit dem DGB zusammen eine Pressekonferenz durchgeführt, auf der DGB-Vorsitzender Menzel den Spieß umdrehte: „Wir fragen uns, wie derartige Juristen ‚im Namen des Volkes‘ Recht sprechen oder Studenten ausbilden wollen, die bei unliebsamen Meinungsäußerungen sofort mit wirtschaftlichem Boykott reagieren und damit Betriebe indirekt zum Vorgehen gegen Arbeitnehmer veranlassen.“

„Der Fall Dr. Härdle – Verteidigerrecht in Gefahr?“

R.S.Heidelberg. Unter diesem Thema führte die Redaktion der Zeitschrift „Strafverteidiger“ am 14.7. eine Podiumsdiskussion in Heidelberg durch. Podiumsteilnehmer waren: RA Gerhard Strate (Hamburg), RA H.-J. Borowsky (Frankfurt), RA Otto Schily (W.-Berlin) und SPD-MdB Gert Weißkirchen. Bundesrichter a.D. Martin Hirsch und Prof. Hessemer hatten wegen Erkankung abgesagt. Auf der Veranstaltung wurde nochmals der Ablauf des skandalösen Prozesses gegen RA Härdle geschildert, bei dem u.a. mit Polizeieinsätzen gegen Verteidiger versucht wurde, eine effektive Verteidigung unmöglich zu machen. Gegen das Urteil, das jetzt zur Vollstreckung ansteht, haben u.a. 378 Rechtsanwälte aus der ganzen BRD eine Erklärung unterzeichnet. Gegen einige der Unterzeichner wird nun standesrechtlich ermittelt. – SPD-Bundestagsabgeordneter Weißkirchen erklärte, er werde die Petition, die RA Dr. Härdle und seine Verteidiger im Land- und Bundestag eingereicht haben, unterstützen. – Der Präsident des Landgerichts Heidelberg sah sich veranlaßt, in einer ausführlichen Presseveröffentlichung Stellung zu nehmen. Vor dem überfüllten Saal drängten sich Hunderte, die keinen Einlaß fanden.



Westberlin. „Des Spekulanten Brot ist Wohnungsnot“. 7000 haben am letzten Wochendende, einem Aufruf der Alternativen Liste, der Berliner Mietergemeinschaft und des Besetzerrats folgend, einen Sonntagsspaziergang durch das Nobelviertel Grunewald gemacht. 21 Häuser stadtbekannter Spekulanten und Baufirmen wurden näher besichtigt und deren Machenschaften jeweils in kurzen Kundgebungen angeprangert. Die Polizei schützte massiv die in Festungen verwandelten Villen und mischte sich in zivil zahlreich unter die Demonstranten, die daraufhin einen Zivilen griffen, nackt auszogen und fotografierten. – Der CDU-Senat sprach unisono von „individuellem Terror gegen Privateigentümer“, von „italienischen Zuständen“, einer „neuen Qualität von Gewalttaten“, wodurch die „Lage in Berlin außerordentlich bedrohlich geworden“ sei. Innenminister Lummer will die „für die Sicherheit der Stadt erforderlichen Konsequenzen ziehen“. Der Einsatz von Polizei aus Westdeutschland und alliierten Truppen werde aber „*gegenwärtig noch nicht erwogen*“! (ZDF, heute, 14.7., 19 Uhr) Als unmittelbare Konsequenz hat der CDU-Senat jetzt beschlossen, in Zukunft „bei erkennbarer Gefahr des Individualterrors“ alle rechtlichen Möglichkeiten „bis zum Verbot“ auszuschöpfen. Denn was letzten Sonntag stattfand, ist „nicht als Demonstration im Sinne unseres Grundgesetzes“ mehr zu verstehen – so Lummer. Die CDU als Portier von Bourgeois fühlt sich offensichtlich von der Grunewald-Demonstration sehr *direkt* getroffen.

Auswirkungen staatlicher Sparpolitik auf eine Großstadt wie Dortmund

wib.Dortmund. Im Verein mit der Sanierung des Stahlkonzerns ESTEL-Hoesch wird die Kürzungspolitik von Bund und Land die Stadt Dortmund weiter in den Finanzruin treiben, die Arbeits- und Lebensverhältnisse der Arbeiterbevölkerung verschlechtern und die Verödung der Region beschleunigen. ESTEL-Hoesch will bis 1987 die drei Hüttenwerke auf eines reduzieren und die Belegschaft von 21000 auf 13000 verringern. Zur Finanzierung des Sozialplans (Entlassungen sind nicht ausgeschlossen) wie des Gesamtkonzepts sollen Bund und Land 1,6 Mrd. DM subventionieren. In Weiterverarbeitungsbetrieben und im Dienstleistungssektor sind dadurch 12000 bis 18000 weitere Arbeitsplätze gefährdet und ergeben sich Einkommenssteuerverluste bis zu 14 Mio. DM für die Stadt. Der Stadtrat hat dem Sanierungskonzept zugestimmt und hofft auf die noch ungesicherten Subventionen – wohl auch, damit es nicht noch schlimmer kommt. Das war im Juni.

Schon der Vermögenshaushalt 1980 schloß mit einem 25 Mio. Defizit, weil das Land Zuschußzusagen auf 1983 verschoben hatte. Prompt wurden mit der Verabschiedung des 81er-Etats verschiedenste Gebührenerhöhungen beschlossen. Zugleich war klar, daß bei dem 1,9-Mrd.-Etat die Verschuldung Ende 1981 1,2 Mrd. betragen wird und die geplante Kreditaufnahme von 90 Mio. DM für den Schuldendienst längst nicht reichen würde – Weiterverschuldung also absehbar. Die Rücklagen des Kämmerers sind so gut wie aufgezehrt, und für Neuinvestitionen kann die Stadt nur noch ein Zwanzigstel beisteuern.

Jetzt, wenn der Rat mit dem Nachtragshaushalt beginnt, besteht schon wieder ein 80 Mio. Loch im Vermögenshaushalt, weil das Land seine Zusagen um 44 Mio. DM für den Straßenbau, 30 Mio. für den Stadtbahnbau und 7 Mio. für den Schulbau gekürzt hat. Dabei sind weitere 65 Mio. DM für den Straßenbau noch offen. Die SPD-Mehrheitsfraktion will das wie folgt wettmachen: Einstellungsstopp 1981 auf 1982, Abbau von 500 Putzfrauen und Privatisierung, die 4 Theaterstandorte sollen auf einen gestrichen werden, Privatisierung der Stadtgärtnerei, Zurückstellung verschiedener Bauprojekte. Als die SPD im Mai 100 Arbeitsplätze bei der Müllabfuhr, ein Schullandheim und eine von drei städtischen Kinderkliniken einsparen wollte, protestierte der Personalrat. Gegen die Klinikschließung wurden 25000 Unterschriften gesammelt, und seitdem sind diese Absichten öffentlich nicht weiter verfolgt worden. Die Arbeitslosigkeit liegt bei über 8 Prozent.

Anfang dieses Monats nun hat die SPD-Landesregierung in Vorbereitung ihres 82er Etats die Streichung von 7000 Stellen, halbjährige Besetzungssperre für freiwerdende Arbeitsplätze, Eingriffe in „Leistungsgesetze“ (Schulbusfahrten, Schulbücher) und die Kürzung von Zweckzuweisungen angekündigt. Zwar will sie „möglichst“ nicht die Schlüsselzuweisungen beschneiden, aber auf jeden Fall die Vorschriften über die Mindestausstattung von Gemeindeeinrichtungen herunterschrauben. Das wird weitere Löcher in den Stadtetat reißen, zu weiterer Verschuldung zwingen, die Arbeitslast erhöhen und auf die Lebensverhältnisse in der Stadt drücken.

Sowieso fällt 1983 der „Spitzenausgleich“ weg – der unvollständige Ersatz für die von der Landesregierung gestrichene Lohnsummensteuer, was für Dortmund 45 Mio. DM jährlich weniger bedeuten wird. Der SPD-Oberbürgermeister glaubt, diese Summe schon nur noch durch Erhöhung der Gewerbesteuer auf Ertrag und Kapital kompensieren zu können. Die Hoffnungen des Stadtrats, über Wirtschaftsförderungs-Marketing Kapitalisten und damit Steuern anziehen zu können, schwinden bei solchen Aussichten. Zudem verfügte der NRW-Wirtschaftsminister im Mai einen generellen Vergabestop für Bauaufträge, und die Bauindustrie prophezeite Bankrotte und 1000 Arbeitsplätze weniger für die Stadt. Matthöfer hat ein Konjunkturprogramm für die Stahlstädte abgelehnt, und das von der SPD versprochene Sofortprogramm für Stahlstädte ist bisher nur Papier. Das vom Land genehmigte Spielcasino wird keine Trendwende bringen.

Polen-Erklärung der Arbeitsgemeinschaft Friedenswoche Aalen/Ellwangen

kvz. In Aalen/Ellwangen hat sich die Arbeitsgemeinschaft Friedenswoche gebildet, in der die Jusos-Ostalb, die Grünen-Aalen, die DFG-VK, die DKP, die DGB-Jugend Aalen, die Gewaltfreie Aktion Ellwangen, die IG Grüne Ellwangen und der 3. Welt-Laden sowie Unorganisierte zusammenarbeiten. Diese Arbeitsgemeinschaft hat auf ihrer Sitzung am 26. Juni die Lage in Polen diskutiert und die nachfolgende Erklärung mehrheitlich beschlossen. Die Erklärung soll öffentlich verbreitet und auch an die Botschaften der Warschauer-Pakt-Staaten geschickt werden. Die Diskussion fiel in den Zusammenhang der Vorbereitung einer Veranstaltungsreihe in der Woche vom 30.8. bis 5.9. zum Thema Frieden. Am 5. September wird in Ellwangen eine Demonstration gegen die Stationierung der US-Mittelstreckenraketen in der BRD und gegen den Ausbau des Truppenübungsplatzes Ellwangen stattfinden.

Erklärung

„Die Arbeitsgemeinschaft Friedenswoche Aalen/Ellwangen '81 verurteilt entschieden alle Versuche der Staaten des Warschauer Paktes, mit militärischen Drohungen das polnische Volk unter Druck zu setzen. Das polnische Volk muß uneingeschränkt das Recht haben, seine sozialen und staatlichen Angelegenheiten selbst, ohne jegliche Einmischung von außen, zu regeln.

Entschieden verwehren wir uns gegen Auffassungen, über ‚beschränkte Souveränität‘ eines Landes, wenn es sich einem Militärbündnis angeschlossen hat. Dagegen verlangen wir von allen Staaten in Ost und West, das Recht aller Völker auf nationale Unabhängigkeit und Selbstbestimmung der Völker anzuerkennen und zu respektieren. Die Stationierung sowjetischer Truppen und Waffen außerhalb der Sowjetunion in Osteuropa, und die Stationierung amerikanischer Soldaten und Waffen in Westeuropa bedroht die Souveränität der europäischen Völker.

Wir unterstützen alle Bestrebungen, die das Ziel haben, den Abzug fremder Truppen und Waffen aus fremden Ländern zu erreichen.“

„Lieder im Park“

bil.Frankfurt. „Krawall im Park“ war dann in der Montagspresse zu lesen. Am Dienstag hatte Oberbürgermeister Wallmann das Zeichen für die Räumung des besetzten Hauses in der Eschersheimer Landstraße gegeben. Mittwochs lag in der Innenstadt ein Polizeiauto auf dem Dach, eine Reihe von Jugendlichen wurden wegen schwerem Landfriedensbruch erstmal für 48 Stunden inhaftiert. Samstag/Sonntag war das Rockfest im Grüneburgpark angekündigt. Bestimmt 6000 belagern den Park. Seit acht Jahren werden diese Sommerfeste durch die Stadt Frankfurt mitfinanziert.

Über der Bühne hängt bald ein Transparent: „Vertriebene Hausbesetzer laden ein zum Solidaritätsfest im Park“. Die holländische Rockgruppe „bots“ ruft zum Widerstand gegen die Startbahn West, gegen Häuserräumungen und Krieg auf. Weitere Transparente werden aufgehängt, viele tragen sich in die Unterschriftenlisten für das Volksbegehren gegen die Startbahn West ein. So um 14 Uhr erklären die Veranstalter – die jede Beziehung zur Stadt leugnen –, das Transparent müsse weg. Das Hessische Fernsehen weigert sich, die Gruppen zu filmen, weil überall „störend“ das Transparent mit im Bild ist. Jetzt geht es erstmal eine Stunde lang um Demokratie und die Künstler, wo doch niemand will, daß sie nicht im Fernsehen erscheinen – so die Veranstalter. Weiter geht es um die „Linke“, deren Lieder die einmalige Chance verpassen, im Fernsehen gesendet zu werden usw.

Mittlerweile ist es ca. 16 Uhr. Die Jugendlichen aus der geräumten Eschersheimer Landstraße berichten über die Räumung und die Vorfälle in der Innenstadt. Der Veranstalter – eine Kulturinitiative e.V. – wird deutlicher. Das Fernsehen hat *bezahlt* und will die gesamte Technik abräumen, wenn das Transparent nicht wegkommt. Einige Rockgruppen erklären, sie würden auch so spielen – ohne Bezahlung und Sendezeit im Fernsehen. Daniel Cohn-Bendit ergreift das Wort, stellt wohl zum zigsten Male die Frage, warum in Frankfurt hier und heute keine Demonstration mit den 6000 möglich sei, wie annodazumal. So mir nichts mal 'ne Demo!

Das zahlende Fernsehen zieht die Technik aus dem Verkehr und sagt damit die Veranstaltung ab. Der Grüneburgpark ist abends mit Wasserwerfern umstellt. Die Stimmung unter den Anwesenden ist gespalten. Für das Fernsehen ist niemand, gegen die aus den Häusern geräumten Jugendlichen auch nicht.

Veranstaltungen

Dortmund

Öffentliche Arbeitskonferenz zur Wohnungsfrage
KBW-Büro, Kaiserstraße 27a
Dienstag, 21.7., 19.30 Uhr

Diskussionsveranstaltung zum Artikel „Imperialismus, Sozialimperialismus und Probleme beim Übergang zum Sozialismus in unterentwickelten Ländern“ (Kommunismus und Klassenkampf 7/81)
Gaststätte „Ruhrhof“, Saarlandstr., Ecke Ruhrallee
Freitag, 24.7., 19.30 Uhr

Nürnberg

Diskussion: „Stellung zum drohenden Krieg und Kampf dagegen“
Gasthaus Paumgartner, Paumgartner Str.
Mittwoch, 22.7., 20.00 Uhr

Kommunistische Volkszeitung

Wochenzeitung. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Redaktion. Verantwortlich: Bernhard Peters · Politik, Gesellschaft, Ideologie: Gerd Koenen, Günther Kruse, Bernhard Peters · Ausland: Lutz Plümer, Chérifa el-Masri, Gerd Koenen · Betrieb, Gewerkschaften, Sozialversicherungen: Michael Ackermann, Günther Kruse · Wirtschaft: Friedemann Bleicher · Jugend, Kultur, Wissenschaft: Michael Ackermann

Erscheint im Kühl-Verlag; Geschäftsführer B. Wagner · Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt

Anschrift von Verlag und Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Telefon 0611/730231 · Telex: 413080 kuehl d.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1 DM, Jahresabonnement 50 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 8,40 DM); Halbjahresabonnement 25 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 4,20 DM); Vierteljahresabonnement 13 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 2,30 DM) · Abbestellungen sollen 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eingegangen sein; das Abonnement verlängert sich sonst automatisch für den vorher bestellten Zeitraum. Bestellungen an: Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Tel. 0611/730234 · ISSN 0720-8898

„Lieder im Park“

bil.Frankfurt. „Krawall im Park“ war dann in der Montagspresse zu lesen. Am Dienstag hatte Oberbürgermeister Wallmann das Zeichen für die Räumung des besetzten Hauses in der Eschersheimer Landstraße gegeben. Mittwochs lag in der Innenstadt ein Polizeiauto auf dem Dach, eine Reihe von Jugendlichen wurden wegen schwerem Landfriedensbruch erstmal für 48 Stunden inhaftiert. Samstag/Sonntag war das Rockfest im Grüneburgpark angekündigt. Bestimmt 6000 belagern den Park. Seit acht Jahren werden diese Sommerfeste durch die Stadt Frankfurt mitfinanziert.

Über der Bühne hängt bald ein Transparent: „Vertriebene Hausbesetzer laden ein zum Solidaritätsfest im Park“. Die holländische Rockgruppe „bots“ ruft zum Widerstand gegen die Startbahn West, gegen Häuserräumungen und Krieg auf. Weitere Transparente werden aufgehängt, viele tragen

der Innenstadt. Der Veranstalter – eine Kulturinitiative e.V. – wird deutlicher. Das Fernsehen hat bezahlt und will die gesamte Technik abräumen, wenn das Transparent nicht wegkommt. Einige Rockgruppen erklären, sie würden auch so spielen – ohne Bezahlung und Sendezeit im Fernsehen. Daniel Cohn-Bendit ergreift das Wort, stellt wohl zum zigsten Male die Frage, warum in Frankfurt hier und heute keine Demonstration mit den 6000 möglich sei, wie annodazumal. So mir nichts mal 'ne Demo!

Das zahlende Fernsehen zieht die Technik aus dem Verkehr und sagt damit die Veranstaltung ab. Der Grüneburgpark ist abends mit Wasserwerfern umstellt. Die Stimmung unter den Anwesenden ist gespalten. Für das Fernsehen ist niemand, gegen die aus den Häusern geräumten Jugendlichen auch nicht.

Auswirkungen staatlicher Sparpolitik auf eine Großstadt wie Dortmund

wib.Dortmund. Im Verein mit der Sanierung des Stahlkonzerns ESTEL-Hoesch wird die Kürzungspolitik von Bund und Land die Stadt Dortmund weiter in den Finanzruin treiben, die Arbeits- und Lebensverhältnisse der Arbeiterbevölkerung verschlechtern und die Verödung der Region beschleunigen. ESTEL-Hoesch will bis 1987 die drei Hüttenwerke auf eines reduzieren und die Belegschaft von 21000 auf 13000 verringern. Zur Finanzierung des Sozialplans (Entlassungen sind nicht ausgeschlossen) wie des Gesamtkonzepts sollen Bund und Land 1,6 Mrd. DM subventionieren. In Weiterverarbeitungsbetrieben und im Dienstleistungssektor sind dadurch

Schon der Vermögenshaushalt 1980 schloß mit einem 25 Mio. Defizit, weil das Land Zuschußzusagen auf 1983 verschoben hatte. Prompt wurden mit der Verabschiedung des 81er-Etats verschiedenste Gebührenerhöhungen beschlossen. Zugleich war klar, daß bei dem 1,9-Mrd.-Etat die Verschuldung Ende 1981 1,2 Mrd. betragen wird und die geplante Kreditaufnahme von 90 Mio. DM für den Schuldendienst längst nicht reichen würde – Weiterverschuldung also absehbar. Die Rücklagen des Kämmerers sind so gut wie aufgezehrt, und für Neuinvestitionen kann die Stadt nur noch ein Zwanzigstel beisteuern.

Jetzt, wenn der Rat mit dem Nach-

SPD-Mehrheitsfraktion will das wie folgt wettmachen: Einstellungsstopp 1981 auf 1982, Abbau von 500 Putzfrauen und Privatisierung, die 4 Theaterstandorte sollen auf einen gestrichen werden, Privatisierung der Stadtgärtnerei, Zurückstellung verschiedener Bauprojekte. Als die SPD im Mai 100 Arbeitsplätze bei der Müllabfuhr, ein Schullandheim und eine von drei städtischen Kinderkliniken einsparen wollte, protestierte der Personalrat. Gegen die Klinikschließung wurden 25000 Unterschriften gesammelt, und seitdem sind diese Absichten öffentlich nicht weiter verfolgt worden. Die Arbeitslosigkeit liegt bei über 8 Prozent.

Anfang dieses Monats nun hat die

ten zu untersagen und die fristlose Entlassung der sechs Gewerkschafter und Betriebsräte zu bestätigen (die diese, als Betriebsrat, natürlich verweigert hatten).

Gleich am Tage der Veröffentlichung hatte der Richter am Amtsgericht, Mattes, seine Dauerbezüge bei Ziehank abbestellt. Mattes hatte Dr.

schrieben hätten – und das seien sie nun einmal!

Die Gewerkschaft HBV hatte den Kollegen Rechtsschutz gegeben und mit dem DGB zusammen eine Pressekonferenz durchgeführt, auf der DGB-Vorsitzender Menzel den Spieß umdrehte: „Wir fragen uns, wie derartige Juristen ‚im Namen des Volkes‘ Recht

Petition, die RA Dr. Härdle und seine Verteidiger im Land- und Bundestag eingereicht haben, unterstützen. – Der Präsident des Landgerichts Heidelberg sah sich veranlaßt, in einer ausführlichen Presseveröffentlichung Stellung zu nehmen. Vor dem überfüllten Saal drängten sich Hunderte, die keinen Einlaß fanden.

zum Verbot“ auszuschöpfen. Denn was letzten Sonntag stattfand, ist „nicht als Demonstration im Sinne unseres Grundgesetzes“ mehr zu verstehen – so Lummer. Die CDU als Portier von Bourgeois fühlt sich offensichtlich von der Grunewald-Demonstration sehr direkt getroffen.

„Foto- und Tondokumentationstruppe“ des Bremer Verfassungsschutzes hopsgegangen

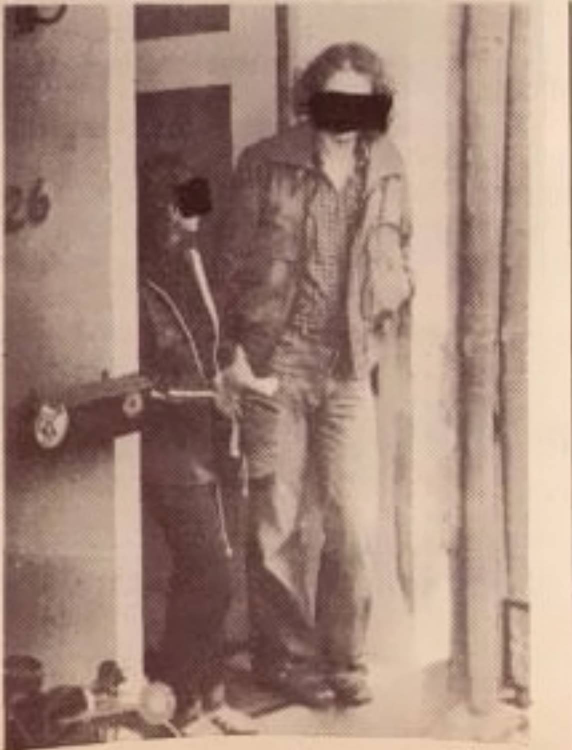
gek. Die Observation einer Wohngemeinschaft in der Graudenzer Straße in Bremen von einer eigens eingerichteten konspirativen Wohnung aus war „notwendig, rechtlich einwandfrei und geboten“, hat Innensenator Fröhlich (SPD) erklärt, leider allerdings zu dilettantisch ausgeführt worden. Er übernehme persönlich die Verantwortung für die Vorgänge. (Notgedrungen, da der Chef des Bremer Verfassungsschutzes sich telefonisch aus dem Urlaub für dienstunfähig erklärt hat.)

Die folgende Darstellung der Vorgänge stützt sich auf eine uns zugegangene anonyme Broschüre. Die Mitglieder einer Wohngemeinschaft bemerkten Ende Juni, daß sie von einem gegenüberliegenden Haus aus observiert wurden, nachdem zuvor größere Mengen technischen Geräts dorthinein geschafft worden waren.



Ihren Tagesablauf und ihre Arbeitsweise lernten wir durch Beobachtung schnell kennen: sie kamen gegen 14:3o uhr und gingen gegen 2o:3o Uhr; brauchten kurze Zeit zum Auf- und Abbauen (Kameras ans Fenster etc.); waren zu zweit oder zu dritt; und – vermuteten wir – saßen weiter zurück im Zimmer oder in einem Nebenraum und überwachten unser Haus per Videokamera mit einem Monitor und fotografierten per Fernauslösung alle interessanten Vorgänge vorm Haus.
Am Montag überprüften wir unsere Beobachtungen noch mal und am Dienstag wollten wir ihnen dann klar machen, daß ihre Anwesenheit nicht länger gewünscht, im Gegenteil auf unsere entschiedene Ablehnung stößt. Ein Flugblatt zum Verteilen in der Straße hatten wir vorbereitet.

gegen 19:oo Uhr also klingelte jemand in besagtem Haus, damit die verschlossene Haustür geöffnet wird. Der Spruch: "Ich muss mal eben zu den Kollegen" tat seine Wirkung – die Haustür wurde von einem Bewohner der 1.Etage (unter der Bude des VS'es) von innen geöffnet (und nicht wie polizei und Presse behaupten aufgebrochen). Als die Tür auf war, liefen noch mehr Leute ins Haus, gleich bis nach oben und andere hielten die Haustür offen.
In der Dachgeschoßwohnung befanden sich zwei Frauen, wovon eine sofort runterlief, die andere in ihr Funkgerät um Hilfe schrie, bis sich die Antenne verbog und sie sich ängstlich an eine Wand stellte. Gleichzeitig rutschten die Stecker verschiedener Geräte aus den Steckdosen und der erste Monitor setzte zur Flucht aus dem Fenster an. Ihm folgten, vom plötzlichen Drang zur Freiheit getrieben, auch die meisten anderen Geräte: Funkgerät, Stative, Kopfhörer, Kabel, Kameras, Monitor....



Auch Besucher werden fotografiert



Motorkamera mit 4oomm Schnellschußobjektiv,Videokamera

Die damals aufgestellte „Foto- und Tondokumentationstruppe“ hat sich nun zu einem allseitig tätigen Spitzelapparat entwickelt. Wie der „Spiegel“ (mit seinen guten Polizeikontakten) wissen will, waren drei Mitglieder der observierten Wohngemeinschaft „Zielpersonen“ des Verfassungsschutzes, weil
– einer 1978 an einer Anti-AKW-Demonstration teilgenommen hat;
– ein zweiter während der Auseinandersetzungen um die Rekrutenvereidigung letzten Mai „mit der Polizei aneinandergeraten“ (und dabei observiert worden) sei;
– eine Bewohnerin ein Verfahren wegen „Verunglimpfung des Staates“ laufen hat.

Danach muß man sich wahrhaftig nicht wundern, wenn heute Millionen in den Computer-Dateien des Verfassungsschutzes geführt werden. „Etwas außerhalb der Legalität“ bewegt sich der Verfassungsschutz selbst jederzeit gerne. Unter den „Zielpersonen“ der Verfassungsagentin Hornig war auch die Rechtsanwältin Jutta Bahr-Jentges und ihre Mandantin Kathrin Mosler, die gerade einen höchstrichterlichen Spruch durchgesetzt hatten, daß der Bremer Verfassungsschutz alle über sie gespeicherten Unterlagen vernichten müsse.

Insgesamt gingen Geräte für 20000 DM zu Bruch, nach offiziellen Angaben. Skandal hat gemacht, daß die Verfassungsschützerinnen bei ihrer Flucht zwei Dienstausweise sowie Notizbücher liegenließen, die es ermöglicht haben, auf recht einfache Weise einen größeren Teil des schwarzen Korps aus Bremen der Öffentlichkeit namentlich vorzustellen (nachzulesen in der taz vom 9.7.). „Blut und Tränen 362/4310“ heißt eine Notiz im Notizbuch der aufgeflogenen Verfassungsschützerin Sonja Hornig. Darunter meldet sich „Verkehrsabteilung, Pfeifer“. Tatsächlich ist es die Agenten-Leitstelle beim Senator für Inneres, wo ein in Bremen als Leiter des Observationskorps schon früher bekannt gewordener Friedhelm Saaber residiert haben dürfte. Alle Enttarnten mußten vorerst aus dem Verkehr gezogen werden, und seither ist der Bremer Verfassungsschutz „nur beschränkt arbeitsfähig, wenn überhaupt“, wie ein hoher Beamter dem „Spiegel“ klagte.

Observiert werden in Bremen linke Wohngemeinschaften oder auch Einzelpersonen systematisch. In einer Geheimstudie des Bremer Stadt- und Polizeiamtes, aus der die taz vom 9.7. zitiert, wird der Einsatz von Fotodokumentationstrupps der Polizei und des VS als positive Lehre der Auseinandersetzungen um die Fahrpreiserhöhungen 1977 hervorgehoben, in denen es gelang, insbesondere dem KBW einige Schläge zu versetzen. 390 Strafverfahren führt die polizeiliche Erfolgsstatistik auf. Die damalige Polizeitaktik war: Die Demonstrationen selbst in Leere laufen lassen, um Solidarisierungen (wie in den Fahrpreiskämpfen 1968) zwischen Demonstranten und Betriebsbelegschaften zu verhindern. Gleichzeitig wurde die offiziell so bezeichnete „Klettentaktik“ gegen die Demonstranten angewandt: „Observation der an dem jeweiligen Demonstrationsgeschehen beteiligten Demonstranten sowie der ... Rädelsführer“, die dann von „Festnahmekommandos“ bis in die Stadtteile hinein verfolgt und dann abgegriffen wurden. Über Spitzel, rühmt sich die Polizei, sei sie auch über taktische Kontroversen im KBW informiert gewesen. „Der Führungskader des KBW war nicht in der Lage, sich auf die polizeiliche Taktik umzustellen.“ (S. 53)

man.Köln. Seit Anfang Mai ist bekannt, daß die Kölner Klöckner-Humboldt-Deutz AG 770 Werkswohnungen in Eigentumswohnungen umwandeln will. KHD ist mit über 15000 Beschäftigten die zweitgrößte Firma in Köln, hauptsächlich Traktoren und Dieselmotoren werden in zwei Fabriken in Köln-Deutz und Kalk hergestellt. Im Mai erhielten die 770 Mieter ein Schreiben der KHD-Wohnungsbaugesellschaft mit folgender Ankündigung: „Wie viele Unternehmen sind wir zu dem Ergebnis gekommen, daß in der heutigen Zeit die frühere Bedeutung

KHD-Mieterinitiative wehrt sich gegen Umwandlung von Werkswohnungen in Eigentumswohnungen

Zwei- und Dreizimmerwohnungen zwischen 50 und 70 m² mit Ofenheizung einfachen Standards. Trotz der relativ niedrigen Mieten kann man sicher sein, daß sich die Häuser längst abgeschrieben haben plus einer angemessenen Verzinsung des in sie gesteckten KHD Kapitals, abgesehen noch von den steuerlichen Vergünstigungen für die Unternehmensbilanz. Zudem haben sie

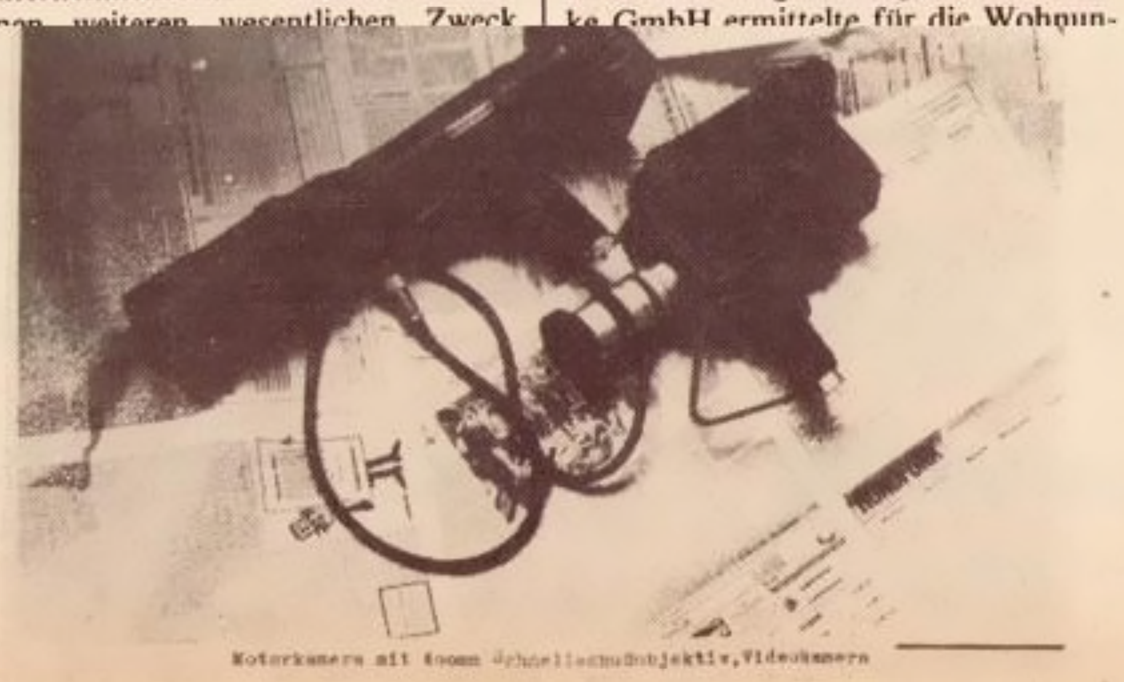
Möglichkeiten auch annehmbar wird. Sollten Sie trotzdem von der Ankaufmöglichkeit keinen Gebrauch machen, weisen wir Sie darauf hin, daß die gesetzlichen Vorschriften ihnen als Mieter einen Schutz von mindestens 8 Jahren vor einer Eigenbedarfskündigung eines KHD-Erwerbers gewähren.“ Die mit der Abwicklung des Verkaufs von KHD beauftragte Stuttgarter Dr. Lübke GmbH ermittelte für die Wohnun-

KHD gearbeitet hat. „Zum Ankauf der Wohnung habe ich kein Geld. Aber wir haben soviel in die Wohnung investiert, da laß ich mich nicht rausschmeißen!“ Ähnlich die Familie K. Herr K. hat als Angestellter bei KHD gearbeitet, ist fast 15 Jahre auf Rente. Ihre Wohnung kostet derzeit annähernd 200 DM Miete, eine Heizung haben sie sich auf eigene Kosten einbauen lassen. Dem Kaufangebot

Vertreter von KHD noch der Betriebsrat folgen der Einladung, einzig ein Vertreter des Mietervereins Köln kommt. Ebenso ein SPD-Mitglied des Stadtrates, beunruhigt über den öffentlichen Widerhall, den die Sorge der Mieter gefunden hat. Eine Unterschriftensammlung mit der Forderung nach Erhalt der Mietwohnungen wird von über 300 Mietern unterzeichnet und an den KHD-Vorstand gerichtet, der sich vom Werksschutz vertreten läßt. Ein offener Brief an die Arbeiter und Angestellten bei KHD wird verteilt, in dem sie aufgefordert werden, sich nicht als Käufer und damit Vertreiber



Auch Besucher werden fotografiert



Motorkamera mit 4oomm Schnellschußobjektiv,Videokamera

nicht wundern, wenn heute Millionen in den Computer-Dateien des Verfassungsschutzes geführt werden. „Etwas außerhalb der Legalität“ bewegt sich der Verfassungsschutz selbst jederzeit gerne. Unter den „Zielpersonen“ der Verfassungsagentin Hornig war auch die Rechtsanwältin Jutta Bahr-Jentges und ihre Mandantin Kathrin Mosler, die gerade einen höchstrichterlichen Spruch durchgesetzt hatten, daß der Bremer Verfassungsschutz alle über sie gespeicherten Unterlagen vernichten müsse.

Insgesamt gingen Geräte für 20000 DM zu Bruch, nach offiziellen Angaben. Skandal hat gemacht, daß die

gen (wie in den Fahrpreiskämpfen 1968) zwischen Demonstranten und Betriebsbelegschaften zu verhindern. Gleichzeitig wurde die offiziell so bezeichnete „Klettentaktik“ gegen die Demonstranten angewandt: „Observation der an dem jeweiligen Demonstrationsgeschehen beteiligten Demonstranten sowie der ... Rädelsführer“, die dann von „Festnahmekommandos“ bis in die Stadtteile hinein verfolgt und dann abgegriffen wurden. Über Spitzel, rühmt sich die Polizei, sei sie auch über taktische Kontroversen im KBW informiert gewesen. „Der Führungskader des KBW war nicht in der Lage, sich auf die polizeiliche Taktik umzustellen.“ (S. 53)

KHD-Mieterinitiative wehrt sich gegen Umwandlung von Werkswohnungen in Eigentumswohnungen

man.Köln. Seit Anfang Mai ist bekannt, daß die Kölner Klöckner-Humboldt-Deutz AG 770 Werkswohnungen in Eigentumswohnungen umwandeln will. KHD ist mit über 15000 Beschäftigten die zweitgrößte Firma in Köln, hauptsächlich Traktoren und Dieselmotoren werden in zwei Fabriken in Köln-Deutz und Kalk hergestellt. Im Mai erhielten die 770 Mieter ein Schreiben der KHD-Wohnungsbaugesellschaft mit folgender Ankündigung: „Wie viele Unternehmen sind wir zu dem Ergebnis gekommen, daß in der heutigen Zeit die frühere Bedeutung von Werkswohnungen nicht mehr gegeben ist, zumal diese Vergünstigung nur einem geringen Teil der KHD-Belegschaft zugute kommt. Das Unternehmen hat sich daher entschlossen, einen Teil des Wohnungsbestandes in Eigentumswohnungen umzuwandeln und diese bevorzugt an die jeweiligen Mieter zu veräußern. Diese Maßnahme, die im Einvernehmen mit dem Betriebsrat stattfindet, umfaßt auch das Gebäude, in dem sich Ihre Wohnung befindet. Damit möchten wir eine aktive Vermögensbildung in Mieterhand ermöglichen und Ihnen Ihre Wohnung als Wohnungseigentum zum Kauf anbieten.“

Nun vermutet niemand, daß KHD mit diesem Angebot zur „aktiven Vermögensbildung in Mieterhand“ unter die Menschenfreunde aller Art gegangen ist oder einen besonderen Beitrag zur sozialen Hebung der arbeitenden Klasse leisten, geschweige denn zur Behebung der Wohnungsnot in Köln beitragen will. Die Direktoren der KHD-Wohnungsbaugesellschaft nennen da schon handfestere Gründe: die ständigen Instandhaltungs- und Verwaltungskosten kämen einfach zu teuer, eine Summe von ca. 30 Mio DM für anstehende Renovierungskosten wird genannt. So sähe man endlich nur die Alternative einer drastischen Mieterhöhung oder den Verkauf.

Hinter diesen Gründen steht auf Seiten von KHD aber noch eine andere Logik. Die betreffenden Häuser sind im wesentlichen im Zeitraum Mitte der fünfziger bis Mitte der sechziger Jahre mit öffentlichen Mitteln von KHD gebaut worden, die Wohnungen sind Zwei- und Dreizimmerwohnungen zwischen 50 und 70 m² mit Ofenheizung einfachen Standards. Trotz der relativ niedrigen Mieten kann man sicher sein, daß sich die Häuser längst abgeschrieben haben plus einer angemessenen Verzinsung des in sie gesteckten KHD Kapitals, abgesehen noch von den steuerlichen Vergünstigungen für die Unternehmensbilanz. Zudem haben sie einen weiteren wesentlichen Zweck weitestgehend erfüllt – die Bindung einer Stammbelegschaft an das Unternehmen nach dem Krieg, was die Beschäftigten angenommen haben, weil es ohnehin zu der Zeit nicht viele anständige Wohnungen gegeben hat. Dafür haben sie ihren besonderen Tribut entrichten müssen in Form der traditionell niedrigen KHD-Löhne, die nur wenig über dem tariflich Abgesicherten liegen und weit unter dem Lohnniveau der Kölner Metallindustrie, wie z.B. durch die Ford-Kapitalisten geprägt wird. Viele der Bewohner sind schon Rentner, die restlichen stehen kurz davor. Da erlischt dann das Interesse von KHD, folgerichtig ist „die frühere Bedeutung von Werkswohnungen nicht mehr gegeben“. Andere Werkswohnungen jüngeren Datums unterliegen natürlich nicht diesem Bedeutungsschwund.

In einem zweiten Schreiben weist die KHD-Wohnungsbaugesellschaft auf Wunsch des Betriebsrates besonders darauf hin: „Der Kaufpreis der Wohnung wird im Laufe der nächsten einhalb Monate unter Berücksichtigung von Lage, Zustand, Ausstattung und Baujahr ermittelt und nach Abstimmung mit dem Betriebsrat unter der Beachtung der Tatsache, daß es sich um eine Werkswohnung handelt, festgelegt. Mietereigene Einbauten und/oder Modernisierungen bleiben bei der Kaufpreisermittlung selbstverständlich unberücksichtigt ... Wir sind überzeugt, Ihnen ein Verkaufsangebot unterbreiten zu können, das für Sie günstig ist und das für Sie bei Ausnutzung aller zur Verfügung stehender Möglichkeiten auch annehmbar wird. Sollten Sie trotzdem von der Ankaufmöglichkeit keinen Gebrauch machen, weisen wir Sie darauf hin, daß die gesetzlichen Vorschriften ihnen als Mieter einen Schutz von mindestens 8 Jahren vor einer Eigenbedarfskündigung eines KHD-Erwerbers gewähren.“ Die mit der Abwicklung des Verkaufs von KHD beauftragte Stuttgarter Dr. Lübke GmbH ermittelte für die Wohnungen dann Einzelpreise von 790,- bis 960,- DM pro m² und machte den Mietern in einer Broschüre den Vorschlag für die „besonders attraktive Möglichkeit zur Eigentumsbildung“ – einschließlich einer Finanzierungsvorschlag, der mit Kölner Banken schon abgesprochen war. Daraus ein typisches Beispiel:

Eine 2-Zimmer Wohnung mit 64 m² Wohnfläche wird zu Gesamtkosten von 56800 DM angeboten. Zur Finanzierung werden ein Eigenkapital von ca. 20% = 11800 DM und ein Bankdarlehen von 45000 DM angenommen. Für den Käufer ergäbe sich die folgende Belastungsrechnung: Für die Abtragung des Bankdarlehens ergeben sich auf 10 Jahre bezogen monatlich 440 DM. Dazu kämen entsprechende Bewirtschaftungskosten (Verwaltungs-, Instandhaltungs-, Betriebskosten) von durchschnittlich 86,59 DM – macht im Monat 526,59 DM. Gegenüber der jetzigen Miete von 189,30 DM wären das Mehrkosten von 337,29 DM, wozu die Firma nochmal einen nicht rückzahlbaren Aufwendungszuschuß von 50 DM monatlich für drei Jahre zuschießt. Eventuelle Steuervorteile, in deren Genuß Rentner ja nicht kommen, würden die Belastung nochmal um ca. 40 DM senken. Soweit das günstige Angebot von KHD.

Die Reaktion der Mieter war ganz anders. Auf die große Mehrheit der Mieter, vorwiegend die Rentner und Witwen, wirkten die Verkaufspläne wie ein Schock. Den meisten geht es wie dem fast 70-jährigen Herrn S., der knapp 50 Jahre in der Schmiede bei KHD gearbeitet hat. „Zum Ankauf der Wohnung habe ich kein Geld. Aber wir haben soviel in die Wohnung investiert, da laß ich mich nicht rausschmeißen!“ Ähnlich die Familie K. Herr K. hat als Angestellter bei KHD gearbeitet, ist fast 15 Jahre auf Rente. Ihre Wohnung kostet derzeit annähernd 200 DM Miete, eine Heizung haben sie sich auf eigene Kosten einbauen lassen. Dem Kaufangebot stehen sie skeptisch gegenüber. Herr K. meint zwar, daß die Wohnung preiswert sei, er aber nicht sähe, daß sie sich die vielleicht letzten 10 Jahre seines Lebens krummlegen müssen für eine Eigentumswohnung. Seine Rente reiche zum Leben einigermaßen aus, aber beim Kauf der Wohnung würden sie sich enorm einschränken müssen, und ihnen gehe es im Verhältnis zu vielen Mitbewohnern noch ganz gut. Zudem kämen dann einige Renovierungskosten, Reparaturarbeiten und Modernisierungskosten auf sie zu – er zeigt mir mehrere Risse in den Außenmauern, Nässeschäden am Balkon, neue schalldämpfende und wärmeisolierende Fenster müßten eingebaut werden – zu denen KHD nicht mehr bereit gewesen ist. Als Eigentümer wären sie gar nicht in der Lage, solche Kosten zu bezahlen. Außerdem fragten sie sich, für was sie denn noch Eigentum bilden sollten in ihrem Alter, ihr einziger Sohn wäre nicht so interessiert an der Wohnung, etwa die Hypotheken vererben?

Da die große Mehrheit der Mieter sich in einer ähnlichen Lage befindet, sie ihre Wohnung weder kaufen können noch eines Tages die Kündigung auf dem Tisch haben wollen, bildet sich eine Mieterinitiative, die die Umwandlung in Eigentumswohnungen verhindern will. Zu ihrer ersten Versammlung kommen etwa 200 Betroffene, bei der zweiten sind es schon über 300. Die evangelische und katholische Kirche in der Gemeinde unterstützen sie und stellen die Versammlungsräume zur Verfügung. Aber weder ein Vertreter von KHD noch der Betriebsrat folgen der Einladung, einzig ein Vertreter des Mietervereins Köln kommt. Ebenso ein SPD-Mitglied des Stadtrates, beunruhigt über den öffentlichen Widerhall, den die Sorge der Mieter gefunden hat. Eine Unterschriftensammlung mit der Forderung nach Erhalt der Mietwohnungen wird von über 300 Mietern unterzeichnet und an den KHD-Vorstand gerichtet, der sich vom Werksschutz vertreten läßt. Ein offener Brief an die Arbeiter und Angestellten bei KHD wird verteilt, in dem sie aufgefordert werden, sich nicht als Käufer und damit Vertreiber der jetzigen Mieter bereitzuerklären. Die Mieterinitiative bildet einen Sprecherausschuß, in dem wenigstens je ein Vertreter jeder Straße der betroffenen Wohnungen sitzt. Der Mieterverein Köln unterstützt die Initiative und führt Beratungen durch. Die SPD bequemt sich schließlich auch, die Forderungen der Mieterinitiative zu unterstützen und schreibt einen Brief an den KHD-Vorstand. Die Mieterinitiative beschließt, weiter Unterschriften zu sammeln und berät die einzelnen Mieter in den rechtlichen Fragen. Ihr Sprecherrat versucht, zu Verhandlungen mit der Werksleitung und dem Betriebsrat zu kommen.

Der Stadtrat reagiert auf die Mieterinitiative mit dem Beschluß, eine Beratungsstelle des Wohnungsamtes in dem hauptsächlich betroffenen Stadtteil einzurichten. Einen Aufkauf der Wohnungen durch die städtische Wohnungsbaugesellschaft hält er nicht für möglich, es fehle einfach das Geld. KHD und der Betriebsratsvorsitzende setzen darauf, daß sich angesichts der „günstigen Erwerbsbedingungen“ genügend Interessenten in der Belegschaft finden, vor allem unter den besser verdienenden Beschäftigten, und unter einigen Mietern, so daß die Mieterbewegung gespalten und schließlich isoliert werden kann.

Die Mieterinitiative will für Mitte des Monats eine weitere Mieterversammlung durchführen, um die nächsten Schritte zu beraten. Sie hält an ihrer Forderung fest: Keine Umwandlung der Werkswohnungen in Eigentumswohnungen.

Der sechste irische Gefangene im Hungerstreik gestorben

thf. Im Maze-Gefängnis bei Belfast ist der sechste Gefangene im Hungerstreik gestorben. Der 26 Jahre alte Martin Hurson war 1977 wegen eines Sprengstoffvergehens und „versuchten Mordes“ zu 20 Jahren Haft verurteilt worden. Nach Bekanntwerden seines Todes errichteten vornehmlich Jugendliche in Belfast Barrikaden und griffen die britische Polizei mit Steinen an. Wenige Stunden nach seinem Tod hat das Haupt der katholischen Kirche für ganz Irland, Kardinal Tomas O'Fiaich, die Regierung Thatcher aufgefordert, direkt mit den Hungerstreikenden zu sprechen.

Erneute Streiks in südafrikanischen Minen

thf. Ca. 10000 südafrikanische Arbeiter sind am Montag in Anglo-American Corporation's President-Stein-Goldmine in den Streik getreten. Sie drangen in die Büros ein und verbeulten einige Polizeiautos. Es ist dies der größte Streik in Südafrika seit Jahren. Den letzten Streik auf dieser Mine hatte es 1978 gegeben. Gewalttätige Auseinandersetzungen in den Minen gab es seit Mitte der siebziger Jahre nicht mehr. Grund ist eine Änderung bestimmter betrieblicher Leistungen, die in vier Monaten in Kraft treten soll und die den Arbeitern letzten Monat bekannt gegeben worden ist. Bisher ist an die Familie eines gestorbenen schwarzen Arbeiters von der Gesellschaft eine kleine Summe ausgezahlt worden. Stattdessen soll in Zukunft der Familie zwei Jahre der Lohn gezahlt werden, allerdings sollen die Minenarbeiter dafür 0,6% ihres Lohns in einen Fonds abführen.

Arafat: Israel hat zwanzig Atombomben

AP/kvz. Der Führer der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) Arafat erklärte, nach seinen Erkenntnissen verfüge Israel über 18 bis 20 Atombomben. Diese Information sei vom früheren israelischen Staatspräsidenten Katzir bestätigt worden, der als Professor im israelischen Kernforschungsinsitut gearbeitet habe, erklärte Arafat in Jugoslawien gegenüber der jugoslawischen Nachrichtenagentur Tanjug. Der israelische Angriff auf den irakischen Reaktor sei ein „fataler Fehler“ gewesen, dessen Folgen sich später noch zeigen würden. In Bagdad hat inzwischen eine Konferenz der Nachrichten- und Geheimdienste beschlossen, die Überwachung der am Reaktor arbeitenden ausländischen Experten zu verstärken. Der Luftangriff sei ohne Mithilfe israelischer Spione so nicht durchführbar gewesen.

Iranische Regierung will Armee und Außenministerium säubern

AP/kvz. Nach dem Sturz von Staatspräsident Bani Sadr hat die iranische Regierung Säuberungen in der Armee und im Außenministerium angekündigt. Dies waren die beiden Institutionen, in denen Bani Sadrs Anhänger noch höhere Positionen hatten. Khomeiny wies in einer Botschaft an den amtierenden Oberkommandierenden, General Fallahi, die Angehörigen der Streitkräfte an, „ihren Vorgesetzten alle abweichlerischen Elemente in ihren Reihen zu melden“. Die Vorgesetzten sollten solche „Abtrünnigen“ den Gerichten zur Bestrafung übergeben. Personelle Veränderungen in seinem Ministerium und in den Botschaften kündigte auch Außenminister Mussawi an. Von den 70 Bewerbern für die Kandidatur zur Wahl des Staatspräsidenten hat der Wächterrat, der, entsprechend der iranischen Verfassung, für die Einhaltung der islamischen Prinzipien zuständig ist, nur vier zur Wahl zugelassen, die übrigen 66 wurden abgelehnt. Die vier zugelassenen Bewerber, unter ihnen Ministerpräsident Rajai, werden alle den islamischen Fundamentalisten der IRP zugerechnet.

Südafrika macht angolanische Grenzzone zum Kriegsgebiet

lup. Die im nördlichen Namibia stationierten südafrikanischen Truppen haben in den vergangenen Wochen ihre Übergriffe auf das südangolanische Grenzgebiet zwecks Verfolgung von SWAPO-Truppen zu einem regelrechten Krieg auf angolanischem Territorium ausgeweitet. Die südangolanische Stadt Lubango wurde mehrfach bombardiert, die nach Lubango führende Straße soll ständig unter südafrikanischem Feuer sein. Die südafrikanische Armee will eigenen Angaben zufolge bei diesen Überfällen allein in den letzten 10 Tagen 123 SWAPO-Kämpfer getötet haben. Bei ihren militärischen Angriffen macht sich die südafrikanische Armee auch die in dem Grenzgebiet herrschende schwere Trockenheit zunutze, die die im südlichen Angola stationierten SWAPO-Stützpunkte in eine schwierige Lage bringt.

Regierungsbildung in den Niederlanden

rof. Die Regierungsbildung in den Niederlanden geht nach jetzt 7wöchiger Dauer in eine zweite Runde. Der bisherige Premier van Agt, CDA, hat einen wesentlichen Erfolg erzielt und seine Anwartschaft auf den Premierposten in einem möglichen Kabinett CDA, PvdA und D'66, durchgesetzt. D'66-Wortführer Terlouw zeigte sich wandlungsfähig: Erst den Uyl, dann nicht van Agt, jedoch ein anderes Mitglied der CDA, schließlich doch van Agt waren die Stationen. Auch den Uyl (Wortführer der PvdA) zog sein erklärtes „Nein“ zurück. Der Weg für eine große Koalition ist weiterhin begehbar. Aus den bisherigen zwei königlichen Vermittlern wird ein Trio: Den beiden CDA-Mitgliedern Lubbers und de Koning, gesellt sich van Thijn von der PvdA hinzu. Welche Vorstellungen das neue Vermittlertrio für die neuen Kernpunkte: Kaufkraft und Mindestlohn, Mittelstreckenraketen und Kernkraftwerke entwickelt, wird sich am Donnerstag dieser Woche zeigen.

Pressekonferenz in Bonn zur weiteren „Solidarität mit Solidarność“

gek. Am letzten Freitag hat die bundesweite Initiative „Solidarität mit Solidarność“ auf einer Pressekonferenz in Bonn über ihre Arbeit informiert, zur aktuellen Situation in und um Polen Stellung genommen und den Dokumentarfilm der Danziger Streiks „Arbeiter '80“ (Robotnicy '80) zum ersten Mal in der BRD vorgestellt.

Die Initiative wird bisher von mehreren hundert Gewerkschaftern unterstützt. Dagegen setzen DGB- und Gewerkschaftsvorstände ihre Politik fort, jeden ernsthaften Schritt der praktischen Solidarität abzublocken. Die Spendensammlung ist auf dem schlechten Stand von 8000 DM. Die Beschaffung zweier weiterer A 4-Druckmaschinen zur Ausrüstung verschiedener Untergliederungen von „Solidarność“ ist aber eingeleitet; ein größerer Spendenbetrag steht von Wolf Biermanns Veranstaltung auf der Westberliner Volksuni an Pfingsten aus.

Jakob Moneta und Heinz Brand, beide frühere Redakteure der „metall“, setzten sich auf der Pressekonferenz mit der Politik der DGB-Gewerkschaften auseinander. H. Brandt griff namentlich H. Kluncker an, wenn er in einer Zeit der direkten Bedrohung der polnischen Arbeiter in die DDR gefahren und die dortige Staatsgewerkschaft als „Bruderorganisation“ bezeichnet habe. – Jakob Moneta berichtete von einem Treffen von Unterstützungskomitees aus sechs westeuropäischen Ländern in Brüssel. Dort zeigte sich, daß sowohl von Seiten der Gewerkschaften wie sozialistischer Kräfte die praktische Unterstützung für „Solidarność“ in den anderen Ländern weitaus kräftiger entwickelt ist als in der BRD. Moneta verlas dann ein ausführliches Antwortschreiben auf den „Brief“ der KPdSU-Führung an die polnische Arbeiterpartei, das außer ihm selbst auch andere Initiatoren der „Solidarität mit Solidarność“, wie H. Brandt, Peter von Oertzen (Parteivorstand der SPD), Ingeborg Drewitz (Schriftstellerin) und die Hochschullehrer Peter Brandt, H. Gollwitzer und Ossip K. Flechtheim unterzeichnet haben. Darin wird der Vorwurf, die polnische Gewerkschaftsbewegung gehöre zu den „Feinden des Sozialismus“, zurückgewiesen und stattdessen die Übereinstimmung ihrer Ziele mit den historischen Zielen der Arbeiterbewegung und des Sozialismus hervorgehoben.

H. Brandt setzte in der Diskussion, u.a. auch mit einem eifrig protokollierenden ADN- alias UZ-Korrespondenten sowie anwesenden polnischen Journalisten, einige kräftige Akzente: Am Anti-Kriegstag müsse die Parole „Hände weg von Polen“ unbedingt eine hervorgehobene Rolle spielen, erstens weil 1939 der Überfall auf Polen von Seiten Nazi-Deutschlands mit Unterstützung der Sowjetunion ausgeführt worden sei, zweitens, weil heute das Sowjetimperium das innerlich korrumpierteste, zugleich aber auch das rabiateste Glied der internationalen Ordnung sei, das mit dem schmutzigen Krieg in Afghanistan, der ständigen Erpressung Polens und der SS-20-Rüstung aggressive Bestrebungen verfolge und die Kriegsgefahr anheize.

Lukas Beckmann vom Bundesvorstand der Grünen erklärte ebenfalls seine Unterstützung und kündigte die Erstellung einer Atomwaffen-Lagekarte für West- wie Osteuropa an. – Der anwesende Rudolf Mainz, ein aus der DDR zwangsausgebürgerter Arbeiter-Schriftsteller, sprach über die unterschwellige Anti-Polen-Kampagne in der DDR, die jetzt ihre Wirkung habe, auf lange Frist der Honecker-Führung aber nicht erspart werde, ein ähnliches Schicksal wie Gierek u.a. zu nehmen. Mainz teilte mit, daß man in der DDR seit dem letzten Jahr hunderte Jugendlicher u.a. wegen Solidarität mit Polen verhaftet hat, darunter auch seine Tochter, die ins Zuchthaus gesteckt worden ist.

Der Film „Arbeiter '80“ ist jetzt für die Aufführung in der BRD zu haben! Wer (nach der „Szenischen Aufführung“ der ARD letzten Donnerstag) wissen will, was wirklich auf der Lenin-Werft gelaufen ist, kann ihn sich besorgen. Man sollte zusehen, größere Filmveranstaltungen auf Aktionseinheitsbasis oder aber im Rahmen Kommunaler Kinos, Jugendzentren, im Rahmen von Veranstaltungen, Jugendlagern etc. der Gewerkschaft zu organisieren. Alle Spenden und Erlöse aus der Verbreitung des Films kommen „Solidarność“ zugute. – Dasselbe gilt übrigens für die Platte „Polnischer Sommer“, die auf der Pressekonferenz von einer Vertreterin der Eigelstein-Musikproduktion vorgestellt worden ist und authentische Lieder aus dem Streik, die eingeheim aufgenommen wurden, enthält. Hier alle wichtigen Adressen:

Initiative „Solidarität mit Solidarność“
Postfach 119266
6000 Frankfurt/M.

Zentrales Spendenkonto:
Frieder Stichler
Volksbank Ffm., BLZ 50 190 000
Kto. Nr.: 00/75 300-9
Stichwort: Solidarność

Verleih „Arbeiter '80“:
Verleihgenossenschaft der Filmemacher
Alfonsstraße 1, 8000 München 19
Tel. 089/190 1208

LP „Polnischer Sommer“:
(14,90 DM + 3 DM Versand)
Eigelstein Musikproduktion
Hansaring 80, 5000 Köln 1



Über die Pressekonferenz der Initiative „Solidarität mit Solidarność“ (in der auch der KBW jetzt vertreten ist) hat weder die bürgerliche Presse noch die alternative Presse (taz, Neue etc.) größer berichtet. Immerhin hatten die „Grünen“ sich durch ihren Bundesgeschäftsführer vertreten lassen; die SPD-Fraktion hatte eine Beobachterin geschickt. – Für den September wird jetzt ein größeres Treffen der verschiedenen Komitees und Unterstützer der „Solidarität mit Solidarność“ und die Herausgabe eines Infos vorbereitet, um so einen Schritt weiter zu kommen. Für dieses Datum soll dann auch eine Delegation der „Solidarność“ in die BRD eingeladen werden. Es käme darauf an, in den Gewerkschaften wie auch in der Friedensbewegung dafür die Grundlage zu schaffen.

Stattdessen soll in Zukunft der Familie zwei Jahre der Lohn gezahlt werden, allerdings sollen die Minenarbeiter dafür 0,6% ihres Lohns in einen Fonds abführen.

Arafat: Israel hat zwanzig Atombomben

bei diesen Überfällen allein in den letzten 10 Tagen 123 SWAPO-Kämpfer getötet haben. Bei ihren militärischen Angriffen macht sich die südafrikanische Armee auch die in dem Grenzgebiet herrschende schwere Trockenheit zunutze, die die im südlichen Angola stationierten SWAPO-Stützpunkte in eine schwierige Lage bringt.

Regierungsbildung in den Niederlanden

die DDR gefahren und die dortige Staatsgewerkschaft als „Bruderorganisation“ bezeichnet habe.

Wer (nach der „Szenischen Aufführung“ der ARD letzten Donnerstag) wissen will, was wirklich auf der

LP „Polnischer Sommer“: (14,90 DM + 3 DM Versand) Eigelstein Musikproduktion Hansaring 80, 5000 Köln 1



Kampuchea-Konferenz in New York

Zugeständnisse an Vietnam?

von Lutz Plümer

Es dürfe keine Zugeständnisse an die vietnamesischen Aggressoren geben und keine Versöhnung mit denjenigen, die sich hartnäckig den UNO-Resolutionen widersetzen, erklärte der Radiosender des Demokratischen Kampuchea in einem Kommentar zu der internationalen Konferenz, die am 13. Juli in New York durch UN-Generalsekretär Waldheim eröffnet wurde. Die Weigerung der Le-Duan-Clique, sich an dieser Konferenz zu beteiligen, würde nur erneut zum Ausdruck bringen, wie Vietnam alle internationalen Normen verletze.

„Alle Aggressoren sind unersättlich. Konzessionen werden von ihnen nur als Zeichen der Schwäche betrachtet, die sie noch arroganter und aggressiver machen“, schrieb die Remin Ribbao. Die Konferenz müsse drei Ziele haben: Stärkung der antivietnamesischen Widerstandskräfte in Kampuchea, Rückzug der vietnamesischen Truppen, der nur durch massiven Druck erreicht werden könne, Selbstbestimmungsrecht für das kampucheanische Volk, sobald die vietnamesische Besatzung beendet ist.

Die Warnungen vor Zugeständnissen an Vietnam sind nicht aus der Luft gegriffen. Die ASEAN-Staaten, so wird berichtet, haben auf ihrer Außenministertagung in Manila einen – bislang noch nicht veröffentlichten – Resolutionsentwurf erarbeitet, der einen Stufenplan für die Verwirklichung der UN-Resolution über Kampuchea beinhaltet. Am Beginn soll ein von UN-Friedenstruppen kontrollierter Waffenstillstand stehen, dann der Rückzug der vietnamesischen Truppen, und schließlich Wahlen unter UN-Aufsicht. Der springende Punkt dieses Resolutionsentwurfes ist die die Forderung nach *Entwaffnung* der kampucheanischen Widerstandskräfte. Alle wesentlichen Staaten in der Region sollen sich verpflichten, die Wahlergebnisse und die Souveränität Kampucheas zu respektieren, im übrigen solle eine UNO-Truppe in Kampuchea stationiert bleiben.

Eine ähnliche Initiative – aber unabhängig von den ASEAN-Staaten – wird von der japanischen Regierung erwartet. Sie sieht zusätzlich die Schaffung einer entmilitarisierten Zone an der vietnamesisch-kampucheanischen Grenze und die Einrichtung eines internationalen Unterstützungsfonds für den Wiederaufbau Kampucheas nach dem Kriege vor.

Auch Sihanouk hat sich kurz vor der Konferenz mit seiner bekannten Position erneut zu Wort gemeldet. Er forderte die vollständige Neutralisierung Kampucheas, „nach dem Vorbild Schwedens, Österreichs oder der Schweiz“. Auch dieser Vorschlag schließt die Entwaffnung der Widerstandskräfte ein. Es sei aber illusorisch, so Sihanouk, zu erwarten, daß die zahlenmäßig unterlegenen kampucheanischen Widerstandskräfte imstande wären, die 22 vietnamesischen Divisionen aus Kampuchea zu vertreiben, und auch die wiederholte Verurteilung Vietnams würde nur zu einer „Versteifung der Haltung Hanois“ führen.

Die Position der amerikanischen Regierung hat sich in umgekehrter Richtung geändert. Unter Carter war lange Zeit unentschieden, ob die USA die Anerkennung des Mandats des Demokratischen Kampuchea durch die UNO unterstützen würden; ohnehin war die Carter-Administration ständig bemüht, die Bedeutung der vietnamesischen Invasion in Kampuchea herunterzuspielen, und es gab bedeutende Kräfte im Außenministerium, die darauf spekulierten, durch Hilfsversprechungen Vietnam aus dem sowjetischen Einflußbereich herauszulösen. Die Reagan-Administration, die von Kampuchea zumeist in einem Atemzug mit Afghanistan spricht, hat von Anfang an ihren Widerstand gegen die vietnamesische Invasion in Kampuchea erklärt und politischen und ökonomischen Druck gegen Vietnam gefordert, sogar von der Notwendigkeit militärischen Drucks gesprochen.

In New York ergibt sich also die etwas komplizierte Situation, daß die gegenwärtige Position der US-Regierung gegenüber Vietnam mit der Position des Demokratischen Kampuchea mehr Berührungspunkte hat als die der ASEAN-Staaten.

Im Prinzip bilden die ASEAN-Staaten den neben der VR China wichtigsten Verbündeten des Demokratischen Kampuchea, vor allem deshalb, weil sie durch den sowjetisch-vietnamesischen Expansionismus direkt bedroht sind. Es gibt aber immer wieder den Versuch, durch Zugeständnisse den Expansionsdruck Vietnams zu bremsen und die Lage in der Region zu entspannen. Auf Seiten Indonesiens gibt es zudem wohl direktes Liebäugeln mit einem Kuhhandel: vietnamesische Anerkennung der indonesischen Annexion Ost-Timors gegen indonesische Billigung der vietnamesischen Okkupation Kampucheas.

Daß es zu einem Kompromiß zwischen den ASEAN-Staaten und Vietnam kommt, ist trotzdem wohl ausgeschlossen. Vietnam läßt nicht die geringste Bereitschaft zu Zugeständnissen erkennen. Für Hanoi und seinen Moskauer Oberherrn ist Kampuchea von strategischer Bedeutung. Ein Rückzug der vietnamesischen Besatzer kann nur auf dem Schlachtfeld erzwungen werden. Aber für den militärischen Kampf ist internationaler Druck auf Vietnam und die Sowjetunion, die Festigung der internationalen Front gegen die vietnamesische Aggression wesentlich.

Die Niederlage der türkischen Arbeiterbewegung

Kemalismus, Gewerkschaften und die Militärregierung in der Türkei

Von Bernhard Peters

Mustafa Kemal, genannt Atatürk, das heißt: „Vater der Türken", ehemaliger General, Führer des türkischen Unabhängigkeitskampfes, erster Staatspräsident der türkischen Republik – sein hundertstes Geburtsjahr lassen die heutigen Generäle mit großem Kult feiern, um sich selbst als seine würdigen Nachfolger zu präsentieren. In den Militärgefängnissen müssen die politischen Häftlinge auf Kommando eingelernte Erläuterungen über die Prinzipien des Kemalismus herbeten. Dieser angebliche Kemalismus hat zwar einige (vor allem repressive) Züge seines historischen Vorbilds übernommen; dennoch ist er nur die Maskerade einer Politik mit ganz anderem Klasseninhalt und anderer Klassengrundlage.

„Nationalismus, Säkularismus, Reformismus, Republikanismus, Populismus, Etatismus" – das sind die sechs Prinzipien des Kemalismus, mit denen in den zwanziger und dreißiger Jahren eine militärische und zivilbürokratische Führungsschicht an die Aufgabe ging, die Türkei aus einem rückständigen, von imperialistischen Mächten abhängigen Agrarland mit einer unbedeutenden nationalen Bourgeoisie und einer winzigen Arbeiterklasse in ein unabhängiges Industrieland nach westlichem Vorbild umzuwandeln. Der Kemalismus, als offizielle Ideologie propagiert, wurde nie zum Programm einer Massenbewegung. Trotzdem war die *Politik* des Kemalismus, speziell die Industrialisierung, gestützt auf den staatlichen Sektor, in bestimmten Grenzen erfolgreich. Aber schon nach dem zweiten Weltkrieg wurde ihm das Ende bereitet durch ein erstarktes Unternehmertum, dessen Aufkommen (im Handel, aber auch in der Industrie) die kemalistische Wirtschaftspolitik gefördert hatte, und durch die traditionellen, grundbesitzenden und klerikalen Oberschichten, deren Machtstellung der Kemalismus nicht beseitigt hatte. Dieses Bündnis von kapitalistischer Bourgeoisie und ländlicher Oligarchie fand Unterstützung bei den USA; im Inneren bei den Massen von Kleinbauern, Pächtern und Landarbeitern, die noch unter dem Einfluß der ländlichen Oberschicht standen, aber auch bei städtischen Mittelschichten, die die lähmende bürokratische Herrschaft der von Atatürk gegründeten Einheitspartei, der „Republikanischen Volkspartei", satt hatten. Die Arbeiterklasse spielte noch keine selbständige politische Rolle. Zur Zeit des Kemalismus waren Gewerkschaften verboten (alle Türken sind gleich, hieß es, es gibt keine Klassen und auch keine Klassenorganisationen, ebensowenig wie es verschiedene Nationalitäten gibt). Erst 1947 wurde ein Gewerkschaftsgesetz erlassen. Allerdings blieben den Gewerkschaften Streiks und politische Betätigung untersagt.

Es waren Bestrebungen von Kräften
schon nach dem zweiten Weltkrieg wurde ihm das Ende bereitet durch ein erstarktes Unternehmertum, dessen Aufkommen (im Handel, aber auch in der Industrie) die kemalistische Wirtschaftspolitik gefördert hatte, und durch die traditionellen, grundbesitzenden und klerikalen Oberschichten, deren Machtstellung der Kemalismus nicht beseitigt hatte. Dieses Bündnis von kapitalistischer Bourgeoisie und ländlicher Oligarchie fand Unterstützung bei den USA; im Inneren bei den Massen von Kleinbauern, Pächtern und Landarbeitern, die noch unter dem Einfluß der ländlichen Oberschicht standen, aber auch bei städtischen Mittelschichten, die die lähmende bürokratische Herrschaft der von Atatürk gegründeten Einheitspartei, der „Republikanischen Volkspartei", satt hatten. Die Arbeiterklasse spielte noch keine selbständige politische Rolle. Zur Zeit des Kemalismus waren Gewerkschaften verboten (alle Türken sind gleich, hieß es, es gibt keine Klassen und auch keine Klassenorganisationen, ebensowenig wie es verschiedene Nationalitäten gibt). Erst 1947 wurde ein Gewerkschaftsgesetz erlassen. Allerdings blieben den Gewerkschaften Streiks und politische Betätigung untersagt.

Es waren Bestrebungen von Kräften
in der Armee, die fortschrittlichen Tendenzen des Kemalismus fortzuführen und den Einfluß der in den fünfziger Jahren herrschenden Fraktionen der Bourgeisie und der Landoligarchie zu beschneiden, die zum Militärputsch von 1960 und zu einer fortschrittlichen, das Koalitionsrecht erstmals garantierenden Verfassung führten. Erst danach entwickelte sich die Arbeiterbewegung zu einem Machtfaktor. Die Gewerkschaftsförderation (Dachverband von Einzelgewerkschaften) Türk-Is wurde zwar schon 1952 gegründet und mit massiver Nachilfe der US-Gewerkschaften aufgebaut; die repressive Gesetzgebung und andere Faktoren verhinderten aber zunächst die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung. Ideologisch wurden die Gewerkschaften nach amerikanischem Vorbild auf „politische Neutralität", sprich Bindung an den Staat und auf Interessenausgleich mit den Kapitalisten ausgerichtet. Die organisatorische Gliederung folgte verschiedenen Prinzipien: Organisierung nach Arbeitsstätten, nach Berufen, nach Industriezweigen, später teilweise auch auf regionaler Grundlage. Die daraus folgende Zersplitterung war (und ist) außerordentlich hoch. Zur organisatorischen Zersplitterung trat die politische Spaltung. Eine Beschränkung auf „nur-gewerkschaftliche" Aktivitäten erwies sich rasch als fragwürdig, angesichts der gesellschaftlichen und politischen Probleme, die auf die Arbeiterbewegung einstürmten: ein enormes Arbeitslosenheer, trotz der massenhaften Auswanderung ständig gespeist durch die Landflucht; staatliche Einmischung in wirtschaftliche Kämpfe, Bedeutung des staatlichen Sektors, Abhängigkeit vom Ausland und anderes. Weitere Probleme ergaben sich aus der Tatsache, daß die Mehrheit der Bevölkerung bis heute in der Landwirtschaft tätig ist, in den Zentren der Dienstleistungsbereich überproportional wächst und die Industriearbeiter nur eine Minderheit ausmachen. All diese Probleme zwangen die Gewerkschaften zur Auseinandersetzung um Konzepte für die gesellschaftliche und politische Entwicklung des ganzen Landes. Eine „Arbeitsteilung" zwischen Partei und Gewerkschaften (wie in der deutschen Sozialdemokratie) konnte sich auch nicht ohne weiteres entwickeln. Die Republikanische Volkspartei (CHP) hat sich nie als Arbeiterpartei verstanden, und erst in den siebziger Jahren entwickelte sie sich unter Führung Ecevits zu einer reformistischen, sozialdemokratischen Volkspartei. Über Fragen der politischen Orientierung wie auch über Fragen des wirtschaftlichen Kampfes kam es zu Richtungskämpfen in der Gewerkschaftsbewegung. Es gelang jedoch nicht, eine einheitliche Position zu schaffen, und deshalb gelang es auch nicht, das entscheidende Problem der Einbeziehung der Massen auf dem Land ernstlich in Angriff zu nehmen.

1967 spaltete sich die „Revolutionäre Gewerkschaftsförderation" DISK von der Türk-Is ab, der sie vorwarf, eine gelbe Gewerkschaft, ein Instrument der Regierung und der Kapitalisten zu sein. Türk-Is behielt allerdings noch mindestens doppelt so viel Mitglieder wie DISK. In den letzten Jahren entwickelten sich auch innerhalb von Türk-Is fortschrittliche politische Strömungen. Neben diesen beiden Förderationen entstanden zwei weitere, allerdings sehr kleine, extrem rechte Gewerkschaftsbünde. Innerhalb der DISK gab es erhebliche Machtkämpfe zwischen Vertretern der CHP und der TKP, der illegalen kommunistischen, von der SU abhängigen Partei, zuletzt mit leichten Vorteilen für die CHP. Von 1963 bis 1975 stieg die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder auf etwa das Vierfache, aber Zersplitterung und Fraktionskämpfe, staatliche Zwangsmaßnahmen und Korruption, vor allem aber der ständige Druck der Reservearmee schwächten die Gewerkschaftsbewegung.

Als die Türkei ab Mitte der siebziger Jahre in den Strudel einer endlosen, schweren Wirtschaftskrise geriet, sah sich die Arbeiterbewegung erneut in der Defensive. Die Republikanische Volkspartei erzielte bei den letzten allgemeinen Wahlen 1977 zwar Erfolge und konnte eine Koalitionsregierung bilden, aber Ecevit konnte diese Koalition nicht zusammenhalten. Im ganzen Machtgefüge waren Veränderungen eingetreten. Das Offizierskorps war durch Ausbau seiner ehemaligen wirtschaftlichen Selbsthilfeorganisation zu einem der größten Konzerne des Landes stärker an kapitalistische Interessen gebunden. Nach dem Putsch von 1971 hatten die reaktionären Elemente in der Armee den Einfluß der Reformkräfte zurückgedrängt. Der Staatsapparat war mit reaktionären Elementen durchsetzt, die den Terror faschistischer Organisationen unterstützten. Während die industrielle Bourgeoisie erstarkte und (in Übereinstimmung mit ausländischen Interessen) sich für Freihandel, Eintritt in die EG und Rationalisierung des staatlichen Sektors zu interessieren begann, rückten Teile der ländlichen Oligarchie noch mehr nach rechts, gründeten eigene Parteien oder unterstützten die faschistische MHP. Gleichzeitig kamen Handel und Kleinindustrie der Provinzstädte unter Druck. Zu ihrem Vertreter wurde vor allem die islamische Nationale Heilspartei von Erbakan, die z.B. heftig gegen die EG agitierte. Terror und Putschvorbereitungen von rechts nahmen ungeheuer zu. Die völlig zersplitterte Linke außerhalb der CHP, die in der Mehrzahl seit den sechziger Jahren verschiedenen Konzepten des bewaffneten Kampfes anhing, sah sich mehr oder weniger in einen Kampf auf Leben und Tod gedrängt (und bekriegte sich trotzdem oft noch gegenseitig). Die CHP, aus der Regierung verdrängt, vermochte ebensowenig wie die Gewerkschaften, in dieser Lage eine politische Initiative zu entwickeln und eine Massenmobilisierung einzuleiten.

Im Januar 1980 hatte die konservative Regierung Demirel eine Wirtschaftspolitik beschlossen, die völlig im Gegensatz zu der in den letzten beiden Jahrzehnten (und erst recht zu der des Kemalismus) stand. Bis dahin hatte die Förderung des Privatkapitals auf Protektionismus nach außen beruht. Das hatte die Kapitalisten auf dem inneren Markt hohe Profite realisieren lassen, die Türkei aber (da sich die Industrialisierung auf Konsumgüter konzentrierte) von importierten Ausrüstungsgütern (und vom Erdöl) abhängig gemacht. Angesichts der hoffnungslosen Verschuldung sollte jetzt der Zollschutz abgebaut, die unproduktive Staatsindustrie durchgreifend rationalisiert, die Produktion auf den Export ausgerichtet und das Land für Kapitalimporte geöffnet werden. Dieses Programm, vom IWF gefordert, stimmte am ehesten mit den Interessen der größeren industriellen Kapitalisten überein. Seine Verwirklichung drohte aber im Chaos zersplitterter Auseinandersetzungen und wachsender Gewalttätigkeit unterzugehen. Das Militär machte sich zu seinem Vollstrecker. Zu diesem Zweck muß es die terroristischen Elemente der Rechten unter Kontrolle bringen und auch den Einfluß der islamischen Heilspartei brechen, die linken Gruppen ausschalten, vor allem aber auch die Arbeiterbewegung disziplinieren. Deshalb sind jetzt die gewerkschaftlichen Rechte generell außer Kraft gesetzt. Die linken Gewerkschaften, insbesondere die DISK, werden verfolgt. Ein neues Gewerkschaftsgesetz ist geplant. Die Türk-Is soll zwangsweise zur Einheitsgewerkschaft erklärt werden; politische Betätigung der Gewerkschaften soll künftig wirksam unterdrückt werden.

Letzte Woche hat E. Loderer für die IG Metall die Einstellung der Prozesse gegen Gewerkschafter gefordert und gegen den Antrag auf Todesstrafe für 52 Mitglieder der DISK protestiert.

Die Bewegung für einen atomwaffenfreien Norden

coi. Mit einem Interview im Organ der finnischen sozialdemokratischen Partei hat der sowjetische Staatspräsident Breshnew höchstpersönlich Ende Juni in die Debatte um die Errichtung einer kernwaffenfreien Zone im Norden eingegriffen. Dabei schloß er die Möglichkeit nicht aus, „auch die Fragen gewisser anderer Maßnahmen zu erörtern, die unsere an die kernwaffenfreie Zone im Norden angrenzenden Gebiete betreffen. Die Sowjetunion ist bereit, diese Dinge mit den Ländern zu diskutieren, die entsprechendes Interesse zeigen." Diese Äußerung hat in den skandinavischen Ländern deshalb Aufsehen erregt, da die Sowjetunion bisher jede Änderung des militärischen status quo in ihren eigenen angrenzenden Gebieten kategorisch abgelehnt hatte. Breshnew hob aber hervor, daß
re Gewerkschaftsförderation" DISK von der Türk-Is ab, der sie vorwarf, eine gelbe Gewerkschaft, ein Instrument der Regierung und der Kapitalisten zu

Teil der Bewegung, der einseitig den Kriegstreiber in den USA sieht und die defensiven Absichten der Sowjetunion betont, mit einem neuen Argument zu versorgen.

Der ursprüngliche Vorschlag zur Errichtung einer atomwaffenfreien Zone, in der sich die skandinavischen Länder verpflichten, keine Kernwaffen herzustellen, zu stationieren und zu lagern, stammt vom finnischen Staatspräsidenten Kekkonen auf Initiative der Sowjetunion Ende der 50er Jahre. Er geht vom defensiven Charakter der sowjetischen Militärstrategie aus und hat als erklärte Absicht, die „nordische Balance" zu wahren. Diese „nordische Balance" mit Finnland, das über den Freundschafts- und Beistandspakt mit der Sowjetunion („Ausgangspunkt und Basis für unsere Neutralitätspoli-
schaftlichen Selbsthilfeorganisation zu einem der größten Konzerne des Landes stärker an kapitalistische Interessen gebunden. Nach dem Putsch von

Unterschriftensammlung für diese Forderung stehen, die von 7 schwedischen Friedens- und Frauenorganisationen sowie der „Volksbewegung gegen Kernkraft" zur Zeit durchgeführt wird: „Die USA tragen die Hauptverantwortung für die neue bedrohliche Entwicklung der Kernwaffenausrüstung. Die Sowjetunion muß sich ja bedroht und eingekreist fühlen, obwohl sie gewiß ihre eigenen schrecklichen Waffensysteme mit den Atomraketen SS 20 und dem Kampfflugzeug Backfire hat. Sie hat sicher ihre Lehren aus dem 2. Weltkrieg gezogen. Im Gegensatz zu den USA hat sie den Krieg auf ihrem eigenen Boden ausgekämpft ... Dies entschuldigt in keiner Weise die sowjetischen Invasionen in der CSSR oder Afghanistan. Aber es ist unrealistisch, von der Sowjetunion zu
Im Januar 1980 hatte die konservative Regierung Demirel eine Wirtschaftspolitik beschlossen, die völlig im Gegensatz zu der in den letzten beiden

kretär im norwegischen Verteidigungsministerium). Gemeint sind die sowjetischen taktischen Atomraketen, deren Abzug oder auch teilweiser Abzug (man spricht von einer Ausdünnungszone) das schwedische Parlament in großer Einheit als „notwendigen Bestandteil einer zu schaffenden kernwaffenfreien Zone" gefordert hat.

Tatsache ist, daß in den skandinavischen Ländern gegenwärtig keine Atomwaffen gelagert sind. Die einzigen atomaren Waffen, die in unmittelbarer Nähe stationiert und für Ziele auf skandinavischem Territorium bestimmt sind, sind sowjetische. Wegen der enormen Konzentration von strategischen Atomraketen auf der Kola-Halbinsel sowie als Bewaffnung der U-Boot-Flotte in der Barentsee sind eben dort SS-12-Raketen, NATO-Bezeich-
IG Metall die Einstellung der Prozesse gegen Gewerkschafter gefordert und gegen den Antrag auf Todesstrafe für 52 Mitglieder der DISK protestiert.

Die Bewegung für einen atomwaffenfreien Norden

coi. Mit einem Interview im Organ der finnischen sozialdemokratischen Partei hat der sowjetische Staatspräsident Breshnew höchstpersönlich Ende Juni in die Debatte um die Errichtung einer kernwaffenfreien Zone im Norden eingegriffen. Dabei schloß er die Möglichkeit nicht aus, „auch die Fragen gewisser anderer Maßnahmen zu erörtern, die unsere an die kernwaffenfreie Zone im Norden angrenzenden Gebiete betreffen. Die Sowjetunion ist bereit, diese Dinge mit den Ländern zu diskutieren, die entsprechendes Interesse zeigen." Diese Äußerung hat in den skandinavischen Ländern deshalb Aufsehen erregt, da die Sowjetunion bisher jede Änderung des militärischen status quo in ihren eigenen angrenzenden Gebieten kategorisch abgelehnt hatte. Breshnew hob aber hervor, daß die bereits früher angebotene sowjetische Garantie, keine Kernwaffen gegen einen atomwaffenfreien Norden einzusetzen oder mit ihrem Einsatz zu drohen, „die primäre und für die in Frage kommenden Länder absolut wichtigste Zusicherung (ist), die die Sowjetunion zu geben bereit ist ... Die sowjetische Garantie könne bekräftigt werden durch einen multinationalen Vertrag oder durch bilaterale Verträge mit jedem Teilnehmerland."

Die starke Betonung der Garantiebereitschaft sowie das Bemühen der sowjetischen Seite, das unspezifierte Angebot von „Maßnahmen" in den eigenen Grenzgebieten herunterzuspielen, – so wurde die interviewende Zeitung unter Druck gesetzt, diese eigentliche Neuigkeit nicht in der Überschrift zu erwähnen, – läßt sogar finnische Kommentatoren nicht viel mehr als ein taktisches Manöver in Breshnews Vorschlag sehen. Doch auch wenn man zu Recht unterstellt, daß die Sowjetunion damit die Widersprüche zwischen den nordischen NATO-Ländern Norwegen, Dänemark und Island auf der einen Seite und den USA auf der anderen Seite und die dortigen Volksbewegungen gegen eine tiefere Verstrickung ihrer Länder in die Kriegsvorbereitungen der NATO ausnutzen will, so muß man gleichzeitig wissen, daß die SU auf eine skandinavische Friedensbewegung reagieren muß, in der sie selbst mit ihrem ungeheuren Kriegspotential just in der unmittelbaren Nachbarschaft immer mehr als eine Ursache der Kriegsgefahr erkannt wird. Die Absicht Breshnews ist es natürlich, den Teil der Bewegung, der einseitig den Kriegstreiber in den USA sieht und die defensiven Absichten der Sowjetunion betont, mit einem neuen Argument zu versorgen.

Der ursprüngliche Vorschlag zur Errichtung einer atomwaffenfreien Zone, in der sich die skandinavischen Länder verpflichten, keine Kernwaffen herzustellen, zu stationieren und zu lagern, stammt vom finnischen Staatspräsidenten Kekkonen auf Initiative der Sowjetunion Ende der 50er Jahre. Er geht vom defensiven Charakter der sowjetischen Militärstrategie aus und hat als erklärte Absicht, die „nordische Balance" zu wahren. Diese „nordische Balance" mit Finnland, das über den Freundschafts- und Beistandspakt mit der Sowjetunion („Ausgangspunkt und Basis für unsere Neutralitätspolitik", Kekkonen) verbunden ist, und Dänemark, Norwegen und Island, über die NATO mit den USA verbündet sowie mit Schweden als militärisch starkem Puffer dazwischen, soll als Teil eines gesamteuropäischen Gleichgewichts der Kräfte der beiden Blöcke einen bewaffneten Konflikt im Norden verhindern. Die NATO-Mitglieder hatten von Anfang an diesen Vorschlag abgelehnt mit dem Hinweis, sie würden damit das Kräfteverhältnis zugunsten der Sowjetunion ändern. Sie verwiesen auch auf ihren freiwilligen Verzicht, Kernwaffen in Friedenszeiten auf ihren Territorien zu lagern und zu stationieren.

Zu neuem Leben geweckt wurde der Plan Kekkonens anläßlich des Beschlusses der NATO, atombombenbestückte Mittelstreckenraketen in Europa zu stationieren und Kriegsmaterial in Norwegen zu lagern. Von Norwegen ausgehend entwickelte sich eine breite Bewegung in ganz Skandinavien gegen die zunehmende Kriegsgefahr, die sich eben in der Forderung nach einer atomwaffenfreien Zone konzentrierte. So einig man sich in dem Willen ist, den Norden weder zum Ausgangspunkt noch zum Objekt oder Durchgangsgebiet atomwaffenbestückter Flugkörper machen zu lassen, so gespalten ist man über die Bedingungen zur Durchsetzung dieses Zieles.

Für die Haltung des von den Revisionisten beeinflußten stark pazifistischen Teils der bis in die linke Sozialdemokratie hineinreicht, mag die in der Zeitung des schwedischen Gewerkschaftsverbandes (LO) abgedruckten Äußerung einer der Initiatorinnen der Unterschriftensammlung für diese Forderung stehen, die von 7 schwedischen Friedens- und Frauenorganisationen sowie der „Volksbewegung gegen Kernkraft" zur Zeit durchgeführt wird: „Die USA tragen die Hauptverantwortung für die neue bedrohliche Entwicklung der Kernwaffenausrüstung. Die Sowjetunion muß sich ja bedroht und eingekreist fühlen, obwohl sie gewiß ihre eigenen schrecklichen Waffensysteme mit den Atomraketen SS 20 und dem Kampfflugzeug Backfire hat. Sie hat sicher ihre Lehren aus dem 2. Weltkrieg gezogen. Im Gegensatz zu den USA hat sie den Krieg auf ihrem eigenen Boden ausgekämpft ... Dies entschuldigt in keiner Weise die sowjetischen Invasionen in der CSSR oder Afghanistan. Aber es ist unrealistisch, von der Sowjetunion zu fordern, ihre Kernwaffen in der Umgebung des Nordens zu reduzieren. Sie sind wichtig für die strategische Machtbalance zwischen den Supermächten." Trotz der Kritik an der Sowjetunion, die hier zum Ausdruck kommt, werden ihr defensive Absichten unterstellt, und der Blick wird einseitig auf die Kriegsvorbereitungen der USA gelenkt.

Der andere, sich weniger als eigenständige Friedensbewegung artikulierende Teil der Volksbewegung kommt durch die in Skandinavien ja starken sozialdemokratischen Parteien zum Ausdruck. Die Vertreter der nordischen sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaftsbünde haben auf einem Treffen im Mai in Schweden in einer gemeinsamen Entschließung erklärt: „Die nordischen Länder sollten eine gemeinsame Grundlage für die Errichtung einer kernwaffenfreien Zone im Norden ermitteln, als Kettenglied in der Arbeit für die atomare Abrüstung in einem weiteren europäischen Rahmen." Hinter dieser vorsichtigen und allgemeingehaltenen Formulierung verbergen sich Widersprüche, die sich vor allem an der Frage der Einbeziehung der sowjetischen Atomwaffen am Rande des Nordens befinden. Die finnische Sozialdemokratie widersetzt sich nämlich der Ansicht, eine sinnvolle Diskussion über Kernwaffen im Norden müsse „auch solche Kernwaffen mit einbeziehen, die zwar außerhalb des Nordens stationiert sind, die jedoch auf Grund ihrer relativ kurzen Reichweite offenbar für Ziele im Norden bestimmt sind" (so der Staatssekretär im norwegischen Verteidigungsministerium). Gemeint sind die sowjetischen taktischen Atomraketen, deren Abzug oder auch teilweiser Abzug (man spricht von einer Ausdünnungszone) das schwedische Parlament in großer Einheit als „notwendigen Bestandteil einer zu schaffenden kernwaffenfreien Zone" gefordert hat.

Tatsache ist, daß in den skandinavischen Ländern gegenwärtig keine Atomwaffen gelagert sind. Die einzigen atomaren Waffen, die in unmittelbarer Nähe stationiert und für Ziele auf skandinavischem Territorium bestimmt sind, sind sowjetische. Wegen der enormen Konzentration von strategischen Atomraketen auf der Kola-Halbinsel sowie als Bewaffnung der U-Boot-Flotte in der Barentsee sind eben dort SS-12-Raketen, NATO-Bezeichnung „Scaleboard" auf motorisierten Lafetten mit einer Reichweite von 900 km stationiert. Weiter werden dort Raketen vom Typ „Frog 7" und „Scud D" (NATO-Code) mit Reichweiten von 70 resp. 300 km vermutet. Südlich von Murmansk soll es außerdem 2 Basen mit SS-5-Raketen, Reichweite 500 km geben. Als Ziele kommen für diese Raketen nur Objekte in Skandinavien bzw. den angrenzenden Gewässern in Frage. Seit 1976 hat die Sowjetunion 6 Atom-U-Boote mit SS-N-5-Raketen, Reichweite 1100 km, in der Ostsee. Die im Baltikum stationierten taktischen Atomraketen können ebenfalls leicht gegen die skandinavischen Länder eingesetzt werden.

Es sind also nicht wenige Menschen in den nordischen Ländern, die befürchten, ein atomwaffenfreier Norden ohne Einbeziehung der angrenzenden sowjetischen Gebiete würde zwar die NATO schwächen, aber die Sowjetunion trotz aller Garantien nicht in ihren Möglichkeiten und Ambitionen einschränken. Ihr Interesse an Skandinavien ist vornehmlich seestrategischer Art. Sie muß im Kriegsfall bestimmte Teile des skandinavischen Nordens sowie die Einfahrt zur Ostsee beherrschen, um den Zugang zum Nordatlantik zu sichern, was den Einsatz taktischer Atomwaffen durchaus einschließen kann. Daß diese Einsicht wächst und mit ihr das Bestreben, tatsächlich beiden Supermächten den Bewegungsraum für ihre Kriegsvorbereitungen an der Nordflanke Europas einzuschränken, ist eine Voraussetzung, daß die atomwaffenfreie Zone im Norden überhaupt durchgesetzt werden kann.

Augenzeugenbericht

Philippinen: Aus den Guerillagebieten der Neuen Volksarmee



Anfang des Jahres besuchte eine Delegation der ,,League of Revolutionary Struggle (ML)“ (USA) Guerillazonen auf den Philippinen, wo sie mit Kadern der Neuen Volksarmee und der Kommunistischen Partei der Philippinen sprachen. Den im folgenden wiedergegebenen Bericht von Reese Ehrlich haben wir dem Zentralorgan der LRS ,,Unity“ entnommen. Der Bericht entstand noch vor der von dem Marcos-Regime kürzlich durchgeführten Wahlfarce, die vor allem den Eindruck innerer Stabilität und Liberalisierung erwecken sollte. Der Bericht zeigt, daß von Stabilität keine Rede sein kann. Die führende Kraft des Befreiungskampfes, die KPP, verfolgt einen unabhängigen Kurs und hat sich auch durch revisionistischen Druck nicht vom Weg des Guerillakrieges abbringen lassen. Sie sieht sich in einer Front mit allen Befreiungsbewegungen, die gegen diese oder jene Supermacht den Kampf führen.

Es war gerade dunkel geworden, als wir die staubige, schmutzige Straße im Zentrum einer Ortschaft in Luzon entlanggingen. Zu unserer Linken und Rechten begleiteten uns Guerillas der ,,Neuen Volksarmee“ (NPA), die offen M-16 und automatische M 2-Gewehre trugen.

Es war eine warme Nacht, und die Dorfbewohner standen vor ihren Häusern. Viele von ihnen riefen den Guerillas freundliche Begrüßungen zu, während wir passierten. Jedermann wußte, die NPA ist im Dorf. Während wir in dem Dorf waren, benachrichtigte kein einziger die Philippinische Gendarmerie (PC – die Bürgerkriegstruppe des Marcos-Regimes).

Wir erfuhren, daß in Teilen von Zentral-Luzon die Ortschaften wenn überhaupt tagsüber durch das Marcos-Regime kontrolliert werden. Demgegenüber hat die NPA die Unterstützung des Volkes, und tatsächlich ist sie es, die die Dörfer kontrolliert. Aber in diesem flachen Gebiet kommen die Kämpfer der NPA hauptsächlich nachts heraus, um nicht von den feindlichen Truppen erkannt zu werden.

Die Organisierung der Bauern

Arthur Reyes bearbeitet seine Felder seit nunmehr an die 50 Jahre. Er ist ein aktiver Unterstützer der NPA und ein führender Bauer in seinem Dorf. Als wir nachts einen Fluß hinunterfuhren, konnten wir sein 4 Räume großes Haus erkennen, das sich als Silhouette vor einem einzelnen Feld erhob. Er hat es selbst gebaut und lebt dort zusammen mit seiner Frau und 5 Kindern.

las freundliche Begrüßungen zu, während wir passierten. Jedermann wußte, die NPA ist im Dorf. Während wir in dem Dorf waren, benachrichtigte kein einziger die Philippinische Gendarmerie (PC – die Bürgerkriegstruppe des Marcos-Regimes).

Wir erfuhren, daß in Teilen von Zentral-Luzon die Ortschaften wenn überhaupt tagsüber durch das Marcos-Regime kontrolliert werden. Demgegenüber hat die NPA die Unterstützung des Volkes, und tatsächlich ist sie es, die die Dörfer kontrolliert. Aber in diesem flachen Gebiet kommen die Kämpfer der NPA hauptsächlich nachts heraus, um nicht von den feindlichen Truppen erkannt zu werden.

Die Organisierung der Bauern

Arthur Reyes bearbeitet seine Felder seit nunmehr an die 50 Jahre. Er ist ein aktiver Unterstützer der NPA und ein führender Bauer in seinem Dorf. Als wir nachts einen Fluß hinunterfuhren, konnten wir sein 4 Räume großes Haus erkennen, das sich als Silhouette vor einem einzelnen Feld erhob. Er hat es selbst gebaut und lebt dort zusammen mit seiner Frau und 5 Kindern.

Es gibt weder Elektrizität noch fließendes Wasser und Kanalisation in Reyes Haus. Wenn es Nacht wird, holen sie Glasstutzen, gefüllt mit Kerosin und einem Stoffetzen. Die Lampen warfen ein schwaches Licht in den Raum, in dem wir mit Reyes darüber sprachen, warum er die NPA unterstützt.

,,In mancher Hinsicht haben sich die Beziehungen zwischen den Großgrundbesitzern und den Bauern in unserem Dorf seit Jahrhunderten nicht geändert . . .“, setzte er an. ,,Es ist wie Feudalismus. Wir arbeiten den ganzen Tag auf dem Feld, aber der Großgrundbesitzer macht das große Geld. Er geht regelmäßig durch das Dorf und sammelt seine Abgaben ein – 50% der Ernte – und mehr, wenn er uns betrogen hat.

In den früheren 70er Jahren sandte die NPA einen Trupp hierher, um eine Bauernvereinigung in unserem Dorf aufzubauen. Wir forderten eine niedrigere Landabgabe. Nachdem wir uns organisiert hatten, kam der Großgrundbesitzer nur noch mit einer Abteilung der Gendarmerie zu seinem Schutz hierherüber.“

Reyes älteste Tochter unterbrach das Gespräch. ,,Dann überfiel die NPA eine Gendarmerieabteilung kurz vor unserem Dorf“, sagte sie. ,,Danach dachte der Großgrundbesitzer, es sei besser, die Abgaben zu senken. Inzwischen wagt er es überhaupt nicht mehr, sich hier blicken zu lassen.“ Arthur Reyes fügte hinzu: ,,Wir wissen, daß wir auch noch andere Feinde haben. Heute zwingt uns die Regierung, IRRI-Reis (eine ertragreiche Reissorte) und teuren Dünger zu kaufen, deshalb müssen wir Kredite aufnehmen. Das Geld kommt von großen amerikanischen Banken, die hohe Zinsen verlangen. Diese Banken legen auch den Preis für den gemahlenen Reis fest. Sie sorgen dafür, daß wir nie aus den Schulden herauskommen. Im letzten Jahr habe ich 3100 Pesos für meine Ernte bekommen, aber nach Abzug meiner Auslagen hatte ich nur noch 784 Pesos. Wie soll eine Familie damit leben?“

Reyes fuhr fort: ,,Aus diesem Grunde sagt die NPA, wir haben unter drei Feinden zu leiden: den Großgrundbesitzern, der philippinischen Kompradorenklasse und dem US-Imperialismus. Wir kämpfen nicht nur um unseren Grund und Boden, sondern auch um die Befreiung unseres Landes von fremder Vorherrschaft.“



Die Neue Volksarmee (NPA)

Reyes fuhr fort: ,,Aus diesem Grunde sagt die NPA, wir haben unter drei Feinden zu leiden: den Großgrundbesitzern, der philippinischen Kompradorenklasse und dem US-Imperialismus. Wir kämpfen nicht nur um unseren Grund und Boden, sondern auch um die Befreiung unseres Landes von fremder Vorherrschaft.“

Das ist nur ein Beispiel dafür, wie die Dorfkomitees mit der NPA zusammenarbeiten, um die Verteidigung zu

der NPA-Trupp versicherte uns, daß wir in jedem Haus würden übernachten können. Nachdem die Dorfführung aufgeweckt und mit ihr gesprochen war, wurde uns ein Platz zum Übernachten gegeben. Sobald wir die Hütte der Bauern betraten, bereitete uns die Familie Schlafplätze und machte uns eine Erfrischung.



Die Neue Volksarmee (NPA)

Die Trupps der NPA im zentralen Luzon bewegen sich zu Fuß unter dem Schutz der Dunkelheit von Dorf zu Dorf. Sie kommen unter in Hütten wie der von den Reyes, und sie bekommen all ihre Nahrung, Kleidung, sogar Sandalen und Zahnbürsten von unterstützenden Bauern. Sie marschieren mit leichtem Gepäck, nur mit ihren Waffen und soviel Kleidung, wie sie in ihrem Tornister unterbringen können.

In der jetzigen Lage sind die NPA-Gruppen vor allem bewaffnete politische Trupps. Sie betreiben politische Aufklärung und Organisierung, so wie es von Arthur Reyes beschrieben wurde. Sie tragen die Waffen zu ihrem eigenen Schutz und für überraschende Begegnungen mit dem Feind. Innerhalb der Ortschaften organisieren sie Vereinigungen der Bauern, der Frauen und der Jugend. Wenn die Lage in einer Ortschaft konsolidiert ist, wählen die Familien ein Dorfkomitee – ein repräsentatives Komitee, das hauptsächlich die armen und mittleren Bauern vertritt.

Wir hatten die Gelegenheit, direkt zu erleben, wie ein organisiertes Dorf tätig ist. Eines nachts, als wir gerade in der Hütte eines Bauern einschlafen wollten, kam ein Mitglied des Dorfrates, um die NPA-Gruppe vor Gendarmerieeinheiten zu warnen, die auf der Hauptstraße ganz in der Nähe aktiv waren. Das Dorfkomitee sandte heimlich Bauern an die Straße, um die Stärke der Gendarmerie zu erkunden und herauszufinden, was sie unternahmen.

Sie ermittelten mehr als 100 Gendarmen an verschiedenen Stellen der Straße. Nach einigen Diskussionen entschied der Leiter des Trupps, daß es sicherer sein würde, wenn wir uns in ein anderes Dorf begeben. Wir packten rasch unsere Sachen und marschierten quer durch die matschigen Reisfelder. Die NPA-Kämpfer sind solche nächtlichen Züge gewohnt und kennen das Land so gut, daß sie nicht einmal Taschenlampen benötigen. Als wir unser Ziel erreichten, war es Mitternacht, und jedermann war am Schlafen. Aber der NPA-Trupp versicherte uns, daß wir in jedem Haus würden übernachten können. Nachdem die Dorfführung aufgeweckt und mit ihr gesprochen war, wurde uns ein Platz zum Übernachten gegeben. Sobald wir die Hütte der Bauern betraten, bereitete uns die Familie Schlafplätze und machte uns eine Erfrischung.

Das ist nur ein Beispiel dafür, wie die Dorfkomitees mit der NPA zusammenarbeiten, um die Verteidigung zu organisieren und die täglichen Angelegenheiten zu regeln. Sie verfolgen auch Viehdiebstähle und andere Verbrechen, die hier früher üblich waren.

Die organisiserten Frauen haben ein wachsames Auge, wenn sie ihre tägliche Hausarbeit verrichten oder auf den Feldern arbeiten. Wenn sie Fremde sehen oder verdächtige Aktivitäten ausmachen, benachrichtigen sie das Dorfkomitee, das seinerseits die NPA benachrichtigt. Die Jugendlichen und sogar die kleinen Kinder lernen schon sehr früh, daß die NPA-Kämpfer ihre Freunde sind, während die Gendarmen und Marcos ihre Feinde sind. So arbeiten auch die Kinder als Wachposten für feindliche Aktivitäten in ihren Dörfern.

Die Strategie der Neuen Volksarmee

Die Leute sagen: Die NPA ist unsere Armee. Die NPA-Kämpfer sagen: Wir sind in der Lage, uns auszudehnen und unsere revolutionären Tätigkeiten fortzusetzen, weil wir die Unterstützung der Massen haben.

Die Stärke der NPA und der Kommunistischen Partei der Philippinen kommt von ihrer Fähigkeit, den Marxismus-Leninismus und die Mao-Tsetung-Ideen auf die Bedingungen der Philippinen anzuwenden und den Massen eine revolutionäre Alternative aufzuzeigen.

Ein führendes Mitglieder der KPP – George nannte er sich – sagte uns, daß sich die KPP im Dezember 1968 neugegründet habe, nachdem die Revisionisten in der alten Partei versucht hatten, durch Aufgabe des bewaffneten Kampfes die Revolution zu verkaufen. Später hatten sich die gleichen prosowjetischen Revisionisten für einige Regierungsposten öffentlich dem Marcos-Regime unterworfen. Viele der ehemaligen Befreiungskämpfer seien umherstreifende Banditen geworden, in Gegenden etwa wie Zentral-Luzon. Die KPP wies diesen konterrevolutionären Weg zurück und begann direkt damit, die Massenbasis der Partei wiederaufzubauen. Die KPP initiierte auch die Gründung der Neuen Volksarmee im März 1969.

Von Anfang an haben sich die KPP und die NVA hauptsächlich auf die Organisierung der Bauern und der Landarbeiter konzentriert, die 85% der 46 Millionen-Bevölkerung ausmachen. George führt aus, daß die bewegende Kraft der demokratischen Revolution die Agrarrevolution sei – die Demokratisierung der grundlegenden Basis der Produktion des Landes. Er führte auch aus, daß die Reaktionäre ihre hauptsächlichen Stützpunkte in den Städten haben. Aus diesem Grund hätten sich NPA und KPP die Strategie des Guerillakrieges zu eigen gemacht, die das Land nutzt, um die Städte einzukreisen. Die Arbeit der KPP in den Städten unter den Studenten, Arbeitern, Angestellten und Intellektuellen ist wegen der heftigen Unterdrückung durch die Marcos-Diktatur strikte Untergrundarbeit.

Geroge fuhr fort, die geographischen Bedingungen der Revolution in den Philippinen zu beschreiben. Die Philippinen sind ein Archipel von über 7100 Inseln. Dies macht die Transport- und Kommunikationsverbindungen mit dem zentralen Kommando beson-

damit, die Massenbasis der Partei wiederaufzubauen. Die KPP initiierte auch die Gründung der Neuen Volksarmee im März 1969.

Von Anfang an haben sich die KPP und die NVA hauptsächlich auf die Organisierung der Bauern und der Landarbeiter konzentriert, die 85% der 46 Millionen-Bevölkerung ausmachen. George führt aus, daß die bewegende Kraft der demokratischen Revolution die Agrarrevolution sei – die Demokratisierung der grundlegenden Basis der Produktion des Landes. Er führte auch aus, daß die Reaktionäre ihre hauptsächlichen Stützpunkte in den Städten haben. Aus diesem Grund hätten sich NPA und KPP die Strategie des Guerillakrieges zu eigen gemacht, die das Land nutzt, um die Städte einzukreisen. Die Arbeit der KPP in den Städten unter den Studenten, Arbeitern, Angestellten und Intellektuellen ist wegen der heftigen Unterdrückung durch die Marcos-Diktatur strikte Untergrundarbeit.

Geroge fuhr fort, die geographischen Bedingungen der Revolution in den Philippinen zu beschreiben. Die Philippinen sind ein Archipel von über 7100 Inseln. Dies macht die Transport- und Kommunikationsverbindungen mit dem zentralen Kommando beson-ders schwierig. Zudem kann der Feind eine Insel umzingeln und isoliert angreifen. Aber die NPA versucht, diese Bedingungen in Vorteile zu verwandeln. Die NPA beabsichtigt, großangelegte und koordinierte Guerilla-Operationen in jedem Teil des Landes zu entwickeln. Auf diese Weise kann sie den Feind zwingen, sich zu verteilen, und ihn an konzentrierten Schlägen hindern.

Von den südlichen Inseln wie Mindano berichteten die NPA-Kämpfer über engere politische Verbindungen und Zusammenarbeit mit der Nationalen Moro-Befreiungsfront und ihrer Bangsa-Moro-Armee. Die KPP betrachtet die Moros als eine unterdrückte Nation und unterstützt ihren Kampf für die Lostrennung von der Marcos-Diktatur.

Als kürzlich die NPA in Mindanao angegriffen wurde, führten die Moros Guerillaoperationen in anderen Teilen der Insel durch und zogen so die Marcos-Truppen an. Die Moros binden die Hälfte der 200000 Mann starken Marcos-Armee. Die NPA sagt, ihr Bündnis mit der MNLF ist von strategischer Bedeutung für die philippinische Revolution. Die NPA hofft, in der Zukunft gemeinsame militärische Operationen gegen den gemeinsamen Feind – das Marcos-Regime und den US-Imperialismus – durchführen zu können.

Wegen dieser Art politischer Arbeit und revolutionärem Beispiel genießt die NPA großes Ansehen und Unterstützung unter den Massen. Die NPA hat gegenwärtig die Unterstützung von 40000 parteilosen Aktivisten und 800000 aktiven Mitgliedern zumeist illegaler revolutionärer Massenorganisationen.

Die KPP ist auch in der Lage, als Teil der Nationalen Demokratischen Front (NDF) mit anderen Klassenkräften zusammenzuarbeiten. Gegenwärtig umfaßt die NDF die NPA, die revolutionäre Bauernbewegung, die Christen für Nationale Befreiung, die Nationale Jugend, die Nationale Organisation der im Gesundheitsdienst Beschäftigten, die Nationale Lehrervereinigung und andere. Die NDF hat als Ziele den Sturz des Marcos-Regimes und die Bildung einer antiimperialistischen Koalitionsregierung.

George sagt, die KPP betrachtet die philippinische Revolution als Beitrag zum Kampf der Völker der Welt gegen die beiden Supermächte, vor allem von Seiten der gefährlicheren Sowjetunion. Angesichts der zwei großen US-Militärbasen auf den Philippinen würde ein Weltkrieg sich bestimmt auch auf ihr Land erstrecken.

Führer der KPP berichteten uns, daß sie weiterhin den Marxismus-Leninismus und die Mao-Tsetung-Ideen auf die internationale Lage und die innere Lage auf den Philippinen anwenden. Sie unterstützen die Befreiungsbewegungen gegen jede der beiden Supermächte, sei es das Volk von Salvador in seinem Kampf gegen den US-Imperialismus, seien es die Völker von Afghanistan und Kampuchea in ihrem Kampf gegen den Sozialimperialismus. Sie halten weiterhin freundschaftliche Beziehungen mit der KP Chinas aufrecht.

George betonte, daß ihr Hauptbeitrag zum Kampf der Völker der Welt

der im Gesundheitsdienst Beschäftigten, die Nationale Lehrervereinigung und andere. Die NDF hat als Ziele den Sturz des Marcos-Regimes und die Bildung einer antiimperialistischen Koalitionsregierung.

George sagt, die KPP betrachtet die philippinische Revolution als Beitrag zum Kampf der Völker der Welt gegen die beiden Supermächte, vor allem von Seiten der gefährlicheren Sowjetunion. Angesichts der zwei großen US-Militärbasen auf den Philippinen würde ein Weltkrieg sich bestimmt auch auf ihr Land erstrecken.

Führer der KPP berichteten uns, daß sie weiterhin den Marxismus-Leninismus und die Mao-Tsetung-Ideen auf die internationale Lage und die innere Lage auf den Philippinen anwenden. Sie unterstützen die Befreiungsbewegungen gegen jede der beiden Supermächte, sei es das Volk von Salvador in seinem Kampf gegen den US-Imperialismus, seien es die Völker von Afghanistan und Kampuchea in ihrem Kampf gegen den Sozialimperialismus. Sie halten weiterhin freundschaftliche Beziehungen mit der KP Chinas aufrecht.

George betonte, daß ihr Hauptbeitrag zum Kampf der Völker der Welt
die Revolution in den Philippinen sei. Alle Widersprüche der philippinischen Gesellschaft würden sich verschärfen. Das von den USA unterstützte Marcos-Regime stünde großen ökonomischen und politischen Schwierigkeiten gegenüber. Die Volksbewegungen würden in den Städten und auf dem Land erstarken.

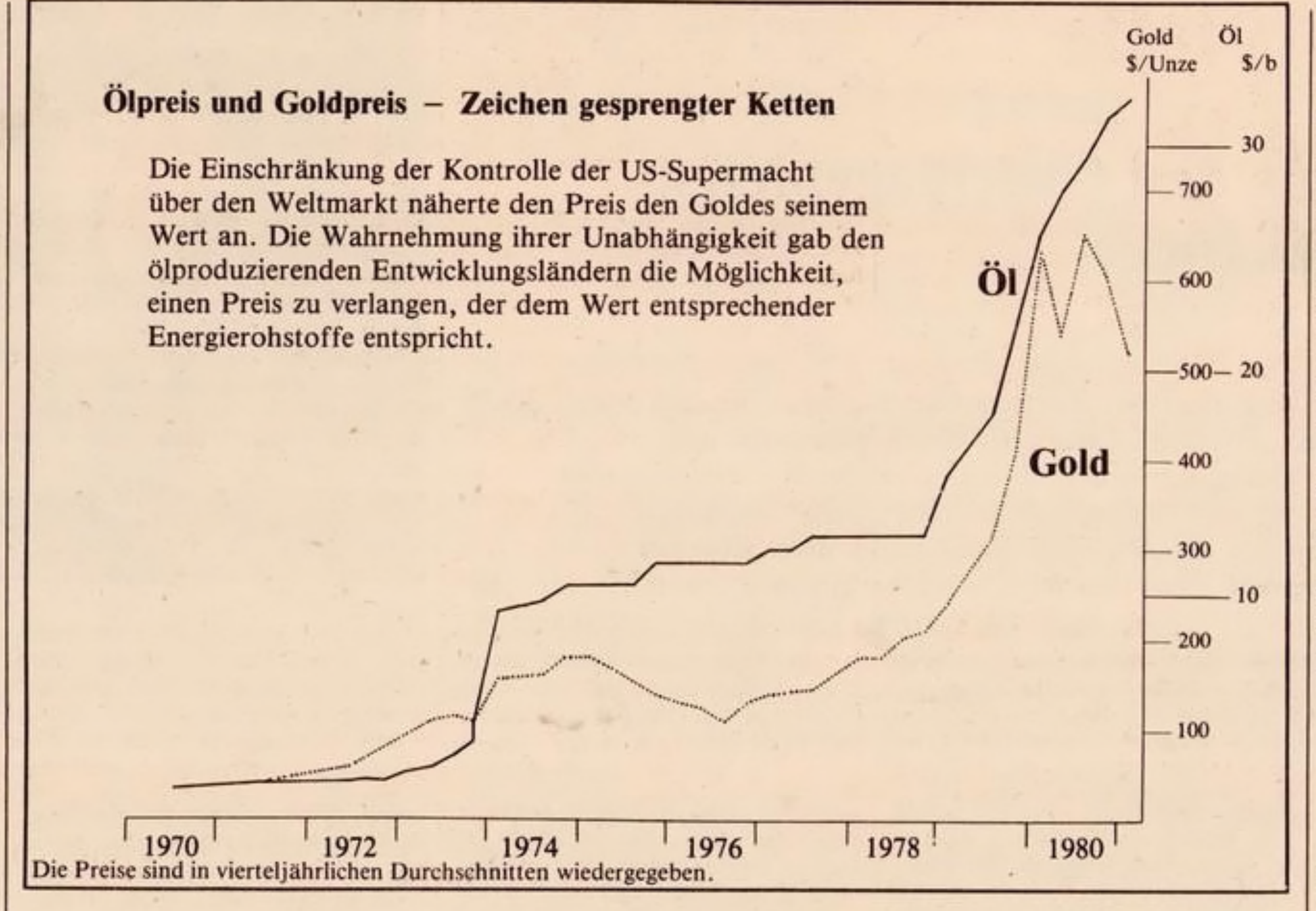
Die NPA erlebt gegenwärtig ein Anwachsen der Guerillatätigkeit im ganzen Land. Obwohl sie den Übergang zu einer stregischen Offensive innerhalb der nächsten paar Jahre nicht erwartet, will sie zu einer neuen Phase der ,,strategischen Defensive“ übergehen.

In einigen Gebieten kann die NPA bereits in Kompaniestärke operieren, und die Regierung kann in diese NPA-Zonen nicht ohne massive Truppenmobilisierung eindringen. Ein KPP-Führer sagte uns, sie würden einen Anstieg der KPP-Mitgliedschaft auf das mehrfache, eine Zunahme der parteilosen Mitglieder der NPA und eine Verbesserung der politischen Erziehung der NPA und der Parteimitglieder anstreben. Sie wollen berufsmäßige militärische und politische Einheiten aufbauen, um militärische Aktivitäten das ganze Jahr über im ganzen Land durchführen zu können. All dies würde dazu beitragen, die Grundlage für eine spätere militärische Offensive zu schaffen.

,,Die Alternative für das Volk ist klar“, sagte ein KPP-Mitglied zu uns. ,,Entweder weiter unter der US-Vorherrschaft und einer faschistischen Diktatur leben, oder sich der revolutionären Bewegung anschließen. Wir sind sicher, sie werden Revolution wählen.“

Ölriese an den Meistbietenden

frb. Die größte Fusionsjagd aller Zeiten findet derzeit an den US-Börsen statt. Geschluckt werden soll Conoco, dem Umsatz nach an 14. Stelle aller Industriekonzerne der USA und an 9. Stelle im Energiesektor. Mehrere Konzerne steigern sich im Preis um den Happen hoch. Länger schon hatte die kanadische Seagram ein Übernahmeangebot unterbreitet. 2,5 Mrd. $ für 41% der Aktien waren geboten, doch kanadisch wollte Conoco nicht werden. So sprang schließlich Du Pont, der Chemieriese, ein, bot über 7 Mrd. $, wovon er sich 3 Mrd. $ von einem Bankenkonsortium leihen wollte. Das Gebot liegt über dem Zweifachen dessen, was je zuvor für eine Fusion ausgegeben wurde; Shell Oil schluckte damals die Belridge Oil Company. Doch kaum war ausgemalt, welcher Konzern da mit Du-Pont-Conoco im Entstehen war, da sickerte durch, daß sich Texaco von der Chase Manhattan einen Kredit von 5,5 Mrd. $ (ebenfalls ein Rekord) geholt hatte, um in die Auktion einzusteigen. Und Montag nun nahm Mobil Oil die Jagd auf, gestützt durch den Kredit der Citibank. Conoco seinerseits hat sich 3 Mrd. $ entliehen, um zur Abwehr unliebsamer Angebote seine eigenen Aktien aufkaufen zu können. Und da jener Konzern, der leer ausgeht, sich sicher auf die nächstbeste Kaufgelegenheit stürzt, haben mittlerweile mindestens zwei weitere mittlere Ölkonzerne Kredit zur Abwehr von Offerten beschafft. So haben denn zu einer Zeit höchster Zinsen binnen kurzem einige Banken 20 Mrd. $ Kreditgelder ins Rennen geworfen, für deren Rentierlichkeit die Ölkonzerne sorgen. Die Gier, fremdes Kapital einzuverleiben, nimmt die hohen Zinsen in Kauf. Den Grundstock für die Fusionsjagd bilden ohnehin die Superprofite, die die Ölgesellschaften in den letzten Jahren gemacht haben. Kürzlich erst hatte die Standard Oil of California 4 Mrd. $ für den Bergbaukonzern Amax geboten, ist damit allerdings abgeblitzt. Die französische Elf Aquintaine hat 2,5 Mrd.$ auf den Tisch gelegt, um den amerikanischen Rohstoffkonzern Texasgulf einzukaufen. British Petroleum hat über ihre Tochtergesellschaft Sohio 1,8 Mrd.$ ausgegeben, um den größten amerikanischen Kupferproduzenten Kennecott einzuverleiben.



Die Preise sind in vierteljährlichen Durchschnitten wiedergegeben.

Wieder deutlich abgeschwächt hat sich der Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe. Nach den vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes lag er im Mai um real 8% unter dem wegen damals besonders hoher Auslandsbestellungen besonders hohen Ergebnis vom April. Aber auch im Zweimonatsvergleich bleiben die Bestellungen nur knapp über dem Niveau des Vorjahres, und die Aufträge nur aus dem Inland liegen deutlich niedriger. – **Die industrielle Nettoproduktion** blieb im April/Mai weiterhin um ein Prozent unter dem Niveau von 1980. – **Haushaltskürzungen noch für 1981** hat Finanzminsiter Matthöfer verfügt. So soll jene globale Minderausgabe von 1,9 Mrd. DM erbracht werden, die den Ausgleich des eben erst verabschiedeten Bundeshaushalts retten sollen. U.a. sollen 100 Mio. bei der Entwicklungshilfe und 300 Mio. beim Forschungsministerium gesperrt werden. Bis 3. August müssen die Ressorts Bericht an Matthöfer erstatten. – **Mexiko hat die Beteiligung französischer Unternehmen an mehreren großen Projekten suspendiert.** Dies ist die Antwort auf den Beschluß der französischen Erdölgesellschaft CFP, ihre mexikanischen Erdölbezüge zu reduzieren. Mexiko sollte so unter Druck gesetzt werden, seinen Ölpreis zu senken. Der französische Energieminister Hervé hat mittlerweie erklärt, Frankreich wolle die engen Wirtschaftsbeziehungen zu Mexiko aufrechterhalten. – **Von der CDU abweichende Vorstellungen zur Wohnungspolitik hat die CSU beschlossen.** So soll die Fehlbelegungsabgabe für Ballungsgebiete überprüft werden, steuerliche Subventionen sollen noch großzügiger als im CDU-Vorschlag gehandhabt werden. Nur kostengerechte Mieten könnten die ständig wachsenden Flächenansprüche des Einzelnen auf ein realistisches Maß zurückführen und Besitzer unterbelegter Wohnungen zum Wohnungstausch veranlassen, heißt es in dem Papier des CSU-Parteitages. – **Ins Stocken geraten sind die EG-Verhandlungen mit Spanien.** Erstmals ist mit der achten Ministerrunde über den Beitritt Spaniens zur EG eine derartige Sitzung ohne Zwischenergebnis geblieben. Drohungen allerdings hat es auch früher schon gegeben. Die EG verlangt bereits jetzt eine verbindliche Zusage Spaniens, die Mehrwertsteuer spätestens mit Beitritt einzuführen. Vor allem Frankreich soll sich durch das jetzige Steuersystem in seinem Export behindert fühlen. – **Die Konkurswelle in der BRD setzt sich fort.** Wie aus den jüngsten statistischen Veröffentlichungen hervorgeht, wurden im Mai 593 Konkurs- und eröffnete Vergleichsverfahren von Unternehmen gezählt. Das sind 18,6% mehr als im Mai 1980.

Wirtschafts-
nachrichten

Flicks Millionen noch immer steuerfrei

frb. 210 Mio. DM will die Flick-Gruppe (alias Buderus, Krauss-Maffei, Dynamit Nobel, Feldmühle usw.) beim Gerling-Konzern anlegen und hat dafür Steuerbefreiung nach §6b Einkommensteuergesetz beantragt. 120 Mio. DM an Steuern würde Flick bei Genehmigung dieses Antrags einsparen. SPD-Sprecher Spöri, Mitglied der Sparkommission seiner Fraktion, hielt dies für „instinktlos". Instinktvoll aber bleibt, daß Flick von den zwei Mrd. DM, die er vor 5 Jahren durch Verkauf seines Daimler-Pakets erlöst hatte, bereits 1,3 Mrd. DM steuerfrei anlegen konnte. Und auch für den Restbetrag hat er bis heute keinen Heller an Einkommensteuer gezahlt. Als „volkswirtschaftlich förderungswürdig" und damit steuerfrei hat der Wirtschaftsminister auch bereits die Kapitalaufstockung von 800 Mio. DM im eigenen Konzern anerkannt.

Veba und BP führen Fusionsliste an

frb. Einige Konzerne sind auch 1979 und 1980 in der BRD beim Fusionieren wieder besonders eifrig gewesen. Dies geht aus dem Bericht des Kartellamtes hervor. An der Spitze standen BP und das Staatsunternehmen Veba mit 75 und 54 Übernahmen in zwei Jahren. Es folgen Haniel, Shell, Siemens, Ruhrkohle, DG-Bank, Salzgitter, RWE und Thyssen. An einem Viertel aller Fusionen waren diese zehn Unternehmen beteiligt. Systematisch haben sie sich dabei in angrenzende Bereiche eingekauft. So wurden in den letzten Jahren 300 Brennstoffhändler aufgekauft. Insgesamt hat das Kartellamt 1979/80 1237 Zusammenschlüsse gezählt. Gegenüber den Vorjahren ist dies eine deutliche Zunahme.

Zusammenschlüsse 1973 – 80

1. Veba	170
2. BP	120
3. RWE	107
4. Shell	67
5. Haniel	63
6. Estel	52
7. Dresdner Bank	50
8. Salzgitter	49
9. Thyssen	47

Dritte Welt für die Textilverhandlungen besser gerüstet
Industrieländer wollen ihre Märkte weiter abschotten / Schwierige Lage in der Gewerkschaft
Von Friedemann Bleicher
nen kurzem einige Banken 20 Mrd. $ Kreditgelder ins Rennen geworfen, für deren Rentierlichkeit die Ölkonzerne sorgen. Die Gier, fremdes Kapital einzuverleiben, nimmt die hohen Zinsen in Kauf. Den Grundstock für die Fusionsjagd bilden ohnehin die Superprofite, die die Ölgesellschaften in den letzten Jahren gemacht haben. Kürzlich erst hatte die Standard Oil of California 4 Mrd. $ für den Bergbaukonzern Amax geboten, ist damit allerdings abgeblitzt. Die französische Elf Aquintaine hat 2,5 Mrd.$ auf den Tisch gelegt, um den amerikanischen Rohstoffkonzern Texasgulf einzukaufen. British Petroleum hat über ihre Tochtergesellschaft Sohio 1,8 Mrd.$ ausgegeben, um den größten amerikanischen Kupferproduzenten Kennecott einzuverleiben.
kamp. Allerdings haben sich die Mini-
gen damals besonders hoher Auslandsbestellungen besonders hohen Ergebnis vom April. Aber auch im Zweimonatsvergleich bleiben die Bestellungen nur knapp über dem Niveau des Vorjahres, und die Aufträge nur aus dem Inland liegen deutlich niedriger. – Die industrielle Nettoproduktion blieb im April/Mai weiterhin um ein Prozent unter dem Niveau von 1980. – Haushaltskürzungen noch für 1981 hat Finanzminsiter Matthöfer verfügt. So soll jene globale Minderausgabe von 1,9 Mrd. DM erbracht werden, die den Ausgleich des eben erst verabschiedeten Bundeshaushalts retten sollen. U.a. sollen 100 Mio. bei der Entwicklungshilfe und 300 Mio. beim Forschungsministerium gesperrt werden. Bis 3. August müssen die Ressorts Bericht an Matthöfer erstatten. – Mexi-
abkommen versprochen ist, nämlich
mexikanischen Erdölbezüge zu reduzieren. Mexiko sollte so unter Druck gesetzt werden, seinen Ölpreis zu sen-
Wirtschafts-
nachrichten
ken. Der französische Energieminister Hervé hat mittlerweie erklärt, Frankreich wolle die engen Wirtschaftsbeziehungen zu Mexiko aufrechterhalten. – Von der CDU abweichende Vorstellungen zur Wohnungspolitik hat die CSU beschlossen. So soll die Fehlbelegungsabgabe für Ballungsgebiete überprüft werden, steuerliche Subventionen sollen noch großzügiger als im CDU-Vorschlag gehandhabt werden. Nur kostengerechte Mieten könnten
Handelsprotektionismus an sich kein Ziel für uns – dies auch gerade gegen die Illusionen, die in der GTB verbreitet werden. Weder das eine noch das andere befreit die Arbeiter oder erleichtert auch nur ihre Lage entscheidend. Aber wir sind gegen alle Maßnahmen, die die Abhängigkeit und Ausbeutung der Dritten Welt durch die
dem Papier des CSU-Parteitages. – Ins Stocken geraten sind die EG-Verhandlungen mit Spanien. Erstmals ist mit der achten Ministerrunde über den Beitritt Spaniens zur EG eine derartige Sitzung ohne Zwischenergebnis geblieben. Drohungen allerdings hat es auch früher schon gegeben. Die EG verlangt bereits jetzt eine verbindliche Zusage Spaniens, die Mehrwertsteuer spätestens mit Beitritt einzuführen. Vor allem Frankreich soll sich durch das jetzige Steuersystem in seinem Export behindert fühlen. – Die Konkurswelle in der BRD setzt sich fort. Wie aus den jüngsten statistischen Veröffentlichungen hervorgeht, wurden im Mai 593 Konkurs- und eröffnete Vergleichsverfahren von Unternehmen gezählt. Das sind 18,6% mehr als im Mai 1980.
der des Textilabkommens im gesamten Textilhandel (einschließlich Bekleidung) mit Entwicklungsländern 9,8 Mrd. $ erreicht. Dies ist weit weniger als ein Zehntel des Handelsüberschusses, den die Industrieländer als Gruppe im beiderseitigen Handel mit Industriewaren erzielen.
Sicherlich, die Motive, die seitens je-
Thyssen. An einem Viertel aller Fusionen waren diese zehn Unternehmen beteiligt. Systematisch haben sie sich dabei in angrenzende Bereiche eingekauft. So wurden in den letzten Jahren 300 Brennstoffhändler aufgekauft. Insgesamt hat das Kartellamt 1979/80 1237 Zusammenschlüsse gezählt. Gegenüber den Vorjahren ist dies eine deutliche Zunahme.
Zusammenschlüsse 1973 – 80
1. Veba 170
2. BP 120
3. RWE 107
4. Shell 67
5. Haniel 63
6. Estel 52
7. Dresdner Bank 50
8. Salzgitter 49
9. Thyssen 47

Dritte Welt für die Textilverhandlungen besser gerüstet

Industrieländer wollen ihre Märkte weiter abschotten / Schwierige Lage in der Gewerkschaft

Von Friedemann Bleicher

Die Verhandlungen über die zweite Verlängerung des Welttextilabkommens, zu deren dritter Runde sich Vertreter von rund 50 Staaten derzeit in Genf treffen, versprechen noch härter zu werden, als es die vorigen schon waren. Erstmals abgeschlossen für die Jahre 1974 – 77, dann mit einigen Änderungen verlängert um weitere vier Jahre, läuft das Abkommen Ende des Jahres aus.

Hart werden die Verhandlungen, weil die Lobby der Textilindustriellen in den Industrieländern durch die allgemeine Wirtschaftskrise unter zusätzlichen Ängsten leidet und ohnehin der Ruf nach Protektionismus Auftrieb erhalten hat. Andererseits sehen sich die exportierenden Entwicklungsländer mehr und mehr betrogen und scheinen eine neue Einheit gefunden zu haben, die auch vom UNCTAD-Sekretariat Rückendeckung erhalten hat.

Die Regierungen *der Industrieländer* wollen mit unterschiedlicher Hartnäckigkeit eine Verlängerung des Abkommens, wobei der genehmigte Import an den Verbrauchszuwachs gekoppelt und die Abkommensdauer auf zehn Jahre ausgedehnt werden soll. Die EG-Kommission will eine Unterscheidung vorschlagen in Entwicklungsländer, deren Produkte in manchen Sektoren bereits wettbewerbsfähig sind, und solche, die ihre Industrie und Textilindustrie erst entwickeln. „Von den entwickelten Ländern und den sogenannten Schwellenländern können wir erwarten, daß auch sie im Interesse der ärmeren Entwicklungsländer einen Teil der Bürde übernehmen", schreibt Kommissar Haferkamp. Allerdings haben sich die Minister auf ein Verhandlungsmandat noch nicht einigen können. Westdeutschland, Dänemark und Niederlande wollen eher eine Lockerung des Abkommens, England, Italien und Frankreich eine Verschärfung. Die USA, auf deren Betreiben das Abkommen 1973 zustandegekommen war, sind ebenfalls – trotz Reagans Freihandelsbekenntnissen – für Verlängerung desselben.

Dagegen verlangen die *Entwicklungsländer* entweder eine genauere Definition verschiedener operativer Klauseln oder eine Änderung des Abkommens selbst. Dies ist das Ergebnis eines Treffens von 21 Ländern in Hongkong, von dem der Verhandlungsführer der Gruppe, Kolumbiens Botschafter Felipe Jaramillo, sagte, es habe eine so solide Zusammenarbeit hergestellt, wie nie zuvor in den letzten 20 Jahren.

Das Hauptziel ihrer Kritik sind die Globalquoten der EG. Damit legt die EG-Kommission Höchstquoten für eine bestimmte Sorte Kleidung fest und zwingt die größten Importeure zur Reduzierung ihrer Lieferungen. Aber alle Produzenten sind sich einig, daß die EG ihr Globalkonzept benutzt, um die Importe insgesamt zu drücken. Kleinen Ländern werden völlig illusorische Quoten zugeteilt, die diese nie ausnutzen können, bloß um einem größeren Produzentenland Beschränkungen abzunötigen. Unbedingt soll daher die berüchtigte, 1977 neu eingeführte Ausweichklausel („Reasonable departure") fallen, auf der die EG-Politik beruht, die aber auch den USA immer wieder dazu gedient hat, die Verkäufe der Entwicklungsländer noch unter das Maß zu drücken, das ihnen im Textilabkommen versprochen ist, nämlich 6% Steigerung jährlich.

Weiterhin verlangt die Gruppe der Entwicklungsländer, daß *für die ärmsten Länder keinerlei Importbeschränkungen* in Anwendung kommen, da ihre Lieferungen ohnehin gering sind. Nur wenn die Industrieländer darauf eingehen, sind die Entwicklungsländer insgesamt bereit, Importquoten hinzunehmen, die dann die größten Exporteure unter ihnen treffen. Und schließlich gaben Länder wie Hongkong und Südkorea auch ihr Einverständnis zu einer Vereinbarung, nach der bei „Marktstörungen" die Lieferungen der großen Exporteure zuerst beschränkt werden. Im Gegenzug fordern die Entwicklungsländer, daß die Lieferungen der EG und der USA selbst auch mitgezählt werden, wenn es darum geht, die größten Lieferanten eines bestimmten Produkts zu bestimmen. Bislang nämlich gelten Importbeschränkungen ausschließlich gegenüber den Entwicklungsländern, nicht beim Handel der Industrieländer untereinander.

Mit diesen Positionen stehen die Chancen nicht schlecht, daß die Front der Entwicklungsländer in den Verhandlungen haltbarer sein wird als jene der Industrieländer. Immerhin war es notwendig, so unterschiedliche Länder wie Hongkong, Ägypten, Pakistan, Südkorea, Brasilien, Indien usw. unter einen Hut zu bringen. Die VR China übrigens war das erstemal als Beobachter vertreten.

Es wäre gut, wenn die Position der Entwicklungsländer trotz der ungeschickten Taktik, auf die sich die Gewerkschaft Textil-Bekleidung eingelassen hat, auch hier Unterstützung fände. Zwar sind Handelsfreiheit oder Handelsprotektionismus an sich kein Ziel für uns – dies auch gerade gegen die Illusionen, die in der GTB verbreitet werden. Weder das eine noch das andere befreit die Arbeiter oder erleichtert auch nur ihre Lage entscheidend. Aber wir sind gegen alle Maßnahmen, die die Abhängigkeit und Ausbeutung der Dritten Welt durch die entwickelten kapitalistischen Länder absichern und verfestigen.

Da werden in Funktionärskreisen Krokodilstränen darüber vorgeweint, wie schrecklich es Länder wie Schweden oder Belgien hätten, denen die ganze heimische Textilindustrie wegkonkurriert werde. Aber es wird vergessen, daß z.B. 80 oder 90% aller Nationen dieser Erde noch über keinen eigenen brauchbaren Fahrzeugbau verfügen. Ohnehin sind Vorstellungen falsch, die von einer vollständigen Autarkie eines jeden Landes ausgehen. Was aber auch für den gesellschaftlichen Fortschritt der Ländern der Dritten Welt Voraussetzung ist, ist der Schritt von der Agrarproduktion zur Industrieproduktion.

Die Textilindustrie ist eine der ersten Industrien, die die Länder der Dritten Welt aufbauen. Zu einem großen Teil mit aus Industrieländern importierten Maschinen und Rohmaterialien. Es ist auch eine der wenigen Branchen, in der sie mit den entwickelten kapitalistischen Ländern konkurrieren können, mit deren Produkten sie in Austausch treten können. Wird ihnen dieser Weg abgeschnitten, so erfährt ihre ganze Entwicklung einen Rückschlag.

Tatsache ist, daß nach wie vor die Industrieländer den internationalen Handel auch mit Textilwaren beherrschen. Bei Garnen und Geweben sind es über 70% des Weltexports, die aus „entwickelten Marktwirtschaften" (so die UNO-Bezeichnung) stammen, bei Kleidung immer noch über die Hälfte. Andererseits machen Textilwaren ein Drittel aller Fertigwarenexporte aus Entwicklungsländern aus.

Und noch eine Zahl. 1979 hat das Defizit der entwickelten Mitgliedsländer des Textilabkommens im gesamten Textilhandel (einschließlich Bekleidung) mit Entwicklungsländern 9,8 Mrd. $ erreicht. Dies ist weit weniger als ein Zehntel des Handelsüberschusses, den die Industrieländer als Gruppe im beiderseitigen Handel mit Industriewaren erzielen.

Sicherlich, die Motive, die seitens jener Gewerkschaftsfunktionäre vorgetragen werden, die eine Verschärfung der Importbeschränkungen fordern, sind ehrenwert. Arbeitsplätze müßten geschützt werden, heißt es da. Doch die Entwicklungsländer beharren darauf, daß bei ihnen weit mehr Arbeitsplätze vernichtet werden, wenn ihren Exporten der Absatz verbaut wird. Und schließlich hätten die Industrieländer lange genug Zeit gehabt, die besondere Krise ihrer Textilindustrie zu überwinden oder durch Ausbau anderer Zweige auszugleichen. War doch das erste Abkommen als vorübergehend verniedlicht worden, wie sein Vorläufer auch schon.

Oder es wird gesagt, die hiesigen Textilarbeiter müßten mit dem Verlust ihres Arbeitsplatzes für die Ausbeutung der Textilarbeiter in der Dritten Welt zahlen. Weshalb aber dann den Bock zum Gärtner machen, die Regierungen der Kapitalexporteure zum Wächter über Regierungen der Dritten Welt einsetzen, statt die Kapitalexporteure selbst anzugreifen?

Will man Importschranken beurteilen, so muß man die Lage beurteilen, in der sie errichtet werden. Die meisten heutigen Industrieländer haben sich in ihrer ersten Entwicklung vor dem englischen Handelsmonopol durch Schutzzölle geschützt. Damit wurde schließlich das englische Monopol gebrochen, der Weg Englands von der „Werkstatt der Welt" zum Industrieland unter anderen ungemein beschleunigt. Heute versuchen die alten Industrieländer, ihr gemeinsames Handelsmonopol, dort wo es bedroht ist, zu schützen. Hatte die erste Sorte Importschutz ihre Berechtigung, so hat sie letztere nicht.

Lösungsmodelle für die Stahlkrise

Über die bisherigen Versuche, die seit 7 Jahren währende europäische Stahlkrise zu überwinden und über die Gründe ihres Scheiterns haben wir in unserer Ausgabe Nr. 25 geschrieben. Jetzt berichten wir über die Lösungsvorschläge, um die in der IG Metall gestritten wird. Zur Debatte steht der Vorstandsvorschlag für eine EG-Strukturreform und das Memorandum, das die Lösung der Stahlkrise in der Vergesellschaftung sieht.

Von Bernd Schwingboth, Dortmund

Nach einer Nachtsitzung einigten sich am 25. Juni die EG-Wirtschaftsminister auf Quoten- und Beihilferegelungen für die Stahlindustrie:
– 70% der Walzproduktion bleibt unter Zwangsquoten nach Art. 58 des Montanvertrages, nur für die restlichen Erzeugnisse (hauptsächlich Bleche und Breitflachstahl) konnten sich die Stahlkonzerne innerhalb Eurofer auf freiwillige Quoten einigen.
– alle staatlichen Beihilfen sollen bis Ende 1985 auslaufen, Beihilfen für Sozialprogramme müssen bis Ende 81 angemeldet und bis Juli 82 abgeschlossen sein, Strukturbeihilfen müssen bis zum 30. September gemeldet und bis Ende 84 abgewickelt sein. Hierbei sind Ausnahmen möglich.

Das ,,Handelsblatt" kommentierte sachkundig unter der Überschrift: ,,Die Misere hält an". Zögernd und zum letztmöglichen Termin stimmten die Bundesregierung (wegen zu langer Fristen für Beihilfen) und die italienische Regierung (wegen zu kurzer Fristen für Beihilfen) letzlich zu. Die einzige wesentliche Änderung am Beschluß des Ministerrats besteht in der Schaffung eines Sozialfonds im Gesamtvolumen von rund 500 Mio. DM für Frühpensionierungen, Umschulungsbeihilfen und Kurzarbeit.

Die Vorstände von Hoesch, Krupp, Klöckner und Salzgitter schreien merklich lauter nach Subventionen, flankiert von der CDU-Bundestagsfraktion, die Stilllegungsprämien in Höhe von rund 400 DM je Jahrestonne verlangt, und der SPD-Fraktion, deren Fachsprecher einen nationalen Überlebens- und Modernisierungsplan für die westdeutsche Stahlindustrie verlangen. All diese Forderungen gehen auf Stärkung der westdeutschen Stahlkonzerne zwecks Eroberung weiterer Marktanteile und Verdrängung bzw. Ruinierung der Konkurrenz. Diesen Weg geht das westdeutsche Finanzkapital seit sieben Jahren, wodurch die Konkurrenz zwischen den europäischen Stahlkonzernen verschärft, heftige Widersprüche zwischen den EG-Staaten aufbrachen und die krisenhafte Entwicklung der Stahlindustrie auf die Spitze getrieben wurde. (siehe dazu KVZ 21/81 Seite 11)

Schon mit dem Frühjahrsgutachten ,,Alternative Wirtschaftspolitik" hatte eine Gruppe von Wirtschaftswissenschaftlern, die gewöhnlich als gewerkschaftsnah bezeichnet wird, ein Memorandum zur Stahlkrise vorgelgt, und Mitte Mai hatte der Vorstand der IG Metall über Vorschläge zur Bewältigung der Strukturprobleme der Stahlindustrie beraten und ein EG-Strukturprogramm beschlossen.

Über die beiden Konzeptionen gibt es heftige Auseinandersetzungen innerhalb der IG Metall bis dahin, daß vom Vorstand die Veröffentlichung des Memorandums im Bund-Verlag untersagt wurde und Funktionäre wie wissenschaftliche Angestellte, die das Memorandum unterstützen, unter Druck gesetzt werden. Obwohl beide Konzepte in der Einschätzung der Ursachen und der Lage in der Stahlindustrie weitgehend übereinstimmen, schlagen sie vollständig verschiedenes gewerkschaftliches Vorgehen vor:
– das Memorandum schlägt vor, die Stahlkonzerne zu enteignen, weil eine ,,marktwirtschaftliche", kapitalistische Lösung der Stahlkrise verheerende Folgen für die Stahlarbeiter hätte.
– der IG-Metall-Vorstand schlägt europäische Sanierungsmaßnahmen vor, um die Stahlarbeiter vor den Folgen unternehmerischer Fehlsteuerungen zu bewahren.

Im gewerkschaftlichen Funktionärskörper sieht man die beiden Vorschläge vielfach als Ausdruck verschiedener Linien: hier sozialpartnerschaftlich-reformistischer Kurs, dort klassenbewußt-revolutionärer Kurs. Wobei das Memorandum als Ausdruck des letzteren betrachtet wird. Doch so einfach ist die Scheidung nicht, beide haben ihre starken und ihre schwachen Seiten.

Die Stärke des *Memorandums* liegt – abgesehen von der gründlichen empirischen Darstellung der Entwicklung der Stahlindustrie – darin, daß angesichts der Überakkumulationskrise des Kapitals die Eigentumsfrage aufgeworfen wird und in der Enteignung der Kapitalisten die Bedingung für die Lösung der Stahlkrise gesehen wird. Seine Schwächen liegen darin, daß einmal die Notwendigkeit und Möglichkeit eines Vorgehens im Rahmen der EG geleugnet wird, daß zweitens zwar die ,,Variante 2" favorisiert und auch die Verstaalichung der Banken angerissen wird, aber in anbetracht so weitgehender Enteignungspläne gegenüber dem Kern des Finanzkapitals die eigentlich naheliegende Frage der Enteignung der Kapitalisten*klasse* unerwähnt bleibt. Schließlich schweigt sich das Memorandum vollständig dazu aus, welche *politishen Kräfte* dieses Konzept gegen die Kapitalistenklasse, ihren Staatsapparat und die gegenwärtigen parlamentarischen Parteien realisieren könnten.

Ausgangspunkt und Hauptschwäche des *Vorschlags des IG-Metall-Vorstands* ist das Klammern an die zerbröselnden Ruinen sozialpartnerschaftlicher Zusammenarbeit mit den Stahlkapitalisten. Der Vorschlag ist auch ausdrücklich als Gesprächsgrundlage an die westdeutschen Stahlkonzerne adressiert. Nicht die Ursachen sollen beseitigt, sondern die Krisenfolgen für die Arbeiter gedämpft werden und der Unvernunft der Kapitalisten sollen durch staatliche Auflagen gewerkschaftliche Fesseln gelegt werden.

Die Stärke dieses Vorschlags liegt darin, daß mit dem Plan einer ,,europäischen Lösung" auch der Weg freigemacht wird für einheitliche Aktionen der westeuropäischen Arbeiterbewegung. Schon am Tag der Ministerratssitzung fand in Brüssel eine Demonstration mit 5000 Teilnehmern statt, organisiert von den westeuropäischen Gewerkschaften.

Letzlich haben wohl auch etliche Vorstandsmitglieder noch einen Kuhhandel im Auge: Unterstützung der Stahlkapitalisten bei der Subventionsbeschaffung gegen weitergehende Sicherung – wenn möglich Erweiterung – der Montanmitbestimmung.

Praktisch ist der Vorschlag des IG-Metall-Vorstandes insofern nützlich, als er dem Kampf für die 35-Stunden-

sieren können.

Ausgangspunkt und Hauptschwäche des *Vorschlags des IG-Metall-Vorstands* ist das Klammern an die zerbröselnden Ruinen sozialpartnerschaftlicher Zusammenarbeit mit den Stahlkapitalisten. Der Vorschlag ist auch ausdrücklich als Gesprächsgrundlage an die westdeutschen Stahlkonzerne adressiert. Nicht die Ursachen sollen beseitigt, sondern die Krisenfolgen für die Arbeiter gedämpft werden und der Unvernunft der Kapitalisten sollen durch staatliche Auflagen gewerkschaftliche Fesseln gelegt werden.

Die Stärke dieses Vorschlags liegt darin, daß mit dem Plan einer ,,europäischen Lösung" auch der Weg freigemacht wird für einheitliche Aktionen der westeuropäischen Arbeiterbewegung. Schon am Tag der Ministerratssitzung fand in Brüssel eine Demonstration mit 5000 Teilnehmern statt, organisiert von den westeuropäischen Gewerkschaften.

Letzlich haben wohl auch etliche Vorstandsmitglieder noch einen Kuhhandel im Auge: Unterstützung der Stahlkapitalisten bei der Subventionsbeschaffung gegen weitergehende Sicherung – wenn möglich Erweiterung – der Montanmitbestimmung.

Praktisch ist der Vorschlag des IG-Metall-Vorstandes insofern nützlich, als er dem Kampf für die 35-Stunden-

woche – wie auch für die Beschränkung der Schichtarbeiter und für frühere Verrentung – weitere Argumente zuführt und auch dadurch erleichtert, daß diese Auseinandersetzungen im Rahmen der EG geführt werden sollen, sodaß so positive Faktoren wie kürzere Normalarbeitszeit in einigen Ländern und der Mitterrand-Vorschlag genutzt werden können. Das Problem der Aufhebung des Privateigentums ist infolge der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise und der Klassenauseinandersetzungen in der BRD akut: diese Debatte unterdrücken zu wollen, ist in jeder Hinsicht ein Fehler des Vorstandes der IG Metall. Mit der Variante 2 gibt das Memorandum ein interessantes Modell der Vergesellschaftung der Produktion.

Im übrigen werden Fragen aufgeworfen: kann die Enteignung der Kapitalisten branchenweise vorangetrieben werden bis zu einem Punkt, wo sich die Widersprüche auf entweder Konterrevolution oder Vollstreckung der Enteignung der Kapitalistenklasse verschärfen, oder ist auch der Weg denkbar, daß über die Bildung mitbestimmter Sozial- und Wirtschaftsräte auf allen Ebenen der Gebietskörperschaften schließlich die Widersprüche so eskalieren, daß die Arbeiterklasse unter Ausschaltung der Kapitalistenklasse diese als demokratische Herrschaftsorgane nutzen kann? Bei beiden Wegen bleibt zu klären, wie die Parlamente zur politischen Organisierung der Arbeiterklasse genutzt werden können und wie der konterrevolutionäre Einsatz der staatlichen Machtorgane verhindert werden kann.

Vorschläge des Vorstandes der IGM zur Bewältigung der Strukturprobleme

Diese Zusammenstellung fußt auf einer Presseerklärung des Vorstandes der IG Metall vom 15. Mai 1981 mit dem Titel: ,,IG Metall fordert Strukturprogramm für die Stahlindustrie" und einem Thesenpapier mit dem Titel ,,Entwurf von Vorschlägen der IG Metall zur Bewältigung der Strukturprobleme in der Stahlindustrie", das dem geschäftsführenden Vorstandsmitglied der IGM Lutz Dieckerhoff am 11. Mai 1981 als Grundlage diente für einen Vortrag vor Funktionären der IGM in Hagen. ,,Entwurf" und Presseerklärung stimmen im Inhalt und Aufbau überein. Ein von der Pressestelle der IGM angekündigtes Programm wurde bisher nicht veröffentlicht.

1. Einschätzung der Lage in der Stahlindustrie:

- Musterbeispiel von Fehlsteuerung durch Großunternehmen.
- Unternehmen bauten zu großen Kapazitäten auf.
- Investitionslenkung der ,,Hohen Behörde" mit leichter Hand konnte das nicht verhindern.
- Freie Marktpreisentwicklung artete in Preiskampf um Marktanteile aus.
- Durch Regierungssubventionen rückständiger Teile der EG-Stahlindustrie und Kartellbeschränkungen des Preiskampfes durch die Hohe Behörde wurde vermieden, daß diese Rivalität zu Stillegungen und Massenentlassungen auf dem Rücken der Arbeitnehmer führten.
- Der gemeinsame Stahlmarkt steht vor der Auflösung, da Mitgliedsländer wegen der beschäftigungspolitischen Bedeutung der Stahlindustrie deren Erhaltung in eigene Hände nehmen.
- Zwecks Bewahrung der Arbeitnehmer vor den Konsequenzen unternehmerischer Fehlsteuerung macht die IG Metall Vorschläge zur Sanierung der Stahlindustrie in der Europäischen Gemeinschaft.

2. Welche Ziele sollen erreicht werden?

Ziel des EG-Stukturprogramms ist die langfristige Sicherung der Beschäftigung in den Stahlrevieren. Es handelt sich nicht nur um Sektoren-, sondern auch um Regionalpolitik. Orientierung der Produktionsmengen an den allgmeinen Zielen der EG-Kommission.

- Kein Aufbau neuer Überkapazitäten, Ersetzung veralteter Anlagen durch kleinere Kapazitäten, Stillegung der ältesten Kapazitäten.
- Keine Stillegung ohne Ersatzarbeitsplätze in erreichbarer Nähe, Förderung

Diese Zusammenstellung fußt auf einer Presseerklärung des Vorstandes der IG Metall vom 15. Mai 1981 mit dem Titel: ,,IG Metall fordert Strukturprogramm für die Stahlindustrie" und einem Thesenpapier mit dem Titel ,,Entwurf von Vorschlägen der IG Metall zur Bewältigung der Strukturprobleme in der Stahlindustrie", das dem geschäftsführenden Vorstandsmitglied der IGM Lutz Dieckerhoff am 11. Mai 1981 als Grundlage diente für einen Vortrag vor Funktionären der IGM in Hagen. ,,Entwurf" und Presseerklärung stimmen im Inhalt und Aufbau überein. Ein von der Pressestelle der IGM angekündigtes Programm wurde bisher nicht veröffentlicht.

1. Einschätzung der Lage in der Stahlindustrie:

- Musterbeispiel von Fehlsteuerung durch Großunternehmen.
- Unternehmen bauten zu großen Kapazitäten auf.
- Investitionslenkung der ,,Hohen Behörde" mit leichter Hand konnte das nicht verhindern.
- Freie Marktpreisentwicklung artete in Preiskampf um Marktanteile aus.
- Durch Regierungssubventionen rückständiger Teile der EG-Stahlindustrie und Kartellbeschränkungen des Preiskampfes durch die Hohe Behörde wurde vermieden, daß diese Rivalität zu Stillegungen und Massenentlassungen auf dem Rücken der Arbeitnehmer führten.
- Der gemeinsame Stahlmarkt steht vor der Auflösung, da Mitgliedsländer wegen der beschäftigungspolitischen Bedeutung der Stahlindustrie deren Erhaltung in eigene Hände nehmen.
- Zwecks Bewahrung der Arbeitnehmer vor den Konsequenzen unternehmerischer Fehlsteuerung macht die IG Metall Vorschläge zur Sanierung der Stahlindustrie in der Europäischen Gemeinschaft.

2. Welche Ziele sollen erreicht werden?

Ziel des EG-Stukturprogramms ist die langfristige Sicherung der Beschäftigung in den Stahlrevieren. Es handelt sich nicht nur um Sektoren-, sondern auch um Regionalpolitik. Orientierung der Produktionsmengen an den allgmeinen Zielen der EG-Kommission.

- Kein Aufbau neuer Überkapazitäten, Ersetzung veralteter Anlagen durch kleinere Kapazitäten, Stillegung der ältesten Kapazitäten.
- Keine Stillegung ohne Ersatzarbeitsplätze in erreichbarer Nähe, Förderung
von Ersatzarbeitsplätzen auch im metallverarbeitenden Berech nach Art. 56, 1b und 2a, Ausbau der Infrastruktur.
- Diversifizierung in den Stahlrevieren und den Stahlkonzernen zur Minderung der Krisenanfälligkeit.
- Arbeitsmarktpolitik mit Anpassungs- und Umstellungsmaßnahmen nach Artikel 56, 1c und 2b, auch für arbeitslose Arbeitnehmer.
- Arbeitszeitverkürzung in allen Formen: Wochenarbeitszeit und 5. Schicht, Urlaub, Altersgrenze und Frühpensionierung, vordringlich ist die Herabsetzung der Altersgrenze auf 55 Jahre für Beschäftigte in Warmbetrieben.
- Strukturprogramme bedürfen der Zustimmung der Arbeitnehmervertreter bzw. der Gewerkschaften, vertragliche Sicherung von Beschäftigung, Einkommen und Mitbestimmungsrechten.
- Erfolgskontrolle mit Sanktionsmöglichkeiten insbesondere bzgl. der Beschäftigungssicherung.

3. Welche Maßnahmen sollen ergriffen werden?

Die Lösung der Stahlstrukturprobleme in der Bundesrepublik muß zwischen Bundesregierung, Bundesländern, Unternehmern und IG Metall abgestimmt werden.

- Nationale Maßnahmen müssen EG-konform sein (siehe 2.)
- Importzölle werden abgelehnt.
- Unternehmen sollen in Zusammenarbeit mit Kommunen, Landesregierungen, Bundesregierung und IG Metall Programme zur Beschäftigungssicherung aufstellen, Verträge mit IGM und DGB.
- Öffentliche Fördermittel sollen bereitgestellt und entsprechen Vorschlägen des DGB kontrolliert werden.
- Öffentliche Fördermittel könnten Teil eines 2. Programms für Zukunftsinvestitionen sein.
- Stahlreviere sollen in ,,Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" aufgenommen werden, Investitionszulagen nur mit beschäftigungspolitischen Auflagen und entsprechend EG-Kriterien (siehe 2.), Ausbau von Infrastruktur und Bildungseinrichtungen, Nutzung der freiwerdenden Grundstücke.
- Arbeitsmarktpolitik: Verstärkung der Anpassungs- und Umstellungsmaßnahmen.

4. Mitbestimmung, Demokratisierung:

Ohne Sicherung und Ausbau der Mitbestimmungsrechte ist kein Strukturprogramm denkbar.

- Entsprechend dem DGB-Grundsatzprogramm muß die
- Montanmitbestimmung auf alle Großunternehmen ausgedehnt werden,
- Unternehmensverfassung so geändert werden, daß die mitbestimmten Organe gestärkt werden und in allen wichtigen Entscheidungsprozessen volle Parität von Kapital und Arbeit gewährleistet ist.
- In Ergänzung der Montanmitbestimmung ist eine gesamtwirtschaftliche Mitbestimmung in Form von Wirtschafts- und Sozialräten in Bund, Ländern und auf regionaler Ebene notwendig.
- Die Grundsätze der wirtschaftlichen Mitbestimmung sollen nicht nur in der BRD, sondern in der EG verwirklicht werden.

Verstaatlichungsmodelle im Gutachten Alternative Wirtschaftspolitik (Memorandum)

Diese Zusammenfassung fußt auf dem Anhang IIc des Alternativen Wirtschaftsgutachtens, das in diesem Frühjahr von einer größeren Gruppe linker Wirtschaftswissenschaftler herausgegeben wurde. Diese Ausarbeitung mit dem vollen Titel ,,Ein Beispiel gesellschaftlicher Strukturreformen: die Vergesellschaftung der Eisen- und Stahlindustrie" ist auch unter dem Namen ,,Memorandum" bekannt geworden. Die Vorstände von DGB und IGM haben in diesem Jahr erstmals die Veröffentlichung des Alternativen Wirtschaftsgutachtens im Bund-Verlag untersagt, und so soll es demnächst im Verlag Pahl-Rugenstein erscheinen.

1. Einschätzung der Lage in der Stahlindustrie:

- Der Versuch, Marktanteile zu vergrößern und Produktivitätsvorsprünge zu erreichen, führte aufgrund des Fehlens einer gemeinsamen Investitionsplanung zwangsläufig zu Überinvestitionen.
- Im Ergebnis dieser privatwirtschaftlichen Konkurrenzrationalität wird die Kluft zwischen Stahlkapazitäten und -nachfrage immer größer.
- Die Stahlkrise ist inzwischen derart tief, daß die Konzerne Massenentlassungen nicht mehr umgehen wollen und aus den ,,Marktkräften" produzierte Ersatzarbeitsplätze nirgends zu gewinnen sind.
- Die ,,marktwirtschaftliche" Lösung des Überkapazitätsproblems würde damit einen regional- und unternehmenskonzentrierten Arbeitsplatzeinbruch bewirken.

2. Welche Ziele sollen erreicht werden?

- Die Stahlindustrie in der BRD soll im langfristigen Durchschnitt den *inländischen Bedarf an Stahl decken*, kurzfristige Schwankungen sollen durch Außenhandelsgeschäfte oder hauptsächlich durch Lagerbewegungen aufge-

- In Ergänzung der Montanmitbestimmung ist eine gesamtwirtschaftliche Mitbestimmung in Form von Wirtschafts- und Sozialräten in Bund, Ländern und auf regionaler Ebene notwendig.
- Die Grundsätze der wirtschaftlichen Mitbestimmung sollen nicht nur in der BRD, sondern in der EG verwirklicht werden.

Verstaatlichungsmodelle im Gutachten Alternative Wirtschaftspolitik (Memorandum)

Diese Zusammenfassung fußt auf dem Anhang IIc des Alternativen Wirtschaftsgutachtens, das in diesem Frühjahr von einer größeren Gruppe linker Wirtschaftswissenschaftler herausgegeben wurde. Diese Ausarbeitung mit dem vollen Titel ,,Ein Beispiel gesellschaftlicher Strukturreformen: die Vergesellschaftung der Eisen- und Stahlindustrie" ist auch unter dem Namen ,,Memorandum" bekannt geworden. Die Vorstände von DGB und IGM haben in diesem Jahr erstmals die Veröffentlichung des Alternativen Wirtschaftsgutachtens im Bund-Verlag untersagt, und so soll es demnächst im Verlag Pahl-Rugenstein erscheinen.

1. Einschätzung der Lage in der Stahlindustrie:

- Der Versuch, Marktanteile zu vergrößern und Produktivitätsvorsprünge zu erreichen, führte aufgrund des Fehlens einer gemeinsamen Investitionsplanung zwangsläufig zu Überinvestitionen.
- Im Ergebnis dieser privatwirtschaftlichen Konkurrenzrationalität wird die Kluft zwischen Stahlkapazitäten und -nachfrage immer größer.
- Die Stahlkrise ist inzwischen derart tief, daß die Konzerne Massenentlassungen nicht mehr umgehen wollen und aus den ,,Marktkräften" produzierte Ersatzarbeitsplätze nirgends zu gewinnen sind.
- Die ,,marktwirtschaftliche" Lösung des Überkapazitätsproblems würde damit einen regional- und unternehmenskonzentrierten Arbeitsplatzeinbruch bewirken.

2. Welche Ziele sollen erreicht werden?

- Die Stahlindustrie in der BRD soll im langfristigen Durchschnitt den *inländischen Bedarf an Stahl decken*, kurzfristige Schwankungen sollen durch Außenhandelsgeschäfte oder hauptsächlich durch Lagerbewegungen aufge-
fangen werden.
- Im Falle von langfristigen Änderungen in Zahl und Qualität der *Arbeitsplätze* keine Entlassungen, sondern Umsetzungen auf Grundlage vollwertiger Umschulungen und ohne Einkommenseinbußen. Für gleichwertige Arbeitsplätze ist zu sorgen.
- Im Falle regionalen und globalen Abbaus von Stahlkapazitäten muß dies im Rahmen einer *Regionalen- und Strukturpolitik* erfolgen, die die ökonomischen und sozialen Lebens- und Entwicklungsbedingungen der Stahlreviere sichert.
- Zwecks *Demokratisierung* muß gegen die Liquidierungspläne bzgl. der Montanmitbestimmung diese gesichert werden, und es muß dafür gesorgt werden, daß längerfristig folgenreiche Strukturentwicklungen von den betroffenen Belegschaftsmitgliedern und der betroffenen Bevölkerung mitgestaltet werden können.

3. Welche Maßnahmen sollen ergriffen werden?

Zwei Möglichkeiten der Vergesellschaftung der Stahlindustrie:

- *Variante a:* Vergesellschaftung des Stahlsektors
- Gründung einer Stahl AG durch und im Besitz von Bund und Ländern.
- Enteignung des Stahlbereichs der Konzerne nach Art. 15 des GG.
- Entschädigung der Altgesellschaften durch langfristige staatliche Schuldverschreibungen.
- Bildung von drei oder vier regionalen Betriebsführungsgesellschaften.
- Einrichtung eines zentralen Stahl-Rats aus Vertretern von Bund/Ländern, der IG Metall, der regionalen Geschäftsleitungen und Betriebsräte.

Variante 2: Vergesellschaftung der Stahlkonzerne

- Enteignung der Stahlkonzerne bzw. der westdeutschen Obergesellschaften.
- Eigentümer sollen öffentliche Fonds sein, in denen die Interessenvertreter der Beschäftigten, Vertreter der Gewerkschaften und des Staats bzw. der Parlamente die Entscheidungskompetenz haben.
- Einrichtung eines zentralen Stahl-Rats aus Staatsvertretern, Vertretern der Gewerkschaften und Betriebsräten sowie Vertretern der Zulieferer- und Abnehmerbranchen.

4. Mitbestimmung, Demokratisierung:

- Sicherung und Ausbau der Montanmitbestimmung gemäß den gewerkschaftlichen Vorstellungen.
- Betriebliche Interessenvertretungen haben Veto- und Initiativrechte in Bezug auf die Konzernplanung.
- Ständige Mitwirkung der Gewerkschaften an der Planung des Stahl-Rats.
- Abbau von Beschränkungen der Informationsweitergabe.



Im mexikanischen VW-Werk in Puebla haben in der letzten Woche 14500 Arbeiter einen sechstägigen Streik beendet und nahmen ein Lohnangebot der Geschäftsführung von 36% Erhöhung an. Das erste Angebot von 33%, bei einer Forderung von 38%, war abgelehnt und der Streik geführt worden. Die Inflationsrate liegt offiziell zur Zeit bei gut 30%.

Richter-Verfügung zu Ford-Amsterdam

acm. In einer einstweiligen Verfügung ordnete ein Amsterdamer Richter an, daß der Ford-Konzern das Montagewerk in Amsterdam nicht schließen und keine Entlassungen durchführen darf, bis ein höheres Arbeitsgericht über den Antrag der Gewerkschaften entschieden hat, die „Lebenschancen" des Werkes zu untersuchen. Gleichzeitig wurde verfügt, daß die 1200 Arbeiter die Besetzung des Werkes, womit sie seit Anfang Juli die Schließung verhindern, einstellen müssen.

Streikmeldungen aus Jugoslawien

dpa/a. In Jugoslawien kommt es nach Feststellung der Gewerkschaften immer häufiger zu Arbeitsniederlegungen. Nach einer Meldung der Nachrichtenagentur Tanjug verlangen die Arbeiter dabei in der Regel höhere Löhne oder eine pünktliche Auszahlung ihrer Bezüge. Keiner der Streiks habe politischen Charakter gehabt. In den vergangenen 15 Monaten seien 300 Arbeitsniederlegungen in allen sechs Republiken und zwei Provinzen bei einer Beteiligung von 13000 Arbeitern registriert worden.

Englische Bergleute fordern 25 Prozent mehr Lohn

acm. Auf einer Delegiertenkonferenz der Nationalen Gewerkschaft der Bergleute verabschiedeten die Kohlearbeiter fast einstimmig die Aufstellung einer Lohnforderung um durchschnittlich 25% für die Lohnverhandlungen im Herbst. Dieser Beschluß ist eine direkte Kampfansage an die Regierung Thatcher, die bekundet hat, die Obergrenze für Lohn- und Gehaltserhöhungen liege bei 6%. Die kampferfahrenen Bergarbeiter, die schon 1972 und 1974 erfolgreiche Lohnkämpfe führten, haben zu Beginn dieses Frühjahrs Entlas-

hindern, einstellen müssen.

Streikmeldungen aus Jugoslawien

dpa/a. In Jugoslawien kommt es nach Feststellung der Gewerkschaften immer häufiger zu Arbeitsniederlegungen. Nach einer Meldung der Nachrichtenagentur Tanjug verlangen die Arbeiter dabei in der Regel höhere Löhne oder eine pünktliche Auszahlung ihrer Bezüge. Keiner der Streiks habe politischen Charakter gehabt. In den vergangenen 15 Monaten seien 300 Arbeitsniederlegungen in allen sechs Republiken und zwei Provinzen bei einer Beteiligung von 13000 Arbeitern registriert worden.

Englische Bergleute fordern 25 Prozent mehr Lohn

acm. Auf einer Delegiertenkonferenz der Nationalen Gewerkschaft der Bergleute verabschiedeten die Kohlearbeiter fast einstimmig die Aufstellung einer Lohnforderung um durchschnittlich 25% für die Lohnverhandlungen im Herbst. Dieser Beschluß ist eine direkte Kampfansage an die Regierung Thatcher, die bekundet hat, die Obergrenze für Lohn- und Gehaltserhöhungen liege bei 6%. Die kampferfahrenen Bergarbeiter, die schon 1972 und 1974 erfolgreiche Lohnkämpfe führten, haben zu Beginn dieses Frühjahrs Entlas-sungen und Zechenschließungen weitgehend verhindern können.

Tarifverhandlungsplattform des EGB

HB/a. In einem einstimmigen Beschluß hat der Exekutivausschuß des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) seinen Mitgliedsbünden in den EG-Ländern empfohlen, eine Konzentration auf drei gemeinsame Themen für künftige Tarifverhandlungen vorzunehmen. Dies sind a) die vorrangige Verbesserung der Niedrig-Einkommen, b) die Abschaffung von außertarifvertraglichen Arbeitsverhältnissen und c) die Verstärkung der gewerkschaftlichen Rechte auf Information über Pläne zur Einführung neuer Technologien. Bei a) ginge es um die Abschaffung „anormal niedriger Lohnkategorien" in allen Ländern; bei b) vor allem gegen befristete Arbeitsverträge und Leiharbeit; bei c) um die Durchsetzung von Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechten. Diese Vorschläge seien nicht bindend, würden aber eine einheitliche Front und Erfolge in den einzelnen Ländern erleichtern.

DGB-Rheinland-Pfalz gegen US-Giftgaslager

acm. Der DGB-Landesvorsitzende von Rheinland-Pfalz, Lehlbach, kündigte am letzten Freitag an, daß der DGB mit verschiedensten Protestaktionen darauf hinwirken will, daß die in der Westpfalz in einer Menge von 2000 Tonnen gelagerte US-Nervengasmunition entweder vernichtet oder abtransportiert wird. Mit Unterschriftensammlungen und Demonstrationen soll auf die Gefahren aufmerksam gemacht werden, die von dem Giftgas ausgingen. Seine Menge reiche aus, die gesamte europäische Bevölkerung zu vernichten, und es existierten nicht einmal Katastrophenpläne für kleinere, geschweige denn größere Schadensfälle. In einem Brief an den Bundeskanzler hat Lehlbach diesen daran erinnert, daß er sich wiederholt gegen die Herstellung solcher Giftgase auf deutschem Boden ausgesprochen habe. Das müsse auch bedeuten, daß solche „Massenvernichtungsanlagen" nicht auf Bundesgebiet gelagert werden dürften. Nicht jede „Perversion der Militärstrategen und potentielle Barbarei" sei im Hinblick auf die Beteiligung der BRD am NATO-Bündnis hinzunehmen. – Noch im Mai hatte die Rheinland-Pfälzische Landesregierung erklärt, konkrete Hinweise für die Kampfgaslagerung gäbe es nicht, da ja Geheimhaltungspflicht bestände.

Job-Sharing – Zustimmung bei Stingl, Huber und Esser

acm. Als ein „phantasievolles Mittel zum Abbau der Arbeitslosigkeit" hat der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Stingl, Vorstellungen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, über die Teilung von Arbeitsplätzen, genannt Job-Sharing, bezeichnet. Auch Bundesministerin Huber hat den Vorschlag begrüßt. Insbesondere erbaut zeigte sich Esser vom Kapitalistenverband. Stingl und Huber sahen die Einführung als schwierig an, am besten ginge es wohl über Modellversuche. Esser erklärte, mehr als 200000 Frauen warteten auf einen solchen Teilzeitarbeitsplatz. – Der DGB hat inzwischen erklärt, eine solche Regelung würde grundsätzlich abgelehnt.

Kurzmeldungen

Die ersten 1000 Arbeiter bei Rollei Singapur sind jetzt entlassen worden. Sie

dürften. Nicht jede „Perversion der Militärstrategen und potentielle Barbarei" sei im Hinblick auf die Beteiligung der BRD am NATO-Bündnis hinzunehmen. – Noch im Mai hatte die Rheinland-Pfälzische Landesregierung erklärt, konkrete Hinweise für die Kampfgaslagerung gäbe es nicht, da ja Geheimhaltungspflicht bestände.

Job-Sharing – Zustimmung bei Stingl, Huber und Esser

acm. Als ein „phantasievolles Mittel zum Abbau der Arbeitslosigkeit" hat der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Stingl, Vorstellungen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, über die Teilung von Arbeitsplätzen, genannt Job-Sharing, bezeichnet. Auch Bundesministerin Huber hat den Vorschlag begrüßt. Insbesondere erbaut zeigte sich Esser vom Kapitalistenverband. Stingl und Huber sahen die Einführung als schwierig an, am besten ginge es wohl über Modellversuche. Esser erklärte, mehr als 200000 Frauen warteten auf einen solchen Teilzeitarbeitsplatz. – Der DGB hat inzwischen erklärt, eine solche Regelung würde grundsätzlich abgelehnt.

Kurzmeldungen

Die ersten 1000 Arbeiter bei Rollei Singapur sind jetzt entlassen worden. Sie sollen im Gegensatz zu Managern und ausländischen Fachkräften nicht in den Sozialplan des Braunschweiger Werkes einbezogen werden.

16000 Schiffsingenieure der griechischen Handelsflotte streiken für höhere Gehälter, Renten und Einführung des Krankengeldes. Bis zum 11. August sollen jeweils bei Hafenanlauf 3tägige Streiks durchgeführt werden.

Die Arbeitsbehörden in Spanien haben einen Antrag der spanischen Olivetti-Tochter auf Entlassung von 1541 von 2360 Arbeitern abgelehnt. Die Arbeitervertreter der Firma hatten auch Anzeichen entdeckt, daß Olivetti die Produktion von Barcelona nach Mexiko verlegen will, wegen billigerer Arbeitskräfte.

Die Verhandlungen über die Begrenzung des Bereitschaftsdienstes für Ärzte und Krankenhauspersonal sind ohne konkretes Ergebnis vertagt worden.

Im Tarifkampf des Einzelhandels ist jetzt für NRW ein Schlichtungsspruch angenommen worden. Er sieht die Anhebung der Tarifgehälter bei der Tarifgruppe Verkäuferinnen (60% aller Beschäftigten sind dort eingruppiert) um 90 DM ab 1.4. und weiterer 5 DM ab 1.2.82 vor. Auf das Jahr 81 berechnet sind es 5,07%.

Die GEW fordert die Einbeziehung der Beamten in die Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit, wenn eine Arbeitsmarktabgabe für alle Erwerbstätigen eingeführt wird. Als Begründung führte sie die über 10000 arbeitslosen Lehrer an, die keine Arbeitslosenunterstützung erhalten.

Der DGB hat Unterstützung der GGLF beschlossen. Die Gartenbaugewerkschaft ist in finanziellen Schwierigkeiten.

Klöckner Vertrauenskörper fordert Stahlkonferenz

mir./thw. Bremen. In einer mit großer Mehrheit angenommenen Resolution hat die Vertrauensleutevollversammlung der Klöckner Hütte Bremen am 1.7.81 den IGM-Vorstand aufgefordert, eine Konferenz aller Betriebsräte und Vertrauensleute der westdeutschen Stahlindustrie einzuberufen. Diese Resolution wurde auch von einem Vertreter der IGM-Ortsverwaltung Bremen unterstützt. Mitglieder der SPD-Betriebsgruppe hatten sich gegen diese Resolution gewandt: „Solidaritätsgedusel" mit anderen Belegschaften sei blauäugig, weil es in Bremen keine Arbeitsplätze sicherer. Die Parole „Quoten sind nicht unser Bier – Arbeitsplätze wollen wir", von Betriebsrat und Belegschaft gegen den Aufruf der Klöckner-Kapitalisten gerichtet, sie bei der Auseinandersetzung um die Quotenzuteilung solidarisch zu unterstützen, sei Quatsch und lenke ebenso wie die Forderung nach der 35-Stunden-Woche vom Problem ab. In diesem Fall müsse man gemeinsam mit dem Werksvorstand gegen die verantwortlichen Politiker vorgehen.

Demgegenüber wurde die Konferenz von der Vertrauenskörperleitung gerade mit der Notwendigkeit begründet, die Solidarität zu stärken, eine gemeinsame Strategie zu fördern und mögliche wie vorhandene Spaltungslinien zu beseitigen. In der Diskussion wurde, wie schon auf den vorhergegangenen Betriebsversammlungen, von den meisten Rednern auf den Gegensatz zwischen den Interessen der Belegschaft und denen des Werksvorstandes hingewiesen; darauf, daß der Werksvorstand voll durchrationalisiert habe und dies auch weiter plane, z.B. im Zusammenhang mit dem Bau einer zweiten Stranggußanlage, wodurch 650 Arbeitsplätze überflüssig würden; darauf, daß die Abteilungen ständig unterbesetzt seien, die Belegschaft daher völlig ausgelastet, wo nicht überlastet sei, ihre Lebenserwartung sinke und sie deshalb nicht noch mehr arbeiten könne. Ferner wurde darauf hingewiesen, daß in der EG-Quote Edel- und Sonderstähle nicht enthalten seien, weshalb der Werksvorstand bis in den Herbst hinein für die Warmbreitbandstraße eine Monatsproduktion von ca. 250000 t vorsehe, gegenüber der EG-Quote für Warmbreitband von 170000 t/Monat für die Klöckner Hütte, die laut Werksvorstand ca. 2000 Entlassungen bedeuten soll. Mit diesen Tatsachen belegten und bekräftigten die Vertrauensleute die Forderungen „55 Jahre Rentenalter, zumindest für Schichtarbeiter sofort" und „35-Stunden-Woche" sowie die Forderung nach Verstaatlichung der Stahlindustrie, wie sie in der Satzung der IGM vorgesehen sei. Schon auf der Betriebsversammlung im Juni wurde der SPD-Betriebsgruppe unter großem Beifall die Frage vorgehalten, warum Mitterrand mit der Verwirklichung solcher Forderungen beginne, Schmidt aber nicht!

Unter dem Tagesordnungspunkt „Friedensdemonstration des DGB Bremen am 1. September" setzten die Vertrauensleute ihre Diskussion um die Stellung zum gegenwärtig drohenden Krieg fort, die sie anläßlich der Aktionen gegen die Rekrutenvereidigung vor einem Jahr aufgenommen hatten. Der Debatte lag die im Anhang dokumentierte Resolution der Vertrauenskörperleitung zugrunde, die zuvor von der IGM-Vertreterversammlung beschlossen worden war. Einen Zusatz mit der Stoßrichtung Unterstützung des Krefelder Appells mußte die VK-Leitung im Interesse einer mehrheitlichen Annahme der Resolution zurückziehen, nachdem nicht nur Mitglieder der SPD-Betriebsgruppe, sondern auch andere Mitglieder des Vertrauenskörpers und insbesondere seiner Leitung diesen Zusatz angegriffen hatten.

Resolution der IGM-Vertrauensleutevollversammlung der Klöckner-Werke AG, Hütte Bremen, vom 1. Juli 1981

„Im Einklang mit dem Beschluß der IGM-Vertreterversammlung (Bremen) vom 23.5.81 stellen wir fest:
In Sorge um den Erhalt des Friedens und angesichts des bereits jetzt schon in Europa angehäuften nuklearen Vernichtungspotentials fordern wir die Bundesregierung auf, die Unterstützung des NATO-Beschlusses aufzugeben, neue Atomraketen in der Bundesrepublik zu stationieren. Es müssen sofort Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und den USA aufgenommen werden, mit dem Ziel, gleichgewichtig in Ost und West die Rüstung einzuschränken und besonders Atomraketen abzubauen.
Insbesondere fordern wir nachdrücklich alle Kolleginnen und Kollegen auf, für den Erhalt und die Sicherung des Friedens aktiv zu werden und deshalb den Antikriegstag 1. September gemeinsam mit allen Gewerkschaftern mit einer eindrucksvollen DGB-Friedensdemonstration zu begehen. Darüberhinaus begrüßen wir alle gegenwärtig laufenden Initiativen, in denen sich Millionen Menschen für den Abbau der Rüstung und gegen einen weiteren atomaren Wettlauf aussprechen." (Ohne Gegenstimme angenommen)



Betriebsversammlungen, von den meisten Rednern auf den Gegensatz zwischen den Interessen der Belegschaft und denen des Werksvorstandes hingewiesen; darauf, daß der Werksvorstand voll durchrationalisiert habe und dies auch weiter plane, z.B. im Zusammenhang mit dem Bau einer zweiten Stranggußanlage, wodurch 650 Ar-

union und den USA aufgenommen werden, mit dem Ziel, gleichgewichtig in Ost und West die Rüstung einzuschränken und besonders Atomraketen abzubauen.
Insbesondere fordern wir nachdrücklich alle Kolleginnen und Kollegen auf, für den Erhalt und die Sicherung des Friedens aktiv zu werden und deshalb den Antikriegstag 1. September gemeinsam mit allen Gewerkschaftern mit einer eindrucksvollen DGB-Friedensdemonstration zu begehen. Darüberhinaus begrüßen wir alle gegenwärtig laufenden Initiativen, in denen sich Millionen Menschen für den Abbau der Rüstung und gegen einen weiteren atomaren Wettlauf aussprechen." (Ohne Gegenstimme angenommen)



Kampf um Ein- und Höhergruppierung der Frauen

IG Metall erzielt Erfolge vor Gericht und in Betrieben / Heinze-Frauen-Prozeß im September

acm. Mit der Aktion „Zusammenhalt bringt Sicherheit – gerechte Eingruppierung" kann die IG Metall in den letzten Monaten zunehmend Erfolge im Kampf um die Ein- und Höhergruppierung verbuchen, und hat dabei auch insbesondere die Mitgliederzahl bei den Frauen erhöhen können.

Im Bereich der Velberter Verwaltungsstelle z.B. arbeiten etwa 10000 Frauen in der Schloß- und Beschlagindustrie und in Gießereien (insgesamt 32000 Beschäftigte). Nach einer Umfrage in 12 Betrieben mit 8600 Beschäftigten (dort sind 40% Frauen) stellte sich heraus, daß 68% der Frauen in Lohngruppe 2 beschäftigt werden. In den Betrieben und gewerkschaftlichen Kursen wurde der Kampf um Höhergruppierungen vorbereitet, jetzt konnten bei „Hülsbeck & Fürst", wo 600 Frauen in der Produktion arbeiten, davon 90% bislang in Lohngruppe 2, die ersten Umgruppierungen von 2 in 3 und von 3 in 4 durchgesetzt werden. Seit dem Herbst letzten Jahres wurden über 300 Arbeiterinnen in die Gewerkschaft aufgenommen, über 3000 Frauen sind jetzt in der Verwaltungsstelle organisiert. Auch über die Betriebsratswahlen konnte der Anteil der weiblichen Mitglieder erhöht werden, und damit sind auch noch bessere Voraussetzungen geschaffen, um den Kampf um die Höhergruppierung in den anderen Betrieben fortzusetzen. Dies ist nur ein Beispiel für die gezielte Durchführung der Kampagne.

In der letzten Woche hat die IG Metall außerdem vor dem Landesarbeitsgericht Hamm einen Musterprozeß für 4 Arbeiterinnen eines Wittener Kabelwerkes gewonnen, wo es ebenfalls um die Höhergruppierung von der Lohngruppe 2 in 3 ging.

Die Arbeiterinnen sind an Fließbändern eingesetzt, wo Kabelbäume hergestellt werden für den Einsatz in Autos. Die Frauen arbeiten stehend und im Gruppenakkord und müssen den 4,5 kg schweren Kabelbaum selber einhängen. Dies unter „geringe körperliche Belastung" zu fassen und damit in Lohngruppe 2 einzustufen, fällt nach dem Urteil flach. Nach diesem Urteil werden jetzt 100 weitere Arbeiterinnen eine Lohngruppe höher eingestuft werden müssen.

Ursula Ibler vom Geschäftsführenden Vorstand der IG Metall rief jetzt alle Arbeiterinnen auf, ihre Eingruppierung zu überprüfen und sich durch die Betriebsräte unterstützen zu lassen. Die IG Metall werde „rigoros" jede zu niedrige Eingruppierung bekämpfen und dabei Rechtsschutz durch alle Instanzen gewähren.

Von entscheidender Bedeutung für den Kampf „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" wird der Prozeß der Heinze-Frauen am 9. September vor dem Bundesarbeitsgericht in Kassel sein. 29 Frauen von Foto-Heinze in Gelsenkirchen, unterstützt durch die IG Druck und Papier, kämpfen um die Durchsetzung der gleichen übertariflichen Zulagen wie die Männer, die von den Frauen selber an den Filmentwicklungsmaschinen angelernt wurden. Auch erhalten nur die Männer die tarifliche Nachtschichtzulage.

Eine Entscheidung des Gerichts berührt in jedem Fall die sogenannte „Privatautonomie der Vertragspartner" – die „freiwillige übertarifliche Zulage". Setzen sich die Frauen durch, dann dürfte es in der BRD eine massenhafte Überprüfung der übertariflichen Zahlungen geben, und der Kapitalistenwillkür wären erhebliche Grenzen gesetzt. Ausgehend von der Bedeutung dieses Prozesses, wurden den Frauen am 4. Juli in Recklinghausen anläßlich der Ruhrfestspiele 45000 Unterstützungsunterschriften übergeben, und wird die IG Druck und Papier am 6. September in Kassel (Eissportstadion) eine Großkundgebung zur Unterstützung durchführen.

Humanisierung der Arbeitswelt:

Erfahrungen mit Volvos bandloser Autofabrik

oder wie sich im Kapitalismus sachliche Voraussetzungen für die Emanzipation der Arbeit gegen die Arbeit wenden



coi.Stockholm. In Vorbereitung ihres Anfang Juni stattgefundenen Kongresses hat die schwedische Metallarbeitergewerkschaft eine Schulungs- und Beratungskampagne „Metall in den 80er Jahren" unter ihren Mitgliedern durchgeführt. Es sollte u.a. geklärt werden, welche Forderungen die Mitglieder für die wichtigsten halten. An der Spitze der Liste stehen die Forderungen „Die Planung und Organisierung der eigenen Arbeit beeinflussen zu können" und „Abwechselung in der Arbeit".

Ihren Niederschlag hat diese Beratung u.a. auch im Bericht an den Kongreß „Metallarbeitsplatz in der Umwälzung" gefunden, dessen Forderungsteil vom Kongreß in das Aktionsprogramm der Gewerkschaft aufgenommen wurde. Eine der Forderungen lautet: „Die Arbeit soll auf solche Weise organisiert werden, daß jeder Arbeiter einer natürlichen Gruppengemeinschaft angehört. Die Gruppe soll Einfluß haben auf die Leitung und die Verteilung der Arbeit sowie auf die übrigen Arbeitsbedingungen innerhalb der Gruppe. Die gegenwärtige Steuerung im Detail muß aufhören und Planung und Kontrolle muß mit der Produktionsarbeit zusammengeführt werden". Die Gewerkschaft fordert weiter, daß die Metallarbeiter Einfluß ausüben können bei der Entwicklung und Anwendung neuer Produktionstechniken: Die neue Technik muß ihre Anwendung im Rahmen einer demokratischen Arbeitsorganisation finden, elektronische Datenverarbeitungssysteme sollen Hilfsmittel für die Menschen sein, neue Technik soll so eingesetzt werden, daß die Arbeit interessanter wird, statt sie ihres Inhalts zu berauben, sie muß so angewandt werden, daß die Solidarität zwischen den Menschen nicht untergraben wird, sie soll nicht nur aus Gründen der Produktion, sondern auch zwecks Verbesserung der Arbeitsbedingungen eingesetzt werden.

Die Autoren des Berichts stecken auch gleich den Rahmen für die Forderungen ab: „Die Unternehmen müssen weiterhin auf eine effektive Weise betrieben werden, aber," setzen sie fort, „wir sind davon überzeugt, daß innerhalb eines gegebenen ökonomischen Rahmens unterschiedliche Lösungen gefunden werden können, die mehr oder weniger gut sind für die Menschen."

Als Musterbeispiel dafür, wie sich die Forderung der Arbeiter nach besseren Arbeitsbedingungen und die des Kapitals nach effektiverer Verwertung (und dies ist ja der „ökonomische



me sollen Hilfsmittel für die Menschen sein, neue Technik soll so eingesetzt werden, daß die Arbeit interessanter wird, statt sie ihres Inhalts zu berauben, sie muß so angewandt werden, daß die Solidarität zwischen den Menschen nicht untergraben wird, sie soll nicht nur aus Gründen der Produktion, sondern auch zwecks Verbesserung der Arbeitsbedingungen eingesetzt werden.

Die Autoren des Berichts stecken auch gleich den Rahmen für die Forderungen ab: „Die Unternehmen müssen weiterhin auf eine effektive Weise betrieben werden, aber," setzen sie fort, „wir sind davon überzeugt, daß innerhalb eines gegebenen ökonomischen Rahmens unterschiedliche Lösungen gefunden werden können, die mehr oder weniger gut sind für die Menschen."

Als Musterbeispiel dafür, wie sich die Forderung der Arbeiter nach besseren Arbeitsbedingungen und die des Kapitals nach effektiverer Verwertung (und dies ist ja der „ökonomische



Die Montagebahn der Türen. Hier ist die Arbeitshetze am größten. Ein Arbeiter hat ½ Stunde Zeit, die an einer Schiene aufgehängte Tür über die Bahn zu schieben und alle Einbauten vorzunehmen.

Rahmen" in Schweden) verbindet, hat das Volvo PKW-Werk in Kalmar weltweite Berühmtheit erlangt. Es ist eine zeitlang zu einer Art Wallfahrtsort geworden zwecks Studium einer arbeiterfreundlichen Fabrik ohne Band und mit Arbeitergruppen, die ihre Arbeit selbst leiten. „Wir wollen in Kalmar eine Fabrikorganisation schaffen, die ohne Minderung der Effektivität und des wirtschaftlichen Ergebnisses den Angestellten die Möglichkeit schafft, in Gruppen zu arbeiten, frei zu kommunizieren, die Arbeitsaufgaben zu wechseln, den Arbeitstakt zu variieren, sich mit dem Arbeitsprodukt zu identifizieren, Verantwortung für die Qualität zu tragen sowie die Arbeitsverhältnisse zu beeinflussen", hatte Volvochef Gyllenhammar zur Fabrikgründung 1974 angekündigt.

Unter den im Kongreßbericht aufgeführten Beispielen für Fabriksarbeitsorganisationen, die die Belegschaften als positiv empfinden, fehlt jedoch das Volvowerk in Kalmar. Dies ist kein Zufall. Bereits im Oktober 1979 zitierte die „LO-Zeitung", das Organ des schwedischen Arbeitergewerkschaftsbundes mit der Balkenüberschrift „Keiner über 40 schafft Volvos behagliche Fabrik" den Vorsitzenden der Metallbetriebsgruppe in Kalmar. Und der beschreibt die Situation im Werk als „mindestens gleich schwierig wie in den traditionellen Automobilfabriken mit Bandsystem." Die Metallarbeitergewerkschaft hat trotz erklärter Absicht die Erfahrungen mit dieser Volvofabrik bisher nicht systematisch ausgewertet. Dies liegt u.a. daran, daß die Volvoleitung den Arbeitswissenschaftlern der Gewerkschaften den Zutritt zu den Arbeitsplätzen verweigert.

Montierwagenbahn und Produktionsgruppen statt starrem Band

Um selbst einen Einblick in die objektiven und subjektiven Bedingungen in

die „LO-Zeitung", das Organ des schwedischen Arbeitergewerkschaftsbundes mit der Balkenüberschrift „Keiner über 40 schafft Volvos behagliche Fabrik" den Vorsitzenden der Metallbetriebsgruppe in Kalmar. Und der beschreibt die Situation im Werk als „mindestens gleich schwierig wie in den traditionellen Automobilfabriken mit Bandsystem." Die Metallarbeitergewerkschaft hat trotz erklärter Absicht die Erfahrungen mit dieser Volvofabrik bisher nicht systematisch ausgewertet. Dies liegt u.a. daran, daß die Volvoleitung den Arbeitswissenschaftlern der Gewerkschaften den Zutritt zu den Arbeitsplätzen verweigert.

Montierwagenbahn und Produktionsgruppen statt starrem Band

Um selbst einen Einblick in die objektiven und subjektiven Bedingungen in

diesem Werk zu bekommen, habe ich mich mit zwei Arbeitern, Genossen von Volvo-Kalmar, zusammengesetzt. Ich stütze mich im folgenden im Wesentlichen auf ihre persönlichen Kenntnisse und Erfahrungen.

Die Volvofabrik in Kalmar ist eine reine Montagefabrik. Ca. 600 Beschäftigte setzen an die 135 PKWs täglich zusammen. Dies ist nur ca. 10% von Volvos gesamter PKW-Produktion und weniger als ein Fünftel der Produktion im Hauptwerk in Göteborg. In einem zweigeschossigen Gebäude, das die äußere Kontur von 4 zentrisch zusammengesetzten regelmäßigen Sechsecken hat, sind jeweils 15–20 Arbeiter in werkstattähnlichen, voneinander abgetrennten Abteilungen mit eigenen Pausen- und Umkleideräumen sowie separaten Eingängen in Produktionsgruppen zusammengefaßt. Jede Produktionsgruppe ist für die Montage eines Autoteils verantwortlich, z.B. der elektrischen Anlagen, des Heizungssystems, der Sicherheitsausrüstung usw. Die Produktionsgruppen sind durch die eckenreiche Konstruktion des Gebäudes um das zentrale Lager in der Mitte des Gebäudes gruppiert, so daß sie schnellen Zugang zu den benötigten Bauteilen haben. Im Obergeschoß wird die Karosserie montiert, im Untergeschoß das Chassis, wo auch die beiden Teile des Wagens zusammengefügt werden und die Schlußmontage erfolgt. Chassis und Karosserie bewegen sich jeweils auf batteriegetriebenen und über eine im Boden eingelassene Leitung durch den zentralen Computer gesteuerten Montierwagen. Eine unmontierte Karosserie z.B. wird am Anfang der Bahn auf einen Montierwagen gesetzt und mit der entsprechenden Modellspezifikation versehen. Nach Entfernung der Türen, die eine gesonderte Montagebahn in der der Karosserie gegenläufigen Richtung passieren, fährt der Montierwagen durch 12 Gruppenwerkstätten bis zur Zwischenkontrolle, nach der die fertigmontierten zugehörigen Türen wieder eingesetzt werden. Die Karosserie wird auf das von 3 Produktionsgruppen im Untergeschoß fertiggestellte zugehörige Chassis gesetzt, und das jetzt komplette Automobil wird durch weitere Produktionsgruppen endgültig fertigmontiert und justiert. Nach Anbringen des Unterbodenschutzes passiert es die Endkontrolle und ist dann zur Auslieferung klar.

gruppen sind durch die eckenreiche Konstruktion des Gebäudes um das zentrale Lager in der Mitte des Gebäudes gruppiert, so daß sie schnellen Zugang zu den benötigten Bauteilen haben. Im Obergeschoß wird die Karosserie montiert, im Untergeschoß das Chassis, wo auch die beiden Teile des Wagens zusammengefügt werden und die Schlußmontage erfolgt. Chassis und Karosserie bewegen sich jeweils auf batteriegetriebenen und über eine im Boden eingelassene Leitung durch den zentralen Computer gesteuerten Montierwagen. Eine unmontierte Karosserie z.B. wird am Anfang der Bahn auf einen Montierwagen gesetzt und mit der entsprechenden Modellspezifikation versehen. Nach Entfernung der Türen, die eine gesonderte Montagebahn in der der Karosserie gegenläufigen Richtung passieren, fährt der Montierwagen durch 12 Gruppenwerkstätten bis zur Zwischenkontrolle, nach der die fertigmontierten zugehörigen Türen wieder eingesetzt werden. Die Karosserie wird auf das von 3 Produktionsgruppen im Untergeschoß fertiggestellte zugehörige Chassis gesetzt, und das jetzt komplette Automobil wird durch weitere Produktionsgruppen endgültig fertigmontiert und justiert. Nach Anbringen des Unterbodenschutzes passiert es die Endkontrolle und ist dann zur Auslieferung klar.

Innerhalb der Produktionsgruppen wird entweder on line montiert oder auf Dock. On line heißt, daß ein Arbeiter (in manchen Gruppen 2 oder 3) einem Montierwagen durch die gesamte Gruppenwerkstatt folgt. An den Stationen, bis zu fünf an der Zahl, an denen die Einbauteile bereitliegen, bleibt der Wagen automatisch stehen, um sich nach einer vorprogrammierten Zeit zur nächsten Station in Bewegung zu setzen. Der Arbeiter kann auf dem Wagen stehend weitermontieren. Während der Fahrt hat der Monteur einen Wagen vor und hinter sich, auf denen jeweils ein Kollege arbeitet. Der Arbeitszyklus jedes Monteurs erstreckt sich so auf ca. 15 Min. und er führt dabei die gesamte Montagetätigkeit der Produktionsgruppe durch. Am Schluß fährt der Montierwagen in eine Art Parkplatz der nächsten Werkstatt, wo sich ein Pufferlager von einigen Wagen bilden kann, und der Arbeiter kehrt zu einem neuen Wagen im Puffer seiner eigenen Werkstatt zurück. Einige andere Produktionsgruppen, deren Bauteile an einem Ort konzentriert werden können, führen Dockmontage durch. In der Produktionsgruppe 1 der Karosseriebahn z.B. parken die Montierwagen während der gesamten Aufenthaltszeit in der Werkstatt. Während dieser knapp 10 Minuten legen jeweils 3 Arbeiter die elektrischen Hauptkabel. Danach setzt sich der Montierwagen automatisch zur benachbarten Werkstatt in Bewegung. Über die Montagearbeiter, die auf und an den Montierwagen arbeiten, einem Instrukteur, der die Gruppe leitet, und einem Lagerarbeiter, der für die Versorgung mit Bauteilen aus dem zentralen Lager verantwortlich ist, hinaus, haben manche Gruppen Vormonteure, die größere Einbauteile vormontieren. Z.B. sind in der Produktionsgruppe 28, in der Chassismontage, 6 Arbeiter mit der Vormontage der Vorderachse, 6 mit der Hinterachse, 6 mit dem Motor und 3 mit der Vormontage des Getriebes beschäftigt. 5 weitere Arbeiter montieren die zusammengesetzten Teile an 5 Stationen in das Fahrgestell ein.

Zentrale Steuerung bei hoher Flexibilität

Auch in Kalmar schimmert das alte Bandprinzip durch. Ein Auto kann halt nicht aus fertigen Teilelementen zusammengesetzt werden, wenn man von den beiden komplexen Teilen Karosserie und Fahrgestelle sowie den mannigfaltigen vormontiert gelieferten Einbauteilen wie Scheibenwischermotor absieht. Es wird also in einer Folge von aufeinander aufbauenden Teilmontagen zusammengesetzt. Die einzelnen Teiltätigkeiten der Arbeiter müssen also nicht nur vom konkreten Inhalt her, sondern auch zeitlich und räumlich zusammenpassen, damit ein kontinuierlicher Produktionsfluß erreicht wird.

In Göteborg wird den entlang des Bandes plazierten Arbeitern, deren Arbeitsgang auf wenige Handgriffe von kurzer Dauer reduziert ist, der Arbeitstakt durch die Bandgeschwindigkeit

Z.B. sind in der Produktionsgruppe 28, in der Chassismontage, 6 Arbeiter mit der Vormontage der Vorderachse, 6 mit der Hinterachse, 6 mit dem Motor und 3 mit der Vormontage des Getriebes beschäftigt. 5 weitere Arbeiter montieren die zusammengesetzten Teile an 5 Stationen in das Fahrgestell ein.

Zentrale Steuerung bei hoher Flexibilität

Auch in Kalmar schimmert das alte Bandprinzip durch. Ein Auto kann halt nicht aus fertigen Teilelementen zusammengesetzt werden, wenn man von den beiden komplexen Teilen Karosserie und Fahrgestelle sowie den mannigfaltigen vormontiert gelieferten Einbauteilen wie Scheibenwischermotor absieht. Es wird also in einer Folge von aufeinander aufbauenden Teilmontagen zusammengesetzt. Die einzelnen Teiltätigkeiten der Arbeiter müssen also nicht nur vom konkreten Inhalt her, sondern auch zeitlich und räumlich zusammenpassen, damit ein kontinuierlicher Produktionsfluß erreicht wird.

In Göteborg wird den entlang des Bandes plazierten Arbeitern, deren Arbeitsgang auf wenige Handgriffe von kurzer Dauer reduziert ist, der Arbeitstakt durch die Bandgeschwindigkeit

vorgegeben. Die Auswirkung für die Arbeiter kommt nicht nur in einem hohen Krankenstand, hohen Fehlzeiten und hoher Personalfluktuation zum Ausdruck; nicht von ungefähr gilt die Volvobelegschaft in Göteborg als eine der rebellischsten Teile der schwedischen Arbeiterklasse. Diese Auswirkungen wurden auch von Volvo als Begründung für die Einführung des neuen Fabriksystems in Kalmar angeführt. Dies ist aber nur ein Teil der Wahrheit. Das Bandsystem stößt durch seine relative Inflexibilität auf eine Schranke bezüglich der weiteren Steigerung der Produktivität. Abgesehen von Hauptmomenten des Widerstandes einer hochorganisierten Arbeiterbewegung gegen eine weitere Intensivierung und inhaltliche Entleerung der Arbeit, erzeugt eine weitere Arbeitsteilung am Band Probleme bei der zeitlichen Abstimmung der Tätigkeiten an den örtlich festgelegten Arbeitsstationen, die ja Voraussetzung eines kontinuierlichen Flusses ist. Außerdem steigt die reine Transportzeit zwischen den Stationen, deren Zahl ja steigen müßte.

Der Fortschritt des Kalmarwerkes liegt in einer zentralgesteuerten und gleichzeitig sehr flexiblen Arbeitsorganisation, deren Hauptelement die EDV-Anlage ist. Die Flexibilität wird gerade erreicht durch die Einrichtung der Produktionsgruppen, die ihre Arbeit in einem, wenn auch äußerst beschränkten Rahmen beweglich organisieren können sowie durch ein Puffersystem zwischen den einzelnen Produktionsgruppen. Mit Hilfe des Rechnersystems hat die Volvoleitung nicht nur einen genauen Überblick über den Verlauf der Produktion, z.B. über den Standort jeden Montierwagens zu jedem Zeitpunkt, sondern auch die Möglichkeit, den Produktionstakt je nach Marktnachfrage nach Volvo-PKWs und Anzahl der anwesenden Arbeiter bei möglichst optimaler Ausnutzung der Anlagen und Vernutzung der Arbeitskräfte zu verändern. Dies wird durch „umbalancieren" der Arbeit erreicht. Da alle Tätigkeiten der Arbeiter mittels MTM-System zeitlich vergleichbar gemacht worden sind, können sie leicht unter einer veränderten Anzahl Arbeiter verteilt werden. Z.B. können Arbeiter aus der Vormontage zur Montage umgesetzt werden, dann muß jetzt die gewachsene Zahl der Montagearbeiter einzelne Tätigkeiten der Vormontage mitübernehmen bei obendrein noch verkürzten Stillstandszeiten der Montierwagen. Diese wissenschaftlich exakte Bilanzierung ermöglicht es dem Kapital, unter allen Umständen die Poren des Arbeitstages fast gänzlich zu stopfen. Mit Hilfe dieses ausgeklügelten Systems hat Volvo eine Auslastung von fast 93% (gegenüber noch 85% 1978) der Arbeitszeit unter Einbeziehung aller unvorhergesehenen Störungen erreicht bei einem für die gesamte Belegschaft vereinbarten Akkordsatz von 111%. Hier wird schon deutlich, wie eng der Rahmen für die Selbstbestimmung der einzelnen Produktionsgruppen ist.

nachfrage nach Volvo-PKWs und Anzahl der anwesenden Arbeiter bei möglichst optimaler Ausnutzung der Anlagen und Vernutzung der Arbeitskräfte zu verändern. Dies wird durch „umbalancieren" der Arbeit erreicht. Da alle Tätigkeiten der Arbeiter mittels MTM-System zeitlich vergleichbar gemacht worden sind, können sie leicht unter einer veränderten Anzahl Arbeiter verteilt werden. Z.B. können Arbeiter aus der Vormontage zur Montage umgesetzt werden, dann muß jetzt die gewachsene Zahl der Montagearbeiter einzelne Tätigkeiten der Vormontage mitübernehmen bei obendrein noch verkürzten Stillstandszeiten der Montierwagen. Diese wissenschaftlich exakte Bilanzierung ermöglicht es dem Kapital, unter allen Umständen die Poren des Arbeitstages fast gänzlich zu stopfen. Mit Hilfe dieses ausgeklügelten Systems hat Volvo eine Auslastung von fast 93% (gegenüber noch 85% 1978) der Arbeitszeit unter Einbeziehung aller unvorhergesehenen Störungen erreicht bei einem für die gesamte Belegschaft vereinbarten Akkordsatz von 111%. Hier wird schon deutlich, wie eng der Rahmen für die Selbstbestimmung der einzelnen Produktionsgruppen ist.

Die „selbstleitende Gruppe": Nur noch ein Mythos

Die entscheidende Veränderung für die Arbeiter ist der längere Arbeitszyklus und die Möglichkeit, im rotierenden Verfahren die Arbeitsaufgaben zu verändern. Erfahrene Arbeiter können aus einem „Pool" bei Bedarf an andere Produktionsgruppen ausgeliehen werden. Trotz dieser positiven Veränderungen, die sich tatsächlich in einem niedrigeren Krankenstand, weniger Fehlzeiten, geringerer Fluktuation (85% der Belegschaft bekommt die maximale Betriebszugehörigkeits- und Anwesenheitsprämie) sowie höherer Qualitätsziffer von 84% als in Göteborg niederschlagen, zeichnet sich die Arbeit nach einiger Zeit durch eine ähnliche Monotonie wie am klassischen Band aus. Der längere Arbeitszyklus wird zur Aneinanderreihung von monotonen Einzeltätigkeiten, die unter dem Druck des Akkordes noch unerträglicher werden. Dies gebiert die Jagd nach der Extrapause und hat eine zentrifugierende Wirkung auf die Belegschaft. Die erfahrenen und noch relativ jungen Monteure können durch Intensivierung ihrer Arbeit und durch Verkürzung der Stillstandszeiten der Montierwagen an den Stationen oder im Dock mittels Steuerknopfes am Montierwagen zusätzliche Pausen von bis zu 15–20 Minuten herausarbeiten. Die alten und vor allem die neu Angestellten ohne Routine können da

Fortsetzung Seite 14

Kapitalistenvorstellungen:

Neue Arbeitszeitpolitik gegen 35-Stundenwoche

geh. Arbeitgeberpräsident O. Esser warnte Anfang der Woche über die ,Bild'-Zeitung die Westdeutschen vor der Arbeitszeitverkürzung. „Es ist noch kein Problem dadurch gelöst worden, daß man weniger arbeitet".

Die Nicht-Arbeiter wie O. Esser von der BDA wissen auch sonst, was dem deutschen Arbeiter wohl tut. „Die körperlichen Belastungen der Arbeitnehmer sind durch fortschreitende technische und tarifvertragliche Entwicklungen ständig und nachweisbar zurückgegangen. Über die Verbreitung geistig-psychologischer Belastungen und deren Auswirkungen liegen aussagefähige wissenschaftliche Erkenntnisse bisher kaum vor. Arbeitsmedizin, Arbeitswissenschaft und Sozialwissenschaft sind sich weitgehend darin einig, daß eine Vierzig-Stunden-Woche nicht nur human ist, sondern auch den gesellschaftlichen Vorstellungen von der Arbeit entspricht."

Die Dreistigkeit ihrer blanken Lügen soll die eigentliche Schwachstelle in ihrer ideologischen Verteidigung der 40- und mehr-Stundenwoche verdecken.

Die Arbeitszeit dürfe nicht weiter verkürzt werden, denn das treibe nicht nur die Lohnkosten in die Höhe, sondern auch die Kapital- und Fixkosten für die zu schaffenden weiteren Arbeitsplätze. Alleine eine Stunde Arbeitszeitverkürzung verursache eine Verteuerung der Kosten je Beschäftigten um etwa 3 – 5,5% je Beschäftigten. Bei dieser Betrachtung soll verwischt werden, daß vermutlich gleichzeitig eine Produktivitätssteigerung einhergeht. In einer Berechnung des IAB, eines Instituts der Bundesanstalt für Arbeit, wurde berechnet, daß sich unter der Annahme eines 50%-Ausgleichs durch Produktivitätssteigerungen eine Lohnstückkostensteigerung von 1,2% ergäbe. Würde der Ausgleich lediglich durch Neueinstellungen erzielt, stiegen die Lohnstückkosten um 2,3%.

Aus O. Essers berufenem Munde erfuhr man: „Im Vergleich zu unseren wichtigsten Konkurrenten haben wir heute schon die kürzeste Arbeitszeit. Die Japaner arbeiten z.B. 264 Stunden mehr, die Amerikaner 196 Stunden. Jede weitere Verkürzung führt dazu, daß unsere Produkte auf dem Weltmarkt weniger wettbewerbsfähig und daß Arbeitsplätze gefährdet werden".

Überdies, so die BDA in ihrer Entgegnung auf die gewerkschaftliche Forderung nach Arbeitszeitverkürzung, senke diese die Arbeitslosigkeit nicht, denn sie werde im wesentlichen durch Überstunden abgefangen. Aber nur wenn man sie läßt. Und außerdem gibt es Untersuchungen über Arbeitszeitverkürzungen, nach denen kurzfristig die Verkürzung zu 50% durch eine Produktivitätssteigerung, zu 25% durch Überstunden und zu 25% durch Neueinstellungen ausgeglichen wurde. Langfristig aber zu 20% durch eine Produktivitätssteigerung und zu 80% durch Neueinstellungen. Das Beispiel der Verkürzung der Arbeitszeit in Österreich läßt aber auch den Einfluß verschiedener Konjunkturen erkennen. In der Hochkonjunktur wurde mehr durch Produktivitätssteigerungen ausgeglichen, in der Krise mehr durch Neueinstellungen bzw. durch Nicht-Kündigungen, aber die Verkürzung wurde auch nicht voll ausgeglichen. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt eine Ifo-Befragung bei westdeutschen Kapitalisten.

Kein Wunder, daß Jürgen Eick von der FAZ „eine Grenze der Arbeitszeitverkürzung ..., von der an der ökonomische Selbstmord einer Nation stattfindet", sichtet. Vor solchen Folgen soll die Kapitalisten der Schweiß, das Blut, ja auch der Tod von Arbeitern in den westdeutschen Fabriken bewahren. So eingestimmt, fragt ein BDA-Geschäftsführer im ,Arbeitgeber' 5/81 „ob die 40-StundenWoche ... vielleicht doch für absehbare Zeit so etwas ist wie der goldene Schnitt der Arbeitszeit".

Als „goldener Schnitt" wäre sie so etwas wie ein Naturgesetz. Das kann man ja auch nicht angreifen. Um diese zu halten, den Forderungen nach Verkürzung der Arbeitszeit begegnen zu könnnen, dient die „Neue Arbeitszeitpolitik".

Die Elemente der „Neuen Arbeitszeitpolitik"

Die Verkürzung der Arbeitszeit einer Woche, eines Jahres oder eines Arbeitslebens für *alle* ist die „Alte Arbeitszeitpolitik". Diese sei zu starr. Es gelte die unterschiedlichen Interessen der *einzelnen* Beschäftigten und Präferenzen nach Gestaltung ihrer Arbeits- bzw. Freizeit aufzunehmen und durch ein vielfältiges Angebot zu einer „flexiblen Arbeitszeitregelung" zu kommen. Folgende Modelle gibt es u.a.:

- Ausgehend von der 40-Stunden-Woche soll auch eine *90-, 80-, 70-, 60- und die übliche 50%-Option* vom Beschäftigten gewählt werden können. D.h. 90%, 80% von 40 Stunden kann gearbeitet werden.
- Das *Bandbreiten-Modell* mit einer 40 – x, 37,5 – x, 35 – x, usw. Woche. Hier ist schon die Verlängerung der 40-Stunden-Woche vorgesehen.
- *Gleitzeitarbeit*, mit und ohne Kernanwesenheitszeit. Erfahrungsgemäß steigt die Leistung durch verlängerte Arbeitszeit bei erhöhtem Arbeitsanfall, bzw. durch verkürzte Arbeitszeit bei geringem Arbeitsanfall und durch die Konzentration der Arbeitszeit auf die Zeiten der höchsten individuellen Leistungsfähigkeit um mehr als 20%.
- *Jahresarbeitszeitvertrag.* Der Vertrag wird über eine Anzahl von Stunden abgeschlossen, die während eines gesamten Jahres geleistet werden müssen. Dabei verteilen sich diese entsprechend auf Zeiten mit hohem und niedrigem Arbeitsanfall. Die Zahlung erfolgt dagegen gleichmäßig über das Jahr. Die Kapitalisten sparen durch diese Jahresarbeitszeitverträge Überstundenzuschläge, Leihpersonal, Feier- und Zusatzschichten, für die Beschäftigten bedeutet dies erhebliche Überarbeit.
- *Kapovaz, Kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit.* Kapovaz funktioniert ähnlich wie der Jahresarbeitszeitvertrag, jedoch ist der Arbeitnehmer verpflichtet, auf Abruf in Zeiten verstärkten Arbeitsanfalls zu arbeiten. Gezahlt wird die tatsächlich geleistete Arbeitszeit. Vor allem im Einzelhandel kommt dies bereits heute vor.
- *Teilzeitarbeit.*
- *Job-sharing*, als besondere Form der Teilzeitarbeit. In den USA und England wird dies System häufig angewandt, hier in der BRD gibts einen Modellversuch des Arbeitgeberrings Chemie. Das Besondere besteht darin, daß offen ein Vollzeitarbeitsplatz in zwei Teilzeitarbeitsplätze umgewandelt wird. Beide Teilzeitbeschäftigten müssen aber vertraglich garantieren, daß der Arbeitsplatz stets besetzt ist. D.h. bei Krankheit oder Urlaub muß der andere einspringen. Kündigt ein Halbzeitler, so ist auch der Vertrag des anderen hinfällig.
- *4-Tage-Woche* bei 40 Stunden.
- *Aufsparen eines Teils des Jahresurlaubs* über mehrere Jahre, um dann einen längeren Urlaub zu nehmen.
- *Bildungsurlaub.*

Daneben noch Elemente, die auf die Lebensarbeitszeit zielen:

- *Sabbatical.* Nach mehreren Jahren Arbeit soll einmal die Möglichkeit bestehen, einen längeren Zeitraum unter Weiterbezahlung der Bezüge nicht zu arbeiten, sondern z.B. Weiterbildungsmaßnahmen zu besuchen.
- *Verbreiterung der flexiblen Altersgrenze.*
- *Verringerung der täglichen Arbeitszeit ab einem bestimmten Alter* und Zahlung von reduzierten Bezügen oder auch vollen Bezügen.

Die Debatte um diese „Neue Arbeitszeitpolitik" konzentriert sich um das IAB-Institut der Bundesanstalt für Arbeit, Hauptsprecher dort ist Prof. Terriet. Jedoch auch Politologen wie Schelsky und André Gorz unterstützen sie. Fast alle werden von den Kapitalisten erprobt.

Sicher kommen eine Reihe dieser Vorschläge den Wünschen der Beschäftigten oder Arbeitssuchenden entgegen. Jedoch bedeutet dies die versprochene „Zeitsouveränität" für die Beschäftigten? Besteht nicht in den meisten Fällen Zwang, nicht die volle Arbeitszeit arbeiten zu können, nicht zu bestimmten Zeiten arbeiten zu können durch die Bedingungen der Reproduktion z.B. der Kindererziehung, der Öffnungszeiten des Kindergartens, der Schule etc.? Besteht der Grund, nicht mehr die volle Zeit arbeiten zu können, nicht in den meisten Fällen darin, daß der Körper durch den Verschleiß es nicht mehr kann?

In vielen Fällen würde allein die Tatsache der generellen Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden die Wünsche erfüllen. Bessere Bedingungen der gesellschaftlichen Erziehung würden ein übriges tun.

Die „Neue Arbeitszeitpolitik" würde jedoch vor allem zu einer Parzellierung der Arbeiterklasse in ihrem Kampf für Schranken gegen die Ausbeutung und damit zur Ohnmacht führen. In vielen Fällen führen die Modelle auch direkt zur Intensivierung der Arbeit. Alle hebeln den gemeinsamen Schutz durch den Normalarbeitstag und dessen Verkürzung aus.

Die „Neue Arbeitszeitpolitik" eröffnet den Kapitalisten den direkten Zugriff auf weitere Reserven des Arbeitsmarkts. Sie verschärft die Konkurrenz der Arbeiter untereinander gerade dort, wo die gewerkschaftliche Organisation und Kampfkraft am schwächsten ist.

Wenn schon immer viel von Zeitsouveränität die Rede ist, so soll man dem Wunsch der Mehrheit der Beschäftigten nachkommen und die wöchentliche Arbeitszeit verkürzen. 57% waren dafür, 25% sogar ohne vollen Lohnausgleich.

Regulativ

über

die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Fabriken

D.d. den 9. März 1839

§ 1. Vor zurückgelegtem neunten Lebensjahre darf niemand in einer Fabrik oder bei Berg-, Hütten- und Pochwerken zu einer regelmäßigen Beschäftigung angenommen werden.

§ 2. Wer noch nicht einen dreijährigen regelmäßigen Schulunterricht genossen hat, oder durch ein Zeugniß des Schulvorstandes nachweiset, daß er seine Muttersprache geläufig lesen kann und einen Anfang im Schreiben gemacht hat, darf vor zurückgelegtem sechzehnten Jahre zu einer solchen Beschäftigung in den genannten Anstalten nicht angenommen werden.

Eine Ausnahme hiervon ist nur da gestattet, wo die Fabrikherren durch Errichtung und Unterhaltung von Fabrikschulen den Unterricht der jungen Arbeiter sichern. Die Beurtheilung, ob eine solche Schule genüge, gebührt den Regierungen, welche in diesem Falle auch das Verhältniß zwischen Lern- und Arbeitszeit zu bestimmen haben.

§ 3. Junge Leute, welche das sechzehnte Lebensjahr noch nicht zurückgelegt haben, dürfen in diesen Anststalten nicht über zehn Stunden täglich beschäftigt werden.

Königliches Staats-Ministerium.

Friedrich Wilhelm, Kronprinz

Wochenarbeitszeit in Europa

Land	höchste tarifl. Wo.-AZ	niedr. tarifl. Wo.-AZ
Belgien	40	33,5
BRD	40	40
Dänemark	40	36
Finnland	40	37,5
Frankreich	40	40
GB		
NGA	40	35
SLADE	37,5	35
NL	40	33
Irland	40	36
Island	40	30
Italien	42	36
Luxemburg	40	37,5
Norwegen	40	33
Österreich	40	37,5
Schweden	40	38
Schweiz	43	37,5
USA	37,5	35

Richtigstellung zum Artikel „Nachfolgekämpfe in der IG Chemie", KVZ 26/81

Im Artikel wird eine Aussage von Paul Plumeyer auf dem Gewerkschaftstag folgendermaßen zitiert: „Der zentrale Maßstab für unser tägliches Handeln bleibt die Frage, ob ein prinzipieller Interessensgegensatz hinsichtlich der Größe des Anteils der Arbeitnehmer an der Wertschöpfung des Unternehmens Grundlage gewerkschaftlichen Handelns ist." Richtig muß es heißen: „Der zentrale Maßstab für unser tägliches Handeln bleibt die Frage, ob ein *prinzipieller* Interessensgegensatz von *Kapital und Arbeit* besteht oder ob *nur* ein *partieller* Interessensgegensatz hinsichtlich der Größe des Anteils der Arbeitnehmer an der Wertschöpfung des Unternehmens Grundlage gewerkschaftlichen Handelns ist." Die beiden Positionen bilden also den Hintergrund der Auseinandersetzungen in der IG Chemie.

Fortsetzung Volvo

mithalten und stehen bei der line-Montage wortwörtlich im Wege. Es entsteht so eine „spontane" Tendenz, die Arbeitszyklen zu verkürzen, um das Tempo der gesamten Produktionsgruppe möglichst nicht zu senken. Was passiert nun, wenn ein Arbeiter, weil unroutiniert oder wegen eines fehlerhaften Einbauteils o.ä. mit der Montage eines Wagens nicht fertig wird? – Da kann er entweder den Instrukteur der Arbeitsgruppe herbeirufen, der die Montage im Pufferparkplatz der nächsten Produktionsgruppe zu Ende bringt, oder er stoppt den Montierwagen selber per Knopfdruck. Dies wird natürlich vom zentralen Rechner registriert, und dies wiederum bedeutet, daß die verlorene Zeit durch schnelleres Arbeiten der ganzen Gruppe wettgemacht werden muß oder die gesamte Belegschaft Überstunden klopfen muß, damit die vorgegebene Produktionsziffer eingehalten wird. Und Überstundenkopferei ist in Kalmar gang und gäbe, vor allem bei der Vormontage, die auf Vorratslager produzieren muß.

Von dem Bild einer Fabrik, in der die Arbeiter zumindest einen Teil ihrer Arbeit selbst bestimmen, ist nicht viel übrig. Selbst Volvo spricht in der Firmenpropaganda nicht mehr viel davon. Der Besucher der Fabrik, der die „selbstleitenden Gruppen" anspricht, wird vom Guide höflich ausgelacht. Von Gyllenhammars Ankündigung ist nur noch Effektivität und wirtschaftliches Resultat übrig geblieben, und Kalmar gilt als eine äußerst rentable Fabrik. Die Volvoleitung hat auch unter Ausnutzung der obenerwähnten Widersprüche unter den Kollegen die Einführung von Stationsmontage vorgeschlagen. Dies würde die feste Postierung der Montagearbeiter an den Stationen entlang der Montierwagenbahn bedeuten, sehr ähnlich dem Bandsystem in Göteborg. Dies hätte für Volvo den Vorteil geringerer Ausbildungskosten und -zeiten für die Anfänger und deren größere Mobilität innderhalb der Fabrik bereits von Anfang an. Die Schwierigkeit, die Zeitdauer der Arbeiten an den jeweiligen Stationen einer Produktionsgruppe gleich lang zu gestalten, ohne die Flexibilität der Gruppen wesentlich zu senken, ließe sich wohl lösen.



Line-Montage an der Karosseriebahn. Die Karosserien lassen sich auf den Montierwagen bis zu 90 Grad drehen

Die technische Auslegung des Volvowerkes bietet eine fortgeschrittene Grundlage für eine von den Arbeitern selbst gesteuerte und beherrschte Produktion. Dieses flexible und gleichzeitig auf alle Veränderungen und Anspüche sowohl von seiten des Produktes als auch von seiten der Produzenten reagierbares technisches System wird jedoch unter der Herrschaft des Kapitals zu einem despotischen Ausbeutungsinstrument. Und es ist nur gesetzmäßig, daß das Volvokapital in Zeiten verschärfter Konkurrenz auf dem Weltautomobilmarkt an die Beseitigung der Errungenschaften der Arbeiter herangeht, die anscheinend auch einen gewissen Schutz vor Überausbeutung beinhaltet.

Die Metallbetriebsgruppe von Volvo stellt sich entschieden gegen eine solche Entwicklung. Sie will im Gegenteil das Arbeitsfeld der Arbeiter erweitern und Bedingungen zur Überwindung der Monotonie der Arbeit schaffen. Nach den Sommerferien soll ein Versuch gestartet werden, in dem zwei Produktionsgruppen aus der Karosseriemontage praktisch zusammengelegt werden sollen, sodaß je zwei Monteure auf einem Montierwagen 9 Stationen passieren und einen Arbeitszyklus von ca. 30 Min. haben würden. Diese Doppelgruppe soll eigenständig die Justierung der Einbauten und ihre Kontrolle durchführen. Ein weiteres Bestreben der Gewerkschaftsgruppe ist, in möglichst allen Produktionsgruppen, wo es technisch möglich ist, Dockmontage durchzuführen, um die Kommunikationsmöglichkeiten unter den Kollegen zu erhöhen.

Mir scheint, daß die Gewerkschaft in ihren Bemühungen nur wird vorankommen können, wenn sie das Akkordsystem, das die gesamte Belegschaft treibt, aufs Korn nimmt. Es muß weg.

Seit über einer Woche keine Nachtruhe mehr in England!

Thomas Frank

Liverpool, Freitag, den 3. Juli, kurz nach 21 Uhr. Ein ziviler Ford Escort verfolgt einen Mopedfahrer. Beide beschleunigen ihre Fahrt. Aber die Jagd hat schnell ein Ende. Der Ford ist ein Polizeiwagen, er schaltet die Sirene ein und stoppt den Mopedfahrer. Über das folgende Geschehen gibt es verschiedene Aussagen. Der Mopedfahrer, Leroy Cooper, 21 Jahre, erzählt später, die Polizei habe ihm vorgeworfen, das Moped sei gestohlen. Passanten bestätigen die Version. Sie erzählen, Leroy Cooper habe mit erhobenen Händen gerufen: „Durchsucht mich doch. Es ist nicht gestohlen." Nach der Polizeiversion ist der Stop wegen einer Verkehrswidrigkeit erfolgt. Auf jeden Fall hat die Polizei sofort Verstärkung angefordert. Weitere Polizeiwagen fahren vor, ihre heulenden Sirenen rufen schell eine Menschenmenge zusammen. Es kommt zu einem Handgemenge. Leroy Cooper wird gepackt und in einen Polizeiwagen gesteckt. Doch er kann noch einmal herausspringen und wird von der Menge beschützt, die vermutet, daß er eine Tracht Prügel beziehen soll, sobald die Polizei ihn aus der Gegend geschafft hat. Steine fliegen, es kommt zu einer Schlägerei, die Polizei kriegt Leroy Cooper noch einmal zu fassen und bringt ihn auf die Wache.

Dieser Vorfall ist der Auslöser zu Ereignissen, die die 10 schwierigsten Tage der Thatcher-Regierung bringen, so Margret Thatcher bei ihrem Besuch in Liverpool eine Woche später.

Leroy hat schwarze Haut, seine Familie ist vor 18 Jahren aus Jamaika eingewandert. Er hat einen Bruder, 17 Jahre und arbeitslos wie die meisten



Tracht Prügel beziehen soll, sobald die Polizei ihn aus der Gegend geschafft hat. Steine fliegen, es kommt zu einer Schlägerei, die Polizei kriegt Leroy Cooper noch einmal zu fassen und bringt ihn auf die Wache.
Dieser Vorfall ist der Auslöser zu Ereignissen, die die 10 schwierigsten Tage der Thatcher-Regierung bringen, so Margret Thatcher bei ihrem Besuch in Liverpool eine Woche später.
Leroy hat schwarze Haut, seine Familie ist vor 18 Jahren aus Jamaika eingewandert. Er hat einen Bruder, 17 Jahre und arbeitslos wie die meisten
siert, über CB-Funk u.ä. Aber im großen und ganzen sind es unorganisierte Rebellionen, niemand kann sagen, wo es als nächstes losgeht. Es ist kaum möglich, die Zahl der Verhafteten und Verletzten aufzulisten. Die Polizei hat sich zunehmend besser auf die Situation eingestellt. Sie benutzte in Liverpool zum ersten Mal in England CS-Gas. Bei der ersten Belagerung der Polizeistation Moss Side in Manchester konnte sie nur 47 Menschen festnehmen. Bei der zweiten Belagerung Donnerstag Nacht sind es in ganz Manchester schon 150 Festnahmen. Am Wo-
Hohe Arbeitslosenquoten, insbesondere unter den Jugendlichen, und Konzentration von besonders diskriminierter farbiger Bevölkerung zeichnen aber alle die Orte aus, in denen es in den ersten Tagen zu Unruhen kam. Dazu extrem schlechte Wohnverhältnisse, die die Jugendlichen in Toxteth und Brixton buchstäblich auf die Straße zwingen. Keine Jugendhäuser und für Gaststättenbesuch kein Geld. Es gibt keinerlei Hoffnungsschimmer auf bessere Zeiten, im Gegenteil: Erst diese Woche hat das britische Schatzamt Prognosen verlauten lassen, die Produktion werde



Jugendlichen in Toxteth. Sein Vater führt ein Tagebuch. Seit dem 6. Mai 1979, als Polizisten die Wohnung der Familie Cooper nach einem gestohlenen Fahrrad durchsuchten, hatte die Polizei seinen Sohn Paul 14 mal kurzfristig festgesetzt, um ihn dann als unschuldig entlassen zu müssen. Zwölfmal ist sein Sohn in dieser Zeit Zeugen von irgendwelchen Verbrechen oder Vergehen gegenübergestellt worden. Das alles, weil er als 14jähriger ein Fahrrad geklaut hatte und bei einer Schlägerei erwischt worden war. Mr. Cooper hat sich auch die erniedrigenden Beschimpfungen, die er sich bei diesen Gelegenheiten von der Polizei hat anhören müssen, notiert. „Ihr Scheißniggers seid doch alle gleich", hätte ein Polizist ihm gegenüber die Maßnahmen gerechtfertigt. Den letzten derartigen Kontakt mit der Polizei hatte sein Sohn Paul einen Tag, bevor die Festnahme Leroys die Folge der blutigen Nächte eröffnete.

Die Vorfälle, die in den folgenden Tagen jeweils die Schlachten auslösen, und Schlachten waren es, die sich auf Englands Straßen abspielten, erscheinen für sich genommen jeweils gering. Schikanöse Verkehrskontrollen oder kurzfristige Festnahmen von sich dann als unschuldig erweisenden Menschen sind immer wieder Auslöser der Kämpfe. Für sich genommen Kleinigkeiten – aber eben welche, von denen es viel zu viele gibt. Die Geschichte der Coopers ist da in gewisser Weise symptomatisch.

Die Kämpfe werden mit großer Wut und Ausdauer, aber ohne Ziel ausgetragen. Die Jugendlichen, zum Teil erst um die 12 Jahre, streiten mit Steinen, Stöcken und Molotowcocktails; in Liverpool werden Autos fahrerlos gegen Polizeireihen in Bewegung gesetzt. Banken und andere Gebäude werden demoliert, auch Läden geplündert und angesteckt, Polizeiwagen sowieso. Liverpool und Southhall in London, ein Stadtteil mit vielen asiatischen Einwanderern, waren die ersten Schauplätze der Auseinandersetzungen, Moss Side, ein Neubaustadtteil in Manchester, ohne Kneipen und Jugendclubs, war dann Mitte der Woche Ort großer Kämpfe um die Polizeistation. Immer wieder kommt in den Erklärungen der Jugendlichen zum Ausdruck: „Es ist ein Krieg gegen die Polizei."

Vereinzelt werden Aktionen organisiert, über CB-Funk u.ä. Aber im großen und ganzen sind es unorganisierte Rebellionen, niemand kann sagen, wo es als nächstes losgeht. Es ist kaum möglich, die Zahl der Verhafteten und Verletzten aufzulisten. Die Polizei hat sich zunehmend besser auf die Situation eingestellt. Sie benutzte in Liverpool zum ersten Mal in England CS-Gas. Bei der ersten Belagerung der Polizeistation Moss Side in Manchester konnte sie nur 47 Menschen festnehmen. Bei der zweiten Belagerung Donnerstag Nacht sind es in ganz Manchester schon 150 Festnahmen. Am Wochenende darauf in ganz England über 1000. Inzwischen sind die Gefängnisse überfüllt, und der Innenminister will „kriminelle Aufrührer" jetzt in Armeelagern festsetzen.

Doch die Kenntnis der Schikanierung, insbesondere der farbigen Jugendlichen, durch die Polizei reicht nicht aus, um die Heftigkeit der Auseinandersetzungen zu verstehen. Überall waren *genauso auch weiße Jugendliche* in Aktion, und außer bei der ersten Auseinandersetzung in Southhall, wo rassistische Skinheads asiatische Einwanderer provozierten, waren die Jugendlichen immer gemeinsam in Aktion – gegen die Polizei.

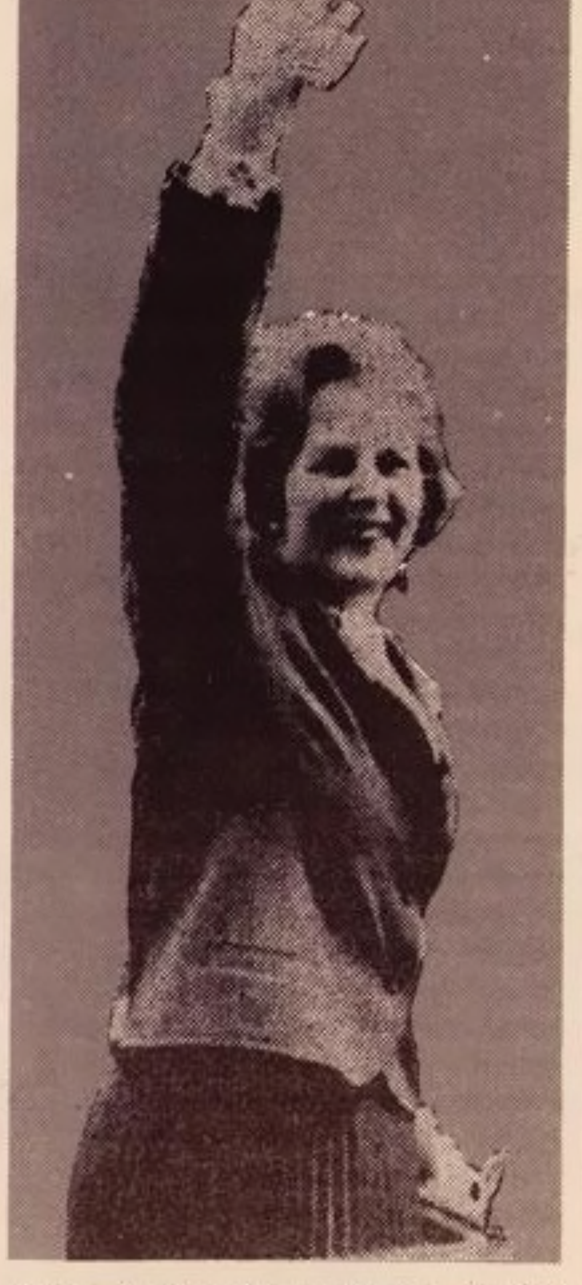
Nach Liverpool, einem der wichtigsten Häfen Britanniens, hat das englische Kapital Arbeiter von überall her gezogen. Iren und Afrikaner hauptsächlich. Einen großen Schwung schwarzer Arbeiter noch während des zweiten Weltkrieges zur Ersetzung der in der Armee befindlichen weißen Arbeiter. Doch mit der immer schärfer werdenden Krise ist insbesondere Liverpool auf einem absteigenden Ast. Werke in Liverpool werden zuerst geschlossen, der Süden und Südwesten Englands ist inzwischen als Industriestandort interessanter geworden, auch wegen des Handels innerhalb der EG. 25% ist die Arbeitslosenrate in Liverpool. Genaue Zahlen über die Rate der schwarzen Arbeitslosen gibt es nicht, weil in England geborene Schwarze nicht gesondert erfaßt werden. 30000 Farbige gibt es in Liverpool, davon über 40% in England geboren. Teilweise sind sie schon seit Generationen in England ansässig. Die Schätzungen ihrer Arbeitslosenrate liegen zwischen 47 und 60%. In den öffentlichen Diensten werden kaum Farbige eingestellt. Unter den 22000 Beschäftigten sind es gerade 169. Farbige Polizisten gibt es ganze 6. Hier blieben allerdings Anwerbekampagnen erfolglos.

Die Lehrer der 1100 Schüler starken Shorefield Comprehensive School in Liverpool, die am Schauplatz der Auseinandersetzungen liegt, berichteten der Times, daß nach den nächtlichen Unruhen nur 60% der Schüler erschienen waren. Sie berichteten, daß die Arbeitslosigkeit der Väter der 16jährigen bei 60% liegt und daß von den letztjährigen 230 Schulabgängern nur 36 dauerhaft einen Job bekommen hätten.

Liverpool ist ein extremes Beispiel. Hohe Arbeitslosenquoten, insbesondere unter den Jugendlichen, und Konzentration von besonders diskriminierter farbiger Bevölkerung zeichnen aber alle die Orte aus, in denen es in den ersten Tagen zu Unruhen kam. Dazu extrem schlechte Wohnverhältnisse, die die Jugendlichen in Toxteth und Brixton buchstäblich auf die Straße zwingen. Keine Jugendhäuser und für Gaststättenbesuch kein Geld. Es gibt keinerlei Hoffnungsschimmer auf bessere Zeiten, im Gegenteil: Erst diese Woche hat das britische Schatzamt Prognosen verlauten lassen, die Produktion werde weiter zurückgehen, die Arbeitslosigkeit wahrscheinlich auf 3 Millionen ansteigen und dann über Jahre konstant sein.

Die Regierung hat nicht anders reagiert als zu erwarten: Hat die Thatcher in Parlamentsdebatten noch eingeräumt, die Arbeitslosigkeit sei ein Faktor bei den Ursachen der Unruhen, so haben die Konservativen gleichzeitig erklärt, die Plünderungen seien nur durch nackte Habgier zu erklären. Schutz der Polizei sei jetzt das wichtigste, hat die Thatcher bei ihrem Besuch in Liverpool verlauten lassen. Ein neues „Aufruhrgesetz" ist in die Diskussion gekommen, das ähnlich wie das von der CDU hier geforderte Demonstrationsgesetz jedes Verbleiben bei einer Demonstration, nachdem diese von der Polizei für aufgelöst erklärt worden ist, für strafbar erklärt. Die Polizei soll Wasserwerfer bekommen, bessere Helme, eventuell Gummigeschosse, die Prozesse sollen schnell durchgezogen werden, einmonatiges Demonstrationsverbot für London. Konservative Hinterbänkler sind nach vorne geprescht und haben den Einsatz der Armee gefordert.

Die Generalität hat widerwillig erklärt, daß das aber nur in äußerst kriti-



Diese „dumme Gans" ist die „größte Vandalin" Großbritanniens, das wenigstens behaupten verschiedene Labour-Abgeordnete.

schen Situationen gehe, aber gleichzeitig unterstrichen, daß die Armee mit ihren Irland-Erfahrungen natürlich besser gerüstet sei als die Polizei. Auch die Eltern der Jugendlichen und Kinder sollen belangt werden. Die Polizei soll verstärkt an die Schulen. Kinder müssen schon in frühem Alter zu den Polizisten als ihren Freunden aufblicken, schlußfolgerte Thatcher aus dem „gestörten Verhältnis" der englischen Jugend zur Polizei. Gegen das Rowdytum müsse vorgegangen werden, bei 10jährigen könne ja nicht die Rede davon sein, daß die Arbeitslosigkeit der Grund sei. Und bei der Arbeitslosigkeit sei zu bedenken, daß bei den häufigen Arbeitskämpfen es niemand zu verübeln sei, wenn er nicht mehr in Liverpool investieren wolle.

Die Labour-Abgeordneten sind dem im Parlament erregt entgegengetreten. Zwar erklären auch sie, die Ausschreitungen seien nicht zu rechtfertigen, aber die Regierung trage die Verantwortung. Sie fordern ein Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und öffentliche Gelder zur Ankurbelung des Wohnungsbaus. Das ist auch die Forderung des Dachverbands der Gewerkschaften. Doch die Heftigkeit, mit der die Labourabgeordneten aufgetreten sind, kann nicht darüber hinwegtäuschen: ein Konzept hat Labour-Abgeordnete.

schen Situationen gehe, aber gleichzeitig unterstrichen, daß die Armee mit ihren Irland-Erfahrungen natürlich besser gerüstet sei als die Polizei. Auch die Eltern der Jugendlichen und Kinder sollen belangt werden. Die Polizei soll verstärkt an die Schulen. Kinder müssen schon in frühem Alter zu den Polizisten als ihren Freunden aufblicken, schlußfolgerte Thatcher aus dem „gestörten Verhältnis" der englischen Jugend zur Polizei. Gegen das Rowdytum müsse vorgegangen werden, bei 10jährigen könne ja nicht die Rede davon sein, daß die Arbeitslosigkeit der Grund sei. Und bei der Arbeitslosigkeit sei zu bedenken, daß bei den häufigen Arbeitskämpfen es niemand zu verübeln sei, wenn er nicht mehr in Liverpool investieren wolle.
Die Labour-Abgeordneten sind dem im Parlament erregt entgegengetreten. Zwar erklären auch sie, die Ausschreitungen seien nicht zu rechtfertigen, aber die Regierung trage die Verantwortung. Sie fordern ein Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und öffentliche Gelder zur Ankurbelung des Wohnungsbaus. Das ist auch die Forderung des Dachverbands der Gewerkschaften. Doch die Heftigkeit, mit der die Labourabgeordneten aufgetreten sind, kann nicht darüber hinwegtäuschen: ein Konzept hat Labour auch nicht.
Die im Trade-Unionismus verhaftete

Arbeiterbewegung ist offensichtlich von geringer politischer Attraktivität. Gerade in der jetzigen Situation einer krisenhaften Entwicklung und des frontalen Angriffs auf alle Positionen der Arbeiterbewegung kann es aber schnell verheerende Folgen haben, daß sie dem unruhigsten und beweglichsten Teil der Arbeiterklasse keine erfolgversprechende Perspektive des Kampfes zu bieten vermag. Was in Zeiten der Konjunktur noch taugt, hier und da Erfolge zu erringen, kann jetzt schnell als störrisch, aber ohne Wirkung erscheinen. Und die englische Arbeiterbewegung steht gegenwärtig an allen möglichen Punkten in Abwehrstellung, ohne daß ein einheitlicher Klassenkampf gegen die Kapitalisten und die Regierung zustande kommt. „Was bleibt uns anderes übrig", war die vielfache Antwort von Jugendlichen auf Vorhaltungen von Reportern. Wenn schon keine Chance, dann wenigsten den offenen Kampf. Die Times registriert unter der farbigen Jugend wachsenden Stolz.

Auch linke Gruppen scheinen in der Bewegung keinen Einfluß zu haben. Zwar fordern Teile der Jungsozialisten und linke Labour-Gruppierungen eine Amnestie für die Verhafteten; für Liverpool schlagen die Jungsozialisten die Bildung eines Verteidigungskomitees, bestehend aus Labour, Gewerkschaften und Vertretern der schwarzen Gemeinden vor, doch nennenswerte Wirkung übt ihre Politik wohl nicht aus. In der Labour-Party wird das Auseinandersetzungen bringen. Foot hat angekündigt, gegen die Radikalen vorzugehen. Streit gibt es um ein Flugblatt, in dem die Brutalität der Polizei für das Geschehen verantwortlich gemacht wird. Der Londoner Labour-Bürgermeister hat auf einer Veranstaltung der Anti-Nazi-Liga keinen Einwand erhoben, als Besucher erklärten, die Veranstaltung müsse kurz sein, da es wichtiger sei, auf der Straße zu sein. Die Stellung der Labour-Party mag ihr insgesamt noch Sympathie erhalten, doch ihr Ansehen als Wahlpartei kommt ja sowieso daher, weil sie als „Parlamentsflügel" der Gewerkschaften einer von den Kapitalisten finanzierten Partei gegenübersteht. Soweit sind die Fronten offensichtlich. Die Jugendbewegung weist krass darauf hin, daß die politische und organisatorische Verfassung der Arbeiterbewegung längst nicht mehr ausreicht. Insofern ist die Lage kompliziert: Die organisatorische Konstellation erschwert politische Fortschritte, ohne politische Fortschritte keine größere Attraktivität für

Zwar fordern Teile der Jungsozialisten und linke Labour-Gruppierungen eine Amnestie für die Verhafteten; für Liverpool schlagen die Jungsozialisten die Bildung eines Verteidigungskomitees, bestehend aus Labour, Gewerkschaften und Vertretern der schwarzen Gemeinden vor, doch nennenswerte Wirkung übt ihre Politik wohl nicht aus. In der Labour-Party wird das Auseinandersetzungen bringen. Foot hat angekündigt, gegen die Radikalen vorzugehen. Streit gibt es um ein Flugblatt, in dem die Brutalität der Polizei für das Geschehen verantwortlich gemacht wird. Der Londoner Labour-Bürgermeister hat auf einer Veranstaltung der Anti-Nazi-Liga keinen Einwand erhoben, als Besucher erklärten, die Veranstaltung müsse kurz sein, da es wichtiger sei, auf der Straße zu sein. Die Stellung der Labour-Party mag ihr insgesamt noch Sympathie erhalten, doch ihr Ansehen als Wahlpartei kommt ja sowieso daher, weil sie als „Parlamentsflügel" der Gewerkschaften einer von den Kapitalisten finanzierten Partei gegenübersteht. Soweit sind die Fronten offensichtlich. Die Jugendbewegung weist krass darauf hin, daß die politische und organisatorische Verfassung der Arbeiterbewegung längst nicht mehr ausreicht. Insofern ist die Lage kompliziert: Die organisatorische Konstellation erschwert politische Fortschritte, ohne politische Fortschritte keine größere Attraktivität für alle Volksbewegungen und schwerlich organisatorisches Fortkommen.

All wi doin is defendin

Ein Polizeikopf erklärte nach den April-Unruhen in Brixton, in der Gegend hätten sich Rastafarians mit anti-autoritärem Benehmen versammelt. In der Tat ist Reggae-Musik eine wichtige Ausdrucksform der farbigen Jugend. Anzeichen für diesen Einfluß gibt es auch in den jüngsten Auseinandersetzungen, wobei aber die ideologisch-religiöse Verbrämung der Forderungen nicht die Rolle spielt wie im Ursprungsland des Reggae, in Jamaika. (Wo die Ideologie des Rastafarismus allerdings auch in verschiedenster Richtung zur Begründung von Forderungen herhält.) Die englischen Reggaegruppen sind insofern direkter in der Beschreibung der sozialen Situation und im Vorbringen ihrer Anliegen als viele jamaikanische (deren Anerkennung sie nicht finden). Wir drucken hier ein Gedicht von Linton Kwesi Johnson ab. Auf seiner Platte „Dread, Beat an Blood" beschreibt er in „Five Nights of Bleeding" Auseinandersetzungen mit der Polizei. Von der gleichen Platte das abgedruckte Stück. Die Übersetzung ist entnommen „rororo Rocksession Nr. 5". Im Original sind die Stücke im Slang, dem können die Übersetzungen nicht ganz gerecht werden. Alle seine Platten will ich hiermit wärmstens empfehlen.

Wir verteidigen uns nur

Krieg ... Krieg ... / ich sag dir, hör zu, / Unterdrücker, / hör, was ich zu sagen habe, wenn du das kannst; / wir führen / einen bitteren Kampf Zug um Zug.

auf der Straße werden wir dich mit unseren Händen bekämpfen; / wir haben einen Plan; / hör zu, Mann, / mach dich darauf gefaßt, Schläge einzustecken.

die Tage / des Gummiknüppels / die Nächte / der Einsamkeit in der Zelle, / die Stunden der Folter, der Hölle gleich, / die Schläge, die mein Herz haben anschwellen lassen / sie waren / gezählt und gezählt / und jetzt / sind sie zu Ende.

wir / verteidigen uns nur; / mach dich bereit / für den Krieg ... Krieg ... / die Freiheit ist eine sehr wichtige Sache;

wählt eure Waffe, / schnell! / uns reichen Flaschen und Steine und Stöcke; / wir haben unsere Fäuste / wir haben unsere Füße / wir tragen Dynamit in unseren Zähnen.

wir / verteidigen uns nur; / so macht euch bereit / zum Krieg ... Krieg ... / Freiheit ist eine sehr wichtige Sache.

wob. Wuppertal. Die Stadt Wuppertal hat ihr Engels-Denkmal. Am 2. wurde es offiziell eingewiht, im Engels-Garten an der Engels-Allee, wo früher das Geburtshaus F. Engels stand und sich heute das Engels-Haus mit Museum befindet. Einen Engels-Gedenkstein gibt's da übrigens auch noch, schon (!) aus dem Jahr 1958. Der Stadt ist dieses oberflächliche Getue um Engels würdig, ebenso wie die lokalpolitische Katzbalgerei um das Denkmal seit über 5 Jahren und die einschläfernden Festreden von OB Gurland (SPD) und J. Rau.

„Dieses Kettensprengen – ein ganz simples Thema“

Engels-Denkmal in Wuppertal

Des Gegenstandes ist das Denkmal würdig. Aus dem Stein sind die ineinanderverschlungenen Leiber, Beine, Arme herausgehauen, die dabei sind, Ketten zu sprengen. Der Wiener Bildhauer A. Hrdlicka hat den Stadtvätern da ein Halb-Millionen-Ding, 3½ Meter hoch, abgeliefert, das ihnen schon seit den ersten Zeichnungen Bauchschmerzen verursachte. Dargestellt wird die Masse in Bewegung, in revolutionärer Bewegung. „Ich habe ja auch ein ganz simnples Thema genommen – dieses Kettensprengen, das ja der Schluß vom Kommunistischen Manifest ist, und das ist ganz klar“, sagte Hrdlicka in einem Interview mit der „Stadtzeitung“. Eine Pleite für den Stadthaushalt – ein Fortschritt in Richtung „Kunst für die Öffentlichkeit“.



„Polnischer Sommer“ –

„Szenische Rekonstruktion“ des Danziger Streiks als Solidaritätsaktion

bab. VRV Köln. Der kurz bevorstehende Parteitag der PVAP war sicherlich auch Anlaß für die kurzfristige Programmänderung der ARD am 9. Juli: zur Hauptsendezeit konnte man eine szenische Rekonstruktion des Streiks auf der Lenin-Werft sehen.

Am Sonntag zuvor war sie als öffentliche Veranstaltung – das Eintrittsgeld von 5 DM ging als Spende an Solidarność – in einem ausgedienten Straßenbahndepot in der Nähe von Köln aufgezeichnet worden.

Neben Kölner Schauspielern hatte sich auch einige künstlerische Prominenz für 500 DM „symbolisches Honorar“, das ebenfalls an Solidarność gespendet werden soll, zur Mitwirkung bereit erklärt. Daß westdeutsche Kulturschaffende auf diese Art ihre inhaltliche Unterstützung und praktische Solidarität mit der polnischen Bewegung ausdrücken, ist sehr zu begrüßen.

Bei genauerem Hinsehen zeigen sich allerdings eine Reihe von Fragwürdigkeiten. Eine Woche Probenzeit hatte offensichtlich nicht dafür ausgereicht, daß die Schauspieler ihre Texte lernen konnten. Die ausgesprochen langweilige Regieführung, die sich bei der öffentlichen Veranstaltung vor allem als Hin- und Herschieben einer Menschenmenge zwischen den beiden Sälen und dem Werfttor präsentierte, wurde auf dem Bildschirm durch eine nicht minder langweilige Kameraführung und Schnittfolge ergänzt. Eine derart verstandene szenische Rekonstruktion kann unter gewissen Umständen, z.B. notwendige Aktualität oder fehlendes Dokumentarmaterial, gerechtfertigt sein – in diesem Fall jedoch gibt es zwei polnische Filme, die sich mit der jüngsten Geschichte befassen: der gerade in westdeutschen Städten anlaufende Dokumentarfilm „Arbeiter 80“ und Andrzej Wajdas „Mann aus Eisen“, der im Herbst vom ZDF gesendet wird.

Das Buch von Jule Gatter-Klenk verzichtet laut Pressemitteilung „bewußt auf authentisches Bild- und Tonmaterial zu Gunsten der dramatischen Strukturierung des Vorgangs.“ Nur, mir schien diese dramatische Strukturierung, trotz des vielen Hin- und Herlaufens, der oberflächlichen Hektik, merkwürdig bewegungslos. Zum einen liegt es daran, daß hier wirkliche Auseinandersetzung nicht gezeigt wird: der Konflikt wird reduziert auf einen Schlagabtausch zwischen führenden Mitgliedern des Streikkomitees und Regierungs- und Parteivertretern. Die streikenden Arbeiter bleiben im großen und ganzen applaudierende Staffage. Zum anderen ist die Darstellung ausgesprochen ahistorisch: die Vorgeschichte der Forderungen und der geschlossenen Durchführung dieses Streiks – diese Vorgeschichte, die die Erfahrungen bitterer Niederlagen und deren theoretische Aufarbeitung u.a. durch das KOR beinhaltet – kommt hier nicht vor.

Wieso dieser Streik Ausgangspunkt einer neuen, geschichtlich bedeutungsvollen Bewegung in Polen wurde, bleibt damit ungeklärt. Der Informations- und Aufklärungswert dieser Sendung reduziert sich so auf ein Minimum. Besonders schwerwiegend erscheint mir, daß zwei der wichtigsten Elemente der polnischen Bewegung – die Betonung der nationalen Einheit und Unabhängigkeit und die Bedeutung der Kirche – Elemente, die einigen Menschen hier diese Bewegung immer noch suspekt erscheinen lassen, in keiner Weise erklärt werden. Das wiederholte Absingen der polnischen Nationalhymne wurde – ebenso wie das Anbringen von kirchlichen Symbolen auf der Werft – zum unverständlichen Ritual. Wenn auch diese Solidaritätsaktion zu begrüßen ist, so bleibt doch die Frage, die Klaus Kreimeier in einer Rezension der Frankfurter Rundschau stellt: „Wie aber kann Solidarität praktisch wirksam werden, wenn die Zeit und der Mut fehlen, den politischen Gegenstand konsequent zu analysieren und dafür eine ästhetische Form zu finden?“



„Liebe Freunde, vielleicht bleibt in einer Eurer nächsten Ausgaben ein wenig Platz, um unser neues Stück zu melden?“

Aber ja doch. Platz da, hier kommt

LOLA'S LACH UND KRACH THEATER

Politisches Unterhaltungstheater – Mobil – Unterhaltendes Polittheater – Farcen – Situationstheater – Kurzprogramme – Auftragsproduktionen



„Seit wir als LOLA'S LACH UND KRACHTHEATER zusammenarbeiten, sind unsere Stücke Komödien oder Farcen. Nicht ohne Grund, denn wir haben die Erfahrung gemacht, daß die Form der Farce uns erlaubt, dem Zu-

winnen, ein (scheinbar) paradoxes, enthülltes (Gegen-)Bild der Realität zu entwerfen, das das offizielle Bild des ‚Modell Deutschland‘ rücksichtslos auf den Kopf stellt.

Wie schon gesagt, sind unsere Stücke schwerpunktmäßig darauf konzipiert, für BI's, Initiativen, bei Aktionen und Veranstaltungen, im Rahmen der politischen Öffentlichkeitsarbeit einsetzbar zu sein. – Nun findet aber ein guter Teil unserer Vorstellungen nicht für diesen Veranstalterkreis, sondern für Freizeitinstitutionen und Kulturhäuser statt, deren Programm es ist, regelmäßige Kulturveranstaltungen für bestimmte Besuchergruppen durchzuführen. – Wir können aus unseren bisherigen Erfahrungen sagen, daß die politischen Möglichkeiten unserer Stücke hier besser genutzt werden könnten. Zum Beispiel, indem unsere Vorstellungen in ein Rahmenprogramm eingebunden würde, bei örtlichen Anti-Kriegs-Gruppen (Mit-) Organisationen sein könnten. Wir halten dies für eine gute Möglichkeit, eine politische Kulturveranstaltung auch zu einer politischen *Aktion* zu machen, die die Wirkungen des Theaters nicht individuell verpuffen läßt, sondern Wege zu organisierter Umsetzung anbieten

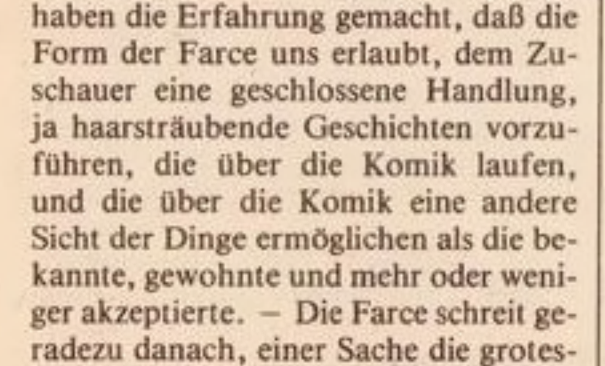
Wer zuerst schießt, stirbt als zweiter

ist eine optimistische Theater-Farce, eine haarsträubende Komödie. Wir schreiben das Jahr 198? – Raketen liegen in der Luft ... und am Boden. Der richtige Augenblick für unseren Hans Wurst, um auf die Szene zu stolpern. Sein erster Ansprechpartner ist – wie es die Tradition verlangt – das Publikum selbst. Aber die alte Aufschneiderin Maria Aufschnitt aus der Bundeswehrkantine Oldenburg sorgt sehr schnell für Aufregung. Hans Wurst treibt als fliegender Atombunkerhändler zwischen Konserven, Pershing II und Sonnenschirm ein riskantes Doppelspiel, bei dem die Zuschauer eine nicht unwesentliche Rolle spielen ...“

Soviel aus der Vorankündigung des neuen Stücks. Politischer Ausgangspunkt für die vier Theatermacher aus Bochum ist übrigens der Aufruf der Russell-Peace-Foundation. „Weder NATO noch Warschauer Pakt“ ist eine ihrer Leitlinien – auch wichtig zu wissen.

Das neue Stück dauert ca. 1,5 Stunden und ist in (fast) jedem Raum spielbar. Spielfläche 6 m breit, 3,5 m tief, 2,5 m hoch wird allerdings wenigstens benötigt, eine Bühne, wenn's hat, aber

Politisches Unterhaltungstheater – Mobil – Unterhaltendes Polittheater – Farcen – Situationstheater – Kurzprogramme – Auftragsproduktionen



„Seit wir als LOLA'S LACH UND KRACHTHEATER zusammenarbeiten, sind unsere Stücke Komödien oder Farcen. Nicht ohne Grund, denn wir haben die Erfahrung gemacht, daß die Form der Farce uns erlaubt, dem Zu-
schauer eine geschlossene Handlung, ja haarsträubende Geschichten vorzuführen, die über die Komik laufen, und die über die Komik eine andere Sicht der Dinge ermöglichen als die bekannte, gewohnte und mehr oder weniger akzeptierte. – Die Farce schreit geradezu danach, einer Sache die grotesken und widersinnigen Seiten abzuge-

winnen, ein (scheinbar) paradoxes, enthülltes (Gegen-)Bild der Realität zu entwerfen, das das offizielle Bild des ‚Modell Deutschland‘ rücksichtslos auf den Kopf stellt.

Wie schon gesagt, sind unsere Stücke schwerpunktmäßig darauf konzipiert, für BI's, Initiativen, bei Aktionen und Veranstaltungen, im Rahmen der politischen Öffentlichkeitsarbeit einsetzbar zu sein. – Nun findet aber ein guter Teil unserer Vorstellungen nicht für diesen Veranstalterkreis, sondern für Freizeitinstitutionen und Kulturhäuser statt, deren Programm es ist, regelmäßige Kulturveranstaltungen für bestimmte Besuchergruppen durchzuführen. – Wir können aus unseren bisherigen Erfahrungen sagen, daß die politischen Möglichkeiten unserer Stücke hier besser genutzt werden könnten. Zum Beispiel, indem unsere Vorstellungen in ein Rahmenprogramm eingebunden würde, bei örtlichen Anti-Kriegs-Gruppen (Mit-) Organisationen sein könnten. Wir halten dies für eine gute Möglichkeit, eine politische Kulturveranstaltung auch zu einer politischen *Aktion* zu machen, die die Wirkungen des Theaters nicht individuell verpuffen läßt, sondern Wege zu organisierter Umsetzung anbieten
kann.“

„Wenn unsere Revue zur Geschichte der aktuellen Wohnungsnot (Titel: ‚Die zweite Zerstörung Deutschlands‘) Ende August mit über 60 Vorstellungen ‚abgespielt‘ sein wird, stehen wir gleich ab September '81 bis März '82 mit einem neuen Stück zur Verfügung.

Wer zuerst schießt, stirbt als zweiter

ist eine optimistische Theater-Farce, eine haarsträubende Komödie. Wir schreiben das Jahr 198? – Raketen liegen in der Luft ... und am Boden. Der richtige Augenblick für unseren Hans Wurst, um auf die Szene zu stolpern. Sein erster Ansprechpartner ist – wie es die Tradition verlangt – das Publikum selbst. Aber die alte Aufschneiderin Maria Aufschnitt aus der Bundeswehrkantine Oldenburg sorgt sehr schnell für Aufregung. Hans Wurst treibt als fliegender Atombunkerhändler zwischen Konserven, Pershing II und Sonnenschirm ein riskantes Doppelspiel, bei dem die Zuschauer eine nicht unwesentliche Rolle spielen ...“

Soviel aus der Vorankündigung des neuen Stücks. Politischer Ausgangspunkt für die vier Theatermacher aus Bochum ist übrigens der Aufruf der Russell-Peace-Foundation. „Weder NATO noch Warschauer Pakt“ ist eine ihrer Leitlinien – auch wichtig zu wissen.

Das neue Stück dauert ca. 1,5 Stunden und ist in (fast) jedem Raum spielbar. Spielfläche 6 m breit, 3,5 m tief, 2,5 m hoch wird allerdings wenigstens benötigt, eine Bühne, wenn's hat, aber
nicht unbedingt. Der Preis kann je nach Finanzkraft des Veranstalters, der Art der Vorstellung, dem Erfahrungswert etc. ausgehandelt werden.

LOLA THEATER
Werner Hell-Weg 433
4630 Bochum 7
Tel. 0234/23 38 94

fentlichen Veranstaltung vor allem als Hin- und Herschieben einer Menschenmenge zwischen den beiden Sälen und dem Werfttor präsentierte, wurde auf dem Bildschirm durch eine nicht minder langweilige Kameraführung und Schnittfolge ergänzt. Eine derart verstandene szenische Rekonstruktion kann unter gewissen Umständen, z.B. notwendige Aktualität oder fehlendes Dokumentarmaterial, gerechtfertigt sein – in diesem Fall jedoch gibt es zwei polnische Filme, die sich mit der jüngsten Geschichte befassen: der gerade in westdeutschen Städten anlaufende Dokumentarfilm „Arbeiter 80“ und Andrzej Wajdas „Mann aus Eisen“, der im Herbst vom ZDF gesendet wird.

Das Buch von Jule Gatter-Klenk verzichtet laut Pressemitteilung „be-

Elemente der polnischen Bewegung – die Betonung der nationalen Einheit und Unabhängigkeit und die Bedeutung der Kirche – Elemente, die einigen Menschen hier diese Bewegung immer noch suspekt erscheinen lassen, in keiner Weise erklärt werden. Das wiederholte Absingen der polnischen Nationalhymne wurde – ebenso wie das Anbringen von kirchlichen Symbolen auf der Werft – zum unverständlichen Ritual. Wenn auch diese Solidaritätsaktion zu begrüßen ist, so bleibt doch die Frage, die Klaus Kreimeier in einer Rezension der Frankfurter Rundschau stellt: „Wie aber kann Solidarität praktisch wirksam werden, wenn die Zeit und der Mut fehlen, den politischen Gegenstand konsequent zu analysieren und dafür eine ästhetische Form zu finden?“



Fernsehvorschau

„Der unsichtbare Dritte“

Was Hitchcock in seinem 1958 gedrehten Film aus recht simplen Geheimdienstverwechselspielchen gemacht hat, das gehört zur besseren Filmgeschichte. Francois Truffaut wollte diesen Film als Meisterwerk verstanden wissen und sah in ihm die Summe von Hitchcocks US-Filmerfahrungen konzentriert. Mal dahingestellt, ob die Superlative gerechtfertigt sind, jedenfalls ist der Film von durchgängiger Spannung und man braucht lange, um das Verwirrspiel zu durchblicken. Dazu kommen halt berühmte Szenen, eine wie die, wo der unfreiwillige Held per Flugzeug umgelegt werden soll. Hitchcock: „Ich merkte, daß ich der alten Klischee-Situation gegenüber stand. Der Held wird auf einen Platz gestellt, wo er vermutlich erschossen wird ... Nun, was war die Antithese einer solchen Szene? Keine Dunkelheit, kein Lichtkegel, keine geheimnisvollen Gesichter in Fenstern. Nichts dergleichen. Sondern helles Sonnenlicht, eine blanke, offene Landschaft ohne Haus, ohne Baum, wo sich lauerndes Unheil verstecken könnte.“

Sonntag, 19.7., 21.30 Uhr im ZDF

„Winterkinder“

Ein dänischer Spielfilm, auf der Berlinale 1979 mit einem Preis für die „beste Regie“ ausgezeichnet, entwickelt die Situation schwangerer Frauen im Krankenhaus bis hin zu den Problemen bei der Geburt. Der Film wird gelobt wegen seiner „realistischen Darstellung“, in der nichts gestellt oder gekünstelt wirken soll. Er sei bestimmt vom Gefühl und Verständnis für die Beteiligten. „Ein sensibler Frauenfilm, der vor allem auch Männer etwas angeht“, wird betont.

Mittwoch, 22.7., 20.15 Uhr im ARD

„Michael Kohlhaas – der Rebell“

Die Geschichte vom Pferdehändler, der im kurfürstlichen Sachsen des 16. Jahrhunderts auf der Burg des Junkers Wenzel von Tronka Opfer eines Betruges und Willküraktes wird. Auflehung eines ehrlichen Mannes gegen die feudalen Praktiken, daß war das Thema der Novelle von Heinrich von Kleist, und findet sich hier wieder in einer Verfilmung von Volker Schlöndorff aus dem Jahre 1969.

Samstag, 25.7., 22.35 Uhr im ARD